



Energieversorgung Dezentral – erneuerbar – gemeinschaftlich	8
Botschaft der Bundesvorsitzenden Wir brauchen eine resiliente Gesellschaftsordnung!	43
Frauen in der ÖDP Erfolgreicher Workshop in Berlin	67

Ökologie Politik



RESILIENZ

Agnes Becker wurde mit dem Deutschen Biodiversitätspreis ausgezeichnet. Der Erhalt der Artenvielfalt ist essenziell für eine resiliente Lebensmittelversorgung.

TITELTHEMA: RESILIENZ

Wirtschaft I: Wie ein Schilfrohr im Sturm von Günther Hartmann	4
Wirtschaft II: „Wir steuern auf eine große Bereinigungskrise zu“ Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	6
Energieversorgung: Dezentral – erneuerbar – gemeinschaftlich von Dr. Michael Stöhr	8
Landwirtschaft I: „Es wird sehr viel hin- und hertransportiert“ Interview mit Josef Schmid	14
Landwirtschaft II: Düngemittelknappheit als Chance von Susanne Aigner	16
Imkerei: Mit der Natur arbeiten von Richard Kaiser	19
Forstwirtschaft: „Waldumbau ist eine generationenübergreifende Aufgabe“ Interview mit Erwin Engeßer	20
Gewässer: Wasserrahmenrichtlinie endlich umsetzen! von Sascha Maier	22
Architektur: „Innovation durch Reduktion“ Interview mit Prof. Florian Nagler	24
Kommunalentwicklung: Gehen, radeln und genießen von Günther Hartmann	28
Gesellschaft I: Mehr Bürgerlichkeit! von Günther Hartmann	30
Gesellschaft II: Mehr Härte? von Günther Hartmann	34

UMSCHAU

Ökolumne: Bewahrt die Schöpfung vor der Zerstörung!	38
Umwelt & Gesellschaft	39
Bücher	41

ÖDP INTERN

ÖDP-Bundesvorsitzende: Wir brauchen eine umfassende Kehrtwende und eine neue, resiliente Gesellschaftsordnung! von Charlotte Schmid	43
Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	45
Aus dem Europaparlament: Wir dürfen diese Krise nicht ungenutzt lassen! von Manuela Ripa	46
JÖ – jung. ökologisch	48
Landesverbände	49
Bundesarbeitskreise	59
Mitgliedergeschichten: Rückblick auf zwei Ortsverbandsgründungen von Christine Mehlo-Plath	63
Presseticker	64
Workshop: ÖDP-Frauen: „Ran ans Potenzial“ von Charlotte Schmid und Dr. Andrea Brieger	67
Leserbriefe	69
Impressum/Vorschau/Termine	71

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie das berühmte „Gorilla-Experiment“? Probanden sahen sich das Video eines Basketballspiels an und sollten die Pässe der weiß gekleideten Mannschaft zählen. Dass mittendrin ein Gorilla quer übers Spielfeld läuft, stehen bleibt und in die Kamera blickt, nahm die Hälfte der Probanden nicht wahr. Dieser „Tunnelblick“ ist gerade heute ein großes Problem. Denn durch die Fokussierung auf die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg gerät das große Ganze aus dem Blick. Das ist aber wichtig, um unsere Umweltkrisen, allen voran die Klimaerwärmung, meistern zu können.

Meistern lassen sie sich nur mit langfristig angelegten und konsequent umgesetzten Lösungsstrategien. Nur so entsteht Verlässlichkeit, Vertrauen und Stabilität. Wankelmütiger Aktionismus dagegen führt zu Instabilität, Verunsicherung, Enttäuschung, Wut und Irrationalität. Davon profitieren vor allem die politischen Ränder mit ihren stereotypen Denkmustern. So wie bei der Landtagswahl in Niedersachsen die AfD mit 11 %, obwohl Wahlforscher ihr ein Absinken unter die 5-%-Hürde prophezeit hatten. Dumpfer Protest statt vernünftiger Analysen und Konzepte – da tut sich natürlich eine Partei wie die ÖDP mit ihrem zukunftsweisenden Programm schwer, bei Medien und Wählerschaft Resonanz zu erzeugen.

Damit die ökologische Transformation gelingen kann, müssen ihre Schritte gut durchdacht, verständlich und sozial gerecht sein. Und es braucht noch etwas anderes: Resilienz. Denn die nächste Krise kommt bestimmt. Auf die müssen wir gut vorbereitet sein, um vernünftig reagieren zu können – ohne dabei unsere Klima- und anderen Umweltschutzziele zu verraten, wie das unter der aktuellen „Ampel-Regierung“ leider schon allzu oft geschah.

Resilienz ist deshalb das Thema dieses Hefts. Genauso wie Klimaneutralität und Nachhaltigkeit wird es sie nicht ohne Zumutungen geben. Zumutungen lassen sich dann gut ertragen, wenn in ihnen ein Sinn erkannt wird. Dazu brauchen wir aber die Fähigkeit, Wahres von Falschem und Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Aus diesem Grund geht es in diesem Heft neben Betrachtungen zu Wirtschaft, Energie, Land- und Forstwirtschaft, Gewässerschutz, Architektur und Kommunalentwicklung auch um uns und unsere Gesellschaft. Denn die tendiert derzeit zu schlichtem Schwarz-Weiß-Denken. Dabei ist mehr denn je komplexes, ganzheitliches und verantwortungsvolles Denken und Handeln notwendig.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



Foto: 692234/pixabay.com

Wirtschaft I

Wie ein Schilfrohr im Sturm

Ein deutscher, in den USA lehrender Wirtschaftsprofessor beschäftigt sich gerne mit den Dingen, die nicht gut funktionieren. Während der Corona-Pandemie veröffentlichte er ein Buch über Resilienz. Er geht darin der Frage nach, was wir tun können, um künftige Krisen besser zu bewältigen.

von Günther Hartmann

Markus Brunnermeier traf mit seinem Buch „Die resiliente Gesellschaft“ genau den Nerv der Zeit. Es sorgte für großes Aufsehen und wurde 2021 mit dem „Deutschen Wirtschaftsbuchpreis“ ausgezeichnet. Brunnermeier geht darin der Frage nach, wie Staaten sich besser auf Krisen vorbereiten und diese besser bewältigen können. Mit der Thematik beschäftigt er sich schon lange. Weil vieles, was labil aussieht, stabil ist, und vieles, was stabil aussieht, labil ist. Dass sein Buch just während der Corona-Pandemie erschien, ist eher Zufall. Pandemien werden darin zwar als mögliche Krisenursachen genannt, des Weiteren aber auch Finanzblasen, Klimaerwärmung, Energieknappheit, Cyberangriffe und anderes.

Flexibilität statt Stabilität

Was wir unter Resilienz verstehen sollen, erläutert Brunnermeier anhand von Jean de La Fontaines Fabel „Die Eiche und das Schilfrohr“: Die

beiden streiten sich, welcher von ihnen der Stärkere sei. Die Eiche trotz starkem Wind standhaft wie ein Fels, während das Schilfrohr sich schon bei einer leichten Brise zu biegen beginnt. Je heftiger der Wind, desto mehr biegt sich das Schilfrohr. Doch selbst bei einem heftigen Sturm

bricht es nicht – der Stamm der Eiche allerdings schon. Diese Eigenschaft des Schilfrohrs brauchen unsere Gesellschaften, meint Brunnermeier. Sie sollten nach einer Krise zurückfedern können. Deshalb sollten wir Krisen nicht vermeiden, sondern lernen, mit ihnen sinnvoll umzugehen.

Brunnermeier sieht hier eine Analogie zum menschlichen Immunsystem: „Eine Möglichkeit ist es, solche Reaktionsmuster dadurch zu erlernen, dass man gelegentlich kleinen

Schocks ausgesetzt ist. Um Antikörper und Resistenz gegen Keime zu entwickeln, muss das Immunsystem ihnen ausgesetzt sein.“ Das lässt sich auf Gesellschaften übertragen: „Einen kleineren Schock erfahren zu haben, hilft, mit künftigen Schocks besser umzugehen.“ Resilienz lässt

Wir müssen als Preis für eine höhere Resilienz einen Teil der Effizienz opfern.

sich erlernen, indem man ab und zu Risiken ausgesetzt ist, statt sie grundsätzlich vermeiden zu wollen. Es gilt, die Comeback-Fähigkeiten zu trainieren und zu stärken.

Neuer Gesellschaftsvertrag

Wichtig ist, dass der Staat die Bürger mitnimmt und über das Vorhaben offen informiert. Brunnermeier spricht von einem neuen Gesellschaftsvertrag, den es zu schließen gilt. Dessen Ziele müssen sein: die Verhinderung

von unumkehrbaren Teufelskreisen und Kippeffekten sowie das Offenhalten von möglichst vielen Optionen. Dazu braucht es einen vernunftgeleiteten Umgang mit Risiken, statt sie zu verdrängen oder in Angststarre oder Panik zu verfallen. Ein solcher Gesellschaftsvertrag hat aber nur dann eine Chance auf breite Akzeptanz, „wenn die Gesellschaft gerecht und leistungsorientiert ist und sich die Ungleichheiten in Grenzen halten“. Ohne Gerechtigkeit und Chancengleichheit gerät der Gesellschaftsvertrag ins Wanken.

Auch ein neuer Versicherungsvertrag ist sinnvoll und notwendig. Bei dessen Gestaltung sollten wir uns

Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn sie langfristig beibehalten werden kann.

vom Philosophen John Rawls und dessen „Schleier der Unwissenheit“ leiten lassen, uns fragen: Wie würden wir einander versichern, wenn wir noch nicht wüssten, wo und mit welchen Begabungen wir zur Welt kämen? Brunnermeier ist sich sicher: „Die meisten Menschen würden zwar eine gewisse, aber keine allumfassende Versicherung wählen, um Handlungsanreize nicht zu verzerren. Wenn jeder gleich viel erhält, weil man zu 100% versichert ist, bestehen keine Anreize für zusätzliche Anstrengungen. Eine optimale Versicherung wägt daher die Vorteile der Versicherung gegen die Verzerrung von Leistungsanreizen ab.“

Die Effektivität einer Versicherung hängt auch von der Struktur einer Gesellschaft ab. In einer sehr homogenen Gesellschaft erleiden alle ähnliche Schocks, sodass es keine Risikostreuung und kaum Spielraum für gegenseitige Absicherung gibt. Heterogene Gesellschaften sind deshalb wesentlich resilienter. Brun-

nermeier sieht hier eine Analogie zur Forstwirtschaft: „Ein Wald, in dem nur eine einzige Baumart wächst, stirbt aus, wenn eine Krankheit auftritt, für welche diese besonders anfällig ist. Ein Mischwald hingegen kann Schocks besser aushalten und ist wesentlich resilienter und nachhaltiger.“

Keine Effizienzmaximierung

In der Wirtschaft müssen viele Selbstverständlichkeiten kritisch überprüft und korrigiert werden: „Wir müssen als Preis für eine höhere Resilienz einen Teil der Effizienz opfern. Bislang haben wir unsere Produktionssysteme nach dem ‚Just-in-Time-Prinzip‘

betrieben: maximale Ströme, minimale Bestände – das Ziel globaler Wertschöpfungsketten. Im Gegensatz dazu hebt die Resilienz auf ein ‚Für-den-Fall-der-Fälle-Prinzip‘ ab: die Fähigkeit, sich nach einem Schock rasch zu erholen. Deshalb macht die Resilienz Redundanzen nicht zur Sünde, sondern zu einer Tugend.“

Als äußerst wichtig erachtet Brunnermeier außerdem, Chaos an den Finanzmärkten zu vermeiden und die Staatsverschuldung tragbar zu halten. Eine Wiederholung der Finanzkrise von 2008, als sich die Staaten hoch verschuldeten, um von Insolvenz bedrohte Banken zu retten, sollten wir deshalb tunlichst vermeiden.

Keine nicht-nachhaltigen Entwicklungen

Doch auch wenn wir resilienter werden: Immer mehr und immer größere Krisen würden uns überfordern. Deshalb muss jede Entwicklung nachhaltig sein. Wann ist sie das? „Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn

BUCHTIPP

Markus K. Brunnermeier
Die resiliente Gesellschaft
 Wie wir künftige Krisen besser meistern können
 Aufbau, August 2021
 336 Seiten, 24,00 Euro
 978-3-351-03925-7



sie langfristig beibehalten werden kann“, bringt es Brunnermeier auf den Punkt.

Wir dürfen uns nicht nur auf Krisen und deren Meisterung fokussieren, sondern müssen genauso die allgemeinen Entwicklungen aufmerksam beobachten und, wenn nötig, frühzeitig gegensteuern, auch wenn die sich abzeichnende Krise noch weit weg ist. „Resilienz allein genügt nicht für eine nachhaltige Entwicklung“, betont Brunnermeier. „Selbst wenn man nach einem Schock zurückfedert, sieht die Zukunft düster und wenig nachhaltig aus, wenn sich der tiefer liegende Trend langsam und stetig verschlechtert.“

Ohne eine nachhaltige Entwicklung nützt alle Resilienz auf Dauer nicht viel. Es darf deshalb keinen langfristigen Trend geben, der das Leben auf unserem Planeten bedroht. ■

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Wirtschaft II

„Wir steuern auf eine große Bereinigungskrise zu“

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg zeigen, wie fragil unsere Wirtschaft ist. Das eigentliche Problem sind jedoch nicht die globalen Lieferketten, sondern der Wachstumszwang und die Überschuldung, sagt ein Wirtschaftsprofessor. Denn weil sich beide nicht endlos steigern lassen, droht ein großer Crash.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, welchen Einfluss hat unser Finanzsystem auf das Gemeinwohl?

Prof. Dr. Christian Kreiß: Einen sehr großen Einfluss. Börsennotierte

kleine Gruppe der Eigentümer von Unternehmensanteilen, Boden und Geldpapieren. Im Kern dient unser Finanzsystem den Interessen der Reichen, nicht der Allgemeinheit und

„Der Wachstumszwang steuert alle 2 bis 3 Generationen in ein Überschuldungssystem, das meist mit Finanzkrisen oder mit Kriegen gelöst wird.“

Aktiengesellschaften werden ständig dazu getrieben, immer höhere Gewinne zu erwirtschaften, sonst sinkt der Aktienkurs und das Unternehmen ist in Gefahr, übernommen zu werden. Gewinne hochzutreiben, geht fast immer zulasten der Umwelt, weil die meist kostenlos zur Verfügung steht. Des Weiteren wird aus der Belegschaft so viel wie möglich herausgeholt. Das sagt schon der Begriff „human resources“, wie sich heute viele Personalabteilungen nennen: ein Unwort, das ausdrückt, man soll arbeitende Menschen wie Bergwerke behandeln. Unser Finanzsystem sorgt über die forcierte Umsetzung des Gewinnmaximierungsprinzips für die allermeisten Schäden am Gemeinwohl. Es sorgt für eine strukturelle steigende Ungleichverteilung, denn die Gewinne fließen zum großen Teil leistungslos an die relativ

schon gar nicht den Bedürfnissen von Tieren oder einer intakten Natur. Ist unser aktuelles Finanzsystem resilient?

Nein. Alle Institutionen – also Banken, Versicherungen, Börsen – arbeiten grundsätzlich nach ihrer individuellen Einzelgewinnmaximierung. Zwar gibt es nationale Banken-, Börsen- und Versicherungsaufsichten und die BIS in Basel, die internationale Regelungen vorgibt, aber die haben nicht verhindert, dass heute der Weltschuldenstand inklusive Finanzunternehmen bei über 350 % des Weltsozialprodukts liegt. Ohne Finanzunternehmen liegt er bei etwa 250 % – 1970 lag er bei 100 %. Dieser Schuldenberg kann wohl nicht in voller Höhe zurückbezahlt werden. Das System beruht auf der Illusion der Gläubiger, dass ihre Forderungen noch immer voll werthaltig sind. Das



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich 9 Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon 7 Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Er veröffentlichte mehrere Bücher, in denen er die neoliberale Wirtschaftstheorie kritisiert und vor ihren umwelt- und sozialpolitischen Folgen warnt.

www.menschengerech tewirtschaft.de

sind sie aber längst nicht mehr, denn sie sind von der Realwirtschaft nicht mehr annähernd so stark unterlegt wie etwa 1970. Diese Illusion kann

schnell platzen, wie vergangene Finanzkrisen zeigen: etwa im September 2008 nach der Lehman-Pleite, die Asien-Finanzkrise Ende der 1990er-Jahre oder auch die weltweite Börsen- und Finanzkrise ab 1929. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass unser Finanzsystem alles andere als resilient ist. Und heute ist es schlimmer denn je. Solch einen Schuldenberg und solch einen Geldüberhang – die US-Notenbank FED hat seit 2008 die Zentralbankgeldmenge vervelfacht, die EZB verneunfacht – gab es noch nie. Das ist brandgefährlich. Wir tanzen auf einem Vulkan. Und steuern wohl auf eine große Bereinigungskrise zu.

Wie könnte die aussehen?

Es könnte entweder eine mehrjährige zweistellige Inflation kommen – was ich nicht glaube, denn die US-Notenbank bricht derzeit die Inflation in den USA mit Erfolg. Oder es kommt – und das halte ich für sehr viel wahrscheinlicher – ein Finanz- und Wirtschaftscrash: Bei steigenden Zinsen dürften weltweit sehr viele Unternehmen mit zu hohen Schulden in Konkurs gehen. Dazu kommen über 60 Staaten weltweit, die vermutlich ihren Schuldendienst nicht mehr werden bedienen können: nicht nur Entwicklungsländer, sondern z. B. auch Italien, Griechenland oder Japan. Solch eine Konkurswelle dürfte eine Finanz- und Bankenkrise und damit einen starken Wirtschaftsabschwung oder eine Wirtschaftsdepression mit sehr hoher Arbeitslosigkeit auslösen, ähnlich wie 1929 bis 1932. Eine dritte Lösung wäre Krieg: Die Eskalation des Ukraine-Krieges zu einem Nato-Krieg könnte über Zerstörungsprozesse auch einen „Reset“ wie 1945 ermöglichen – mit allem Grauen, das damit einhergeht. Ein großer Krieg kann die ökonomischen Probleme lösen. Insbesondere Länder, deren Territorien von solch einem Krieg nicht betrof-

fen sind, würden von einer solchen Lösung profitieren und könnten sie daher anstreben.

Was sind die Ursachen für diese Krisenanfälligkeit?

Die Hauptursache ist der Wachstumszwang durch das Geld-, Schulden- und Börsensystem. Unser Schuldensystem erzwingt Wachstum. Ohne Wachstum kann man die Zinsen nicht zurückzahlen. Die Börsen erzwingen Wachstum, sonst können die Gewinne nicht gesteigert werden. Des Weiteren predigen unsere Lehrbücher und Wirtschaftsprofessoren Unersättlichkeit, Egoismus und Wachstum. Dies steuert alle 2 bis 3 Generationen in ein Überschuldungssystem, das – schaut man in die Geschichte – meist mit Finanzkrisen oder mit Kriegen gelöst wird.

Welche Maßnahmen könnten unser Finanzsystem resilienter machen?

Banken und Versicherungen auf genossenschaftlicher oder öffentlich-rechtlicher Basis könnten steuerlich stark begünstigt werden, im Gegenzug große börsennotierte Finanzunternehmen mit einer Abgabe oder Zusatzsteuer belegt werden. Dadurch könnten wir über vielleicht 2 Generationen den größten Teil der Finanzbranche zurückverlagern in

„Das System beruht auf der Illusion der Gläubiger, dass ihre Forderungen noch immer voll werthaltig sind. Das sind sie aber längst nicht mehr.“

kleinere, vor Ort tätige Institute nach dem Vorbild der Raiffeisenbanken und Sparkassen. Geldschöpfung und Geldpolitik könnten im Konsens und Diskurs durch Genossenschaftsbank- und Sparkassenvertreter bestimmt werden, denn die wissen am besten, was die Kunden vor Ort brauchen. Die Futures-Märkte sollten stark eingeschränkt werden, z. B. über eine kräftige Transaktions-

BUCHTIPPS

Günther Brendle-Behnisch, Claudius Moseler, Christoph Raabs (Hrsg.) Christian Kreiß u. a. (Autoren)

Wirtschaft ohne Wachstumszwang

Manifest einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft
Tectum, März 2021
324 Seiten, 38,00 Euro
978-3-8288-4620-3



Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft

Tredition,
November 2019
264 Seiten, 9,95 Euro
978-3-7497-5790-9



steuer. Haupttreiber für die ständig wachsenden Schulden- und Geldberge ist die gierige Raubbaukultur, die dauernd nach hohen Renditen verlangt zugunsten einer kleinen Schicht vermögender Menschen. Man könnte deshalb eine progressive Vermögenssteuer ab vielleicht 2 Mio. Euro pro natürlicher Person andenken. Vor allem bei Bodeneigentum wäre das problemlos sofort machbar, da Boden nicht ins Ausland

abwandern kann. Durch die Rückverlagerung der Finanzgeschäfte in kleine, dezentrale Institute, eine Transaktionssteuer und eine progressive Vermögensbesteuerung würden die Haupttreiber für die Exzesse an den Finanzmärkten weitgehend wegfallen und damit auch das Finanzsystem insgesamt sehr viel resilienter.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Energieversorgung

Dezentral – erneuerbar – gemeinschaftlich

Die Sprengung der Erdgasleitungen Nord Stream 1 und 2 hat deutlich gemacht, wie verwundbar unsere noch weithin fossile Energieversorgung ist. Kann eine klima- und umweltfreundliche Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen sicher sein? Der Schlüssel liegt in der Quartierebene und in Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften.

von Dr. Michael Stöhr

Am 5. November 2017 gewann das von der ÖDP initiierte und geführte Bündnis „Raus aus der Steinkohle“ in München nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren den Entscheid für die Abschaltung des Steinkohleblocks des Heizkraftwerks Nord bis spätestens 31. Dezember 2022. Auch wenn der Block aus Gründen der Versorgungssicherheit vermutlich noch bis Ende 2024 mit deutlich gedrosselter Leistung am Netz bleiben muss, haben das Bürgerbegehren und der gewonnene Entscheid Wirkung gezeigt: Die Stromerzeugung sank von 1,5TWh im Jahr 2016 auf 0,635TWh im Jahr 2021 ab, also um 58%. Entsprechend sanken die CO₂-Emissionen des Blocks.

Ein klarer Beweis dafür, dass die ÖDP Politik gestalten und real Macht ausüben kann. Und ein klarer Beweis dafür, dass es ihrer bedarf. Denn die Grünen, von denen viele ein solches Begehren erwarten würden, hatten sich zunächst zwei Jahre lang dagegengestemmt, bevor sie im Juli 2017 auf den fahrenden Zug aufsprangen.

Eine sichere Insel – aber nur für wenige Stunden

In der Diskussion über den Steinkohleblock argumentierten die Stadtwerke München (SWM) unter ande-

rem, dass dieser für die Inselfähigkeit des Münchner Stromnetzes erforderlich sei, also für die Möglichkeit, München auch abgekoppelt vom vorgelagerten Netz mit Strom versorgen zu können, falls es in diesem zu Störungen kommt. Wie wenig dieses Argument zu Ende gedacht war, wurde mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine deutlich. Das

Steinkohlekraftwerk benötigte bis zum erfolgreichen Bürgerentscheid 55 Güterzugwaggons voll Kohle pro Tag – zu einem großen Teil aus Russland. Die von den SWM angeführte Inselfähigkeit dank des Kohleblocks war immer nur eine für wenige Stunden, eben so lange, bis der nächste Güterzug mit Kohle München erreichen musste.

Die SWM planen nun seit einigen Jahren als Ersatz für den Kohleblock den Bau eines neuen Gasheizkraftwerks (GuD3), das zunächst mit Erdgas und später mit Wasserstoff betrieben werden soll, wobei offen ist, woher der Wasserstoff kommt. Welch schlechte Idee das ist, braucht nach der Sprengung der Erdgaspipelines

Nord Stream 1 und 2 nicht mehr erläutert werden. Jede andere Pipeline könnte auf die eine oder andere Weise genauso getroffen werden, egal ob sie Erdgas oder Wasserstoff transportiert. Zwar gibt es in Deutschland wie in vielen europäischen Ländern gigantische Erdgasspeicher, aus denen immerhin einige Monate lang Heizkraftwerke wie GuD3 versorgt

werden können, aber eben auch nicht länger. Sind sie leer und wird kein weiteres Erdgas oder Wasserstoff über irgendwelche Leitungen geliefert, stehen sie still. Aber immerhin: Ein paar Monate lang Wärme und Strom, sofern nicht gerade die Leitung zum nächsten Gasspeicher unterbrochen wird, ist mehr als nur ein paar Stunden lang.

Lokaler Mix erneuerbarer Energien schafft Resilienz

Der Kohleblock des Heizkraftwerks Nord in München dient in erster Linie nicht der Strom-, sondern der Fernwärmeversorgung. Und auch GuD3 ist dafür gedacht. Die ÖDP fordert in München dagegen seit Langem eine

Lange Stromleitungen benötigen lange Planungs- und Bauzeiten, sind teuer und auch angreifbar.



Foto: Lutz Reimann/pxello.com

deutliche Beschleunigung der Nutzung der Tiefengeothermie und der Wärme des Grundwasserstroms unter der Stadt mittels Wärmepumpen. Mit beiden Technologien zusammen kann ganz München mit Wärme versorgt werden.

Für die Pumpen wird allerdings Strom benötigt. Der gesamte Strombedarf im Stadtgebiet kann nicht, vor allem nicht ganzjährig, aus im Stadtgebiet verfügbaren erneuerbaren

richtungen wie Krankenhäuser im Fall einer Unterbrechung der vorgelagerten Stromversorgung betrieben werden. So kann ganzjährig die gesamte benötigte Wärme und eine Notversorgung mit Strom unabhängig von Energielieferungen sichergestellt werden. Beschädigungen einzelner Anlagen, Speicher oder Leitungen würden nicht ganz München, sondern immer nur Teile betreffen. Ein wichtiger Schritt hin zu einer re-

nämlich auch auf das seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig wiederholte Argument, Solarstrom solle dort produziert werden, wo die Sonne besonders intensiv scheint, und Windstrom dort, wo Wind besonders kräftig weht. Will heißen: Not in my backyard! Bloß nicht in meinem Hinterhof! Ein gerne bemühtes Argument der Befürworter fossiler Energienutzung, die sich erhofften, die Nutzung erneuerbarer Energien so auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben zu können –, und die, nachdem dieses Ziel verfehlt wurde, wenigstens noch ein goldenes Ende ihrer fossilen Klimakiller heraushandeln wollen.

Aber lange Stromleitungen benötigen lange Planungs- und Bauzeiten und sind nicht nur teuer, sondern auch angreifbar. Solche linearen Infrastrukturen, die sich über Hunderte Kilometer erstrecken, seien unmöglich vollständig zu schützen, sagt der Schweizer Energie- und Risikoforscher Peter Burgherr vom Paul Scherrer Institut.

Eine Energieversorgung mit Photovoltaik und Windkraft führt zu einer deutlichen Effizienzsteigerung.

Quellen alleine gedeckt werden. Infrage kommt da fast nur Solarstromerzeugung. Wird diese ausgebaut und um Energiespeicher ergänzt, kann je nach Ausbaugrad für einige Stunden oder Tage eine Notstromversorgung sichergestellt werden, mit der die Pumpen für die Wärmeversorgung und alle wichtigen Ein-

silienten, sprich sicheren und gegen Beeinträchtigungen widerstandsfähigen Energieversorgung.

Mit Offshore-Windstrom von der Nordsee oder Solarstrom aus Nordafrika wäre nicht das gleiche Maß an Sicherheit gegeben. Ein Licht werfen die vermutlichen Anschläge auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2



Foto: Thomas Max Müller/pixello.de

Erneuerbare Energie besitzen ein riesiges Potenzial

Das größte Potenzial zur Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen haben Photovoltaik- (PV) und Windkraftanlagen. Wird die Energieversorgung weitgehend auf diese umgestellt und Strom im Wärme- und Mobilitätssektor genutzt, führt das zunächst zu einer deutlichen Effizienzsteigerung und einem deutlich geringeren Primärenergiebedarf des gesamten Energiesystems. Zum einen wandeln große fossile Kraftwerke nur etwas über 40 % der in den Brennstoffen steckenden Energie in Strom um, fast 60 % entweichen als Abwärme in Luft und Flüsse. PV- und Windkraftanlagen brauchen keine Brennstoffe, der produzierte Strom ist die Primärenergie, zu 100%. Zum anderen benötigen fossile Kraftwerke bis zu 10 % des von ihnen erzeugten Stroms zu ihrem eigenen Betrieb, PV- und Windkraftanlagen dagegen weniger als 1%. Sowohl die Umwandlungsverluste als auch dieser Eigenbedarf entfallen, wenn der Strom aus PV- und Windkraftanlagen stammt.

Weitere Einsparungen an Primärenergie können erzielt werden, wenn PV- und Windstrom in batterieelektrischen Fahrzeugen und Wärmepumpen genutzt wird. Da Elektromotoren bis zu viermal effizienter sind als Verbrennungsmotoren, führt das zu einer deutlichen Einsparung. Gleiches gilt im Wärmesektor für Wärmepumpen, die Gas- oder Ölheizungen ersetzen.

Nutzt man aber den PV- und Windstrom zur Produktion von Wasserstoff

Vermeidet man den Fehler, Wasserstoff als Brenn- und Kraftstoff einzusetzen, ist der Primärenergiebedarf bei einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung deutlich geringer als bei einer fossilen und nähert sich dem Endenergiebedarf, der aktuell um ein Viertel unter dem Primärenergiebedarf liegt. Weitere Suffizienz- und Effizienzmaßnahmen senken den Bedarf für energetische Zwecke (Strom, Wärme, Mobilität) auf etwa 1.750 TWh. Alleine mit Pho-

und setzt diesen in Verbrennungsmotoren und Gasheizungen ein, wird aus der möglichen Einsparung ein Mehrverbrauch: Für ein mit Wasserstoff betriebenes Verbrennerfahrzeug wird zunächst etwa sechsmal mehr PV- und Windstrom benötigt als für ein batterieelektrisches Fahrzeug, für einen mit Wasserstoff befeuerten Gasbrennwertkessel etwa fünfmal mehr als für eine Wärmepumpe.

tolvtaikanlagen auf Gebäuden kann in Deutschland ziemlich exakt diese Energie erzeugt werden.

Auch mit Strom aus Windkraftanlagen kann grundsätzlich der gesamte Energiebedarf gedeckt werden. Nach einer gängigen Faustformel können auf 2 % der Landesfläche Deutschlands 200 GW Windkraftanlagen installiert und damit knapp 560 TWh Strom pro Jahr erzeugt

werden. Insgesamt ist auf 5,8 % der Landesfläche der Betrieb von Windkraftanlagen mit Anwohner-, Arten-, Natur- und Landschaftsschutz gut verträglich, was die Produktion von 1.620 TWh Windstrom an Land erlaubt. Zusammen mit 210 TWh aus 70 GW Offshore-Windkraftanlagen

speicher wurden rasant billiger. Das verschob das Optimum hin zu einem höheren PV-Anteil. Kleinere Beiträge anderer erneuerbarer Energien, die nahezu kontinuierlich (Wasserkraft) oder flexibel (Biogas) verfügbar sind, verschieben das optimale Verhältnis von PV- und Windstromerzeu-

Photovoltaikanlagen produzieren im Sommer mehr als im Winter. Bei Windkraftanlagen ist es umgekehrt.

macht das 1.830 TWh Windstrom, was ebenfalls den gesamten Energiebedarf decken kann – moderate Erzeugung von grünem Wasserstoff vorausgesetzt.

Photovoltaik und Windkraft: die ideale Kombination

PV-Anlagen produzieren grundsätzlich nur tagsüber, aber Windkraftanlagen produzieren in der Nacht mehr als am Tag. Weiterhin produzieren PV-Anlagen im Sommer mehr als im Winter. Auch hier ist es bei Windkraftanlagen umgekehrt. Beide Technologien ergänzen sich also gut im Tages- und Jahresverlauf. Als beste Kombination von PV- und Windkraftanlagen kann man diejenige ansehen, bei der am wenigsten Energie gespeichert werden muss, um ein Gebiet ganzjährig vollständig mit Energie zu versorgen. Denn Speicherung ist immer mit Energieverlusten und Kosten verbunden. Und Speicher benötigen Platz und Ressourcen.

Anfang der 2010er-Jahre war ein Szenario optimal, bei dem in Deutschland etwa ein Drittel des Stroms aus PV- und zwei Drittel aus Windkraftanlagen erzeugt wird. Das bedeutete die Nutzung von knapp 4 % der Landesfläche für die Windstromerzeugung.

Seitdem sanken die Kosten für PV-Anlagen schneller als die für Windkraftanlagen und auch Batterie-

erzeugung ebenfalls zu mehr PV-Anlagen. Dennoch bleibt richtig: Auf den Mix kommt es an. Weitgehend unabhängig von vorgelagerter Energieversorgung können dann Gebiete sein, in denen der optimale Mix ungefähr erreicht wird. Aktuelle Studien für ganz Deutschland setzen meistens eine Nutzung von 2 % der Landesfläche für Windenergie an.

Deutschland kann also vollständig mit Energie aus erneuerbaren Quellen versorgt werden und damit auch vollständig widerstandsfähig gegen Unterbrechungen von Energielieferungen aus dem Ausland sein! Dieser Grad an Resilienz muss nicht zwingend erreicht werden. Kostengünstiger und ressourceneffizienter ist es, wenn weiterhin Energie mit dem Ausland ausgetauscht wird, was geringere Speicherkapazitäten erlaubt. Auch der Import von wasserstoffbasierten chemischen Grundstoffen, die mithilfe von PV- und Windkraftanlagen in trockenen, landwirtschaftlich nicht nutzbaren Gebieten des Südens produziert und als chemische Grundstoffe und Kraftstoffe für den Schiffs-, Flug- und Schwerlastverkehr verwendet werden, ist sinnvoll. Je mehr jedoch importiert wird, desto geringer ist die Resilienz Deutschlands.

Wichtig ist allerdings auch der Blick auf mögliche Störungen der Energieversorgung innerhalb

Deutschlands. Ein neuralgischer Punkt sind hier die Stromtrassen von Nord nach Süd. Es genügt nicht, dass PV- und Windkraftanlagen irgendwo in Deutschland stehen und ein guter Mix beider Technologien im bundesweiten Mittel erreicht wird. Ein guter Mix muss auch jeweils im Norden und Süden und nach Möglichkeit in noch kleineren räumlichen Einheiten erreicht werden. Nur dann reichen die bestehenden (8,9 GW) und geplanten (7,6 GW) Nord-Süd-Übertragungsleitungen aus, um den gegenseitigen Ausgleich von PV- und Windstromerzeugung zu ermöglichen.

Der Verzicht auf Ausbau von Windkraft in Süddeutschland erhöht den zusätzlich zu den heutigen 8,9 GW Transportkapazität notwendigen Netzausbau von 7,6 GW auf 12,4 GW. Ein Netzausbau zieht sich jedoch über

ONLINETIPPS

Jochen Bittner, Alice Bota, Jörg Lau, Ingo Malcher, Paul Middelhoff, Marc Widmann
Wie verwundbar sind wir?
Zeit, 05.10.2022
www.t1p.de/5ni3z

Fraunhofer-Institut IEE (Hrsg.)
Flächenpotenziale der Windenergie an Land
Mai 2022
www.t1p.de/n2r2s

Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.)
Modellierung sektorintegrierter Energieversorgung im Quartier
April 2022
www.t1p.de/jt57r

Fraunhofer-Institut ISE (Hrsg.)
Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem
November 2021
www.t1p.de/uvlgu

Energy Watch Group (Hrsg.)
100 % Erneuerbare Energien für Deutschland bis 2030
Mai 2021
www.t1p.de/x1axa

viele Jahre hin. Die Alternative ist ein zusätzlicher Bau von PV-Anlagen und Energiespeichern in Süddeutschland, verbunden mit erheblich höheren Kosten, Flächen- und Ressourcenbedarf – je mehr auf Windenergie verzichtet wird, umso mehr.

Bei einem solchen guten Mix von PV- und Windkraftanlagen in Nord- und Süddeutschland betragen die Kosten 7,6 ct/kWh (ohne Steuern und Abgaben), gemittelt über alle Energiearten und Verbraucher – so viel wie unsere Energieversorgung vor dem Ukraine-Krieg.

Schlüssel liegt in der Quartierebene und in Energiegemeinschaften

Eine aktuelle Studie zeigt nun, dass nicht nur eine vollständige Versorgung ganz Deutschlands aus erneuerbaren Energiequellen möglich und erschwinglich ist, sondern auch eine im Jahresmittel vollständige Versorgung von Wohn- und Gewerbequartieren aus erneuerbaren Energiequellen im Quartier und seinem Umland. Eine ganzjährige Inselversorgung ist jedoch nicht wünschenswert, sondern es ist ein gewisser Grad des überregionalen Energieaustauschs anzustreben.

Dennoch können bei entsprechender Ausgestaltung der Energieversorgung einzelne Quartiere zumindest für einige Zeit unabhängig von der vorgelagerten Energieversorgung sein, was sie sehr widerstandsfähig gegen Unterbrechungen der überregionalen Energieversorgung macht. Dabei sind erstaunlich kleine Energiespeicher ausreichend: Bei einem urbanen Quartier mit Mischnutzung genügt eine Batterie von der Größe einer kleinen E-Auto-Batterie (26 kWh) pro Gebäude. Eine auf Quartierebene optimierte Strom- und Wärmeversorgung ist mit mittleren Energiekosten (ohne Steuern und Abgaben) von etwa 8 ct/kWh ähnlich

teuer wie eine auf der Ebene von ganz Deutschland optimierte. Die erheblich höhere Resilienz ist bezahlbar!

Eine reine Inselversorgung von Quartieren würde jedoch bedeuten, dass PV- und Windkraftanlagen oft abgeregelt oder der Strom sehr dezentral zur Wasserstoffproduktion genutzt werden müsste. Sinnvoller ist jedoch ein gewisser überregionaler Austausch von Strom und Wasserstoffproduktion an Orten, wo auch ein hoher und alternativloser Wasserstoffbedarf besteht und zugleich Abwärme auf einem hohen Temperaturniveau verfügbar ist, etwa in der Stahlproduktion.

Eine Quartierenergieversorgung ist in allen Fällen kostengünstiger als eine Optimierung auf der Ebene der einzelnen Gebäude. Der Held,

integrierte Energiesystemplanung auf Quartierebene beziehungsweise lokaler Ebene als dritter Planungsebene zu ergänzen. Der regulative Rahmen sollte gemäß zwei Pfaden weiterentwickelt werden: Der erste Pfad besteht in der Weiterentwicklung der Regulatorik von Kundenanlagen, sodass diese für typische Quartiersstrukturen in Bezug auf Größe, Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher, Energiemengen und Anzahl der Gebäude anwendbar sind; der zweite Pfad in der Entwicklung einer Regulatorik zur Implementierung von lokalen Energiegemeinschaften.

Lokale Energiegemeinschaften: Damit sind hier Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften im Sinne der EU-Richtlinie für die Förderung er-

Eine Quartierenergieversorgung ist kostengünstiger als eine Optimierung der einzelnen Gebäude.

der sich in seinem Einfamilienhaus dank großer, mit PV-Modulen und Solarkollektoren bedeckter Dachflächen und überdimensionierter Energiespeicher ganzjährig selbst mit Energie versorgen kann, ist nicht zur Nachahmung zu empfehlen – isolierte Gebäude im ländlichen Raum ausgenommen. Der Grund liegt im besseren lokalen Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch auf Quartierebene, was geringere Speichergrößen und -kosten nach sich zieht, sowie dem Zugang zu zusätzlichen Versorgungsoptionen wie Abwärmenutzung und Biogas- und Windstrombezug aus dem Umland.

Um mehr dezentrale Energieversorgung auf Quartierebene zu ermöglichen, empfiehlt die Deutsche Energieagentur, die zentralisierte national-regionale Planung des Stromsystems und die gebäudezentrierte Wärmeplanung durch eine

neuerbarer Energien gemeint. Ihr wesentliches Merkmal ist, dass sie ohne großen bürokratischen Aufwand gemeinsam Energie erzeugen, nutzen, speichern und teilen können, ohne dafür über Gebühr mit Abgaben belastet zu werden. Solche Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften sieht das deutsche Recht bislang nicht vor, womit Deutschland gegen EU-Recht verstößt. Somit sind zwar Mieterstrommodelle möglich, nicht aber Quartierstrommodelle, was vor allem einkommensschwache Haushalte benachteiligt, die selbst keine PV-Anlage betreiben können und nicht das Glück haben, in einem Gebäude zu wohnen, das sich für Mieterstrom eignet.

Welche genaue juristische Form Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften haben sollen, schreibt EU-Recht nicht vor. In Deutschland bietet sich jedoch die Genossenschaft an. Im



Unterschied zu Stadtwerken haben Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften den Vorteil, dass sich die erforderlichen Investitionen auf eine große Zahl von Personen, Firmen und Organisationen verteilen, der Zugang vor allem zu Dach- und Fassadenflächen einfacher ist – und vor allem darin, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Energieversorgung eingebunden werden. Op-

und der Schlüssel zu ihr liegt in den Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften im Sinne der EU-Richtlinie für die Förderung erneuerbarer Energien in Kombination mit innovativen und kooperativen Stadtwerken. Damit kann auch im Fall größerer Unterbrechungen des überregionalen Austauschs von Energie für lange Zeiträume eine sehr weitgehende Deckung des Energiebedarfs ermöglicht werden.

hohen Anteil der Versorgung über Wärmenetze. Durch eine aktive Mitgestaltung der Kommunalpolitik hat es die ÖDP hier in der Hand, einige Weichen richtig zu stellen. ■

Dieser Artikel wird in einer Version mit Fußnoten und vollständigen Quellenangaben auf „orangeaktiv“ bereitgestellt.

Eine resiliente Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen ist bis auf die Quartierebene herab möglich.

timal sind jedoch Kooperationen von Stadtwerken mit Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften, bei denen die Vorteile und Stärken von beiden zum Tragen kommen.

Fazit: Erneuerbare Energien ermöglichen resiliente Versorgung

Eine resiliente Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen ist bis auf die Quartierebene herab möglich

Erforderlich sind dafür (1) ein möglichst guter Mix von PV- und Windkraftanlagen innerhalb der Region, (2) eine weitgehende Elektrifizierung des Verkehrs im Rahmen einer umfassenden Mobilitätswende und (3) eine Umstellung der Wärmeversorgung auf Tiefengeothermie, große Wärmepumpen, Solarthermie und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die ausschließlich erneuerbare Energieträger nutzen, bei einem

Dr. Michael Stöhr, Jahrgang 1964, studierte Physik und Philosophie, promovierte in experimenteller Halbleiterphysik. Seit 1992 arbeitet er in der angewandten Forschung und Beratung zu erneuerbaren Energien. 2014 trat er der ÖDP bei. Seit 2017 ist er Beisitzer im Vorstand des Bundesarbeitskreises „Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie“ (BAK KUVe) und dessen Delegierter in der Bundesprogrammkommission, seit 2021 zudem Landesbeauftragter für Klimaschutz der ÖDP Bayern.



michael.stoehr@oedp-muenchen.de

Landwirtschaft I

„Es wird sehr viel hin- und hertransportiert“

Die Landwirtschaft sichert unsere Ernährung. Deshalb sollte sie Störungen aller Art widerstehen können. Inwieweit kann sie das? Welche Risiken birgt die konventionelle Landwirtschaft, welche Chancen bietet die biologische? Die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) kennt sich aus und kämpft für eine Agrarwende.

Interview mit Josef Schmid

ÖkologiePolitik: Herr Schmid, wie globalisiert ist unsere Ernährung heute eigentlich?

Josef Schmid: Es wird sehr viel hin- und hertransportiert – national, international, global. Niedrigere Umwelt- und Sozialstandards in anderen Ländern verursachen geringere Herstellungs- und Verarbeitungskosten. Bei den Transporten werden die ökologischen Folgekosten nicht eingepreist und die Lkw-Fahrer arbeiten im Niedriglohnbereich. Das lässt die regional erzeugten Lebensmittel teurer erscheinen, doch die Folgekosten müssen wir alle bzw. unsere Kinder und Enkel trotzdem irgendwann bezahlen. Nahrungsmittel, die unterhalb der bei uns vorgeschriebenen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialvorschriften angebaut und hergestellt wurden, dürften bei uns nicht in den Handel kommen. Autos oder Elektrogeräte, die nicht unseren Sicherheitsstandards entsprechen, dürfen ja bei uns auch nicht verkauft werden – warum nicht ebenso strenge Regeln bei unseren Nahrungsmitteln? Die Marktsituation würde sich wahrscheinlich schon deutlich verbessern, wenn wenigstens die Herkunft der Lebensmittel klar und deutlich gekennzeichnet werden müsste, da-

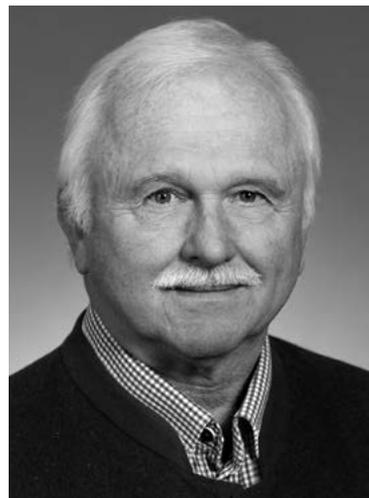
mit Verbraucher bewusst auswählen könnten.

Wie abhängig ist unsere Versorgung von einzelnen Ländern wie z. B. der Ukraine?

Eine hohe Abhängigkeit gibt es bei uns bei den Futtermitteln für die Tiere. Die kommen vor allem aus Südamerika, den USA, aber auch anderen Ländern. Gemüse und Obst wird viel importiert – weil in anderen Ländern die Flächenproduktivität aufgrund anderer klimatischer Verhältnisse höher ist. Oder bestimmte Pflanzen bei uns nicht richtig oder gar nicht wachsen. Vor allem aber, weil in Spanien und Italien Saisonarbeitskräfte zu Sklaverei-ähnlichen Bedingungen arbeiten, mit denen einheimische Obst- und Gemüseanbauer nicht konkurrieren können. Aus der Ukraine importieren wir vor allem Sonnenblumen und Soja – sowohl für Menschen als auch für Tiere. Bedenklich ist die Abhängigkeit unserer Lebensmittelversorgung von Düngerimporten aus Russland, der Ukraine und anderen östlichen Ländern.

Reichen die landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren?

Wir produzieren derzeit mehr Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch-



Josef Schmid, Jahrgang 1956, studierte Agrarwissenschaft und bewirtschaftete von 1985 bis 2019 einen Bauernhof, seit 1989 biologisch, den er an seinen Sohn und seine Schwiegertochter übergab. Seit Januar 2010 ist er einer von zwei Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) und seit 2020 für die ÖDP Kreisrat in Landshut.

www.abl-bayern.info

produkte, als wir selbst brauchen. Würden wir weniger für den Export in Drittländer außerhalb der EU produzieren, die tierischen Lebensmittel auf das ärztlich empfohlene Maß reduzieren und mehr pflanzliche Nahrung konsumieren, würden unsere Flächen für die Grundversorgung der Bevölkerung ausreichen. Ein wirkliches Problem der konventionellen Landwirtschaft ist die Abhängigkeit von Stickstoffdüngern und Pflanzenschutzmitteln bzw. von deren Grundstoff Engpässe. Der Dünger wird knapp und teuer, weil zur Herstellung eine Menge Energie und Gas als Grundstoff benötigt wird.

Reichen die vorhandenen Flächen für eine bäuerliche und biologische Landwirtschaft?

Aktuell landen ca. 30 % unserer Lebensmittel im Müll, 60 % der Getreideerzeugung werden an Tiere verfüttert und ca. 15 % der Erzeugung zur Herstellung von Treibstoff verwendet – genügend Reserven und Einsparungsmöglichkeiten, um die etwa 30 % niedrigeren Erträge einer Bio-Landwirtschaft auszugleichen. Die oft behaupteten 50 % treffen nur zu, wenn man Erträge der Bio-Landwirtschaft mit konventionellen Spitzenerträgen in Gunstregionen vergleicht. Wir müssten also keinesfalls zu Veganern werden. Ein kleineres Stück Fleisch und dazu mehr Beilagen und Salat auf den Tellern wäre kein zu hoher Preis für eine Landwirtschaft, die ohne chemischen Dünger und Pflanzenschutz auskommt und so Risiken und Nebenwirkungen von vornherein ausschließt.

Ist die konventionelle Landwirtschaft anfälliger für Krisen?

Ja, und zwar mehrfach! Wie schon erwähnt, ist sie von Importen und Transporten abhängig. Wenn Lieferketten plötzlich nicht mehr richtig funktionieren, trifft sie das hart. Das haben Corona, ein quer stehendes Containerschiff im Suezkanal und zuletzt der Ukraine-Krieg überdeutlich gezeigt. Die Exportorientierung durch Überschüsse bei Milch und Schweinefleisch verursacht eine mehrfache Anfälligkeit für politische, logistische und pandemische Störungen. Das ist verhängnisvoll für die gesamte Landwirtschaft, weil bei jeglicher Marktstörung die Preise für die inländisch und regional gehandelte Ware zusammenbrechen. Weiterhin erhöht die zunehmende Spezialisierung unserer Landwirtschaft deren Krisenanfälligkeit. Die Konzentration der Tierhaltung begünstigt Auftreten und Ausbreitung von Infektionen in den Beständen. Zusammen mit einer geringeren Vielfalt im Anbau ergibt sich daraus ein erhöhtes Risiko für die Lebensmittelversorgung.

Ist die bäuerliche und biologische Landwirtschaft resistenter?

Sicherlich! Bio-Landwirtschaft setzt mehr auf innerbetriebliche Kreisläufe und ist so unabhängiger von fragilen Lieferketten. Durch vielfältigen Anbau, bodenverbessernde Zwischenfrüchte und gezielte Erhöhung des Humusgehalts im Boden kann mehr Regenwasser gespeichert werden. Die Pflanzen sind gesünder und widerstandsfähiger gegen Krankheiten. Schädlinge haben wegen größerer Anbauabstände weniger Chancen, sich zu etablieren. Bodenqualität

zu wenig auf Robustheit und Widerstandsfähigkeit geachtet. Die Fördermilliarden dürften nicht länger überwiegend als pauschale Flächenprämien ausgeschüttet werden, sondern müssten schon bei den konventionellen Höfen ökologischere Maßnahmen und Wirtschaftsweisen belohnen, um sie für eine spätere Umstellung am Leben zu erhalten. Der wesentliche Hebel wäre, den Absatz von Bio-Produkten zu erhöhen. Wenn das Ziel „30% Biolandwirtschaft bis 2030“ erreicht werden soll, müssen Staat und Kommunen ihrer

„Konventionelle Landwirtschaft ist von Importen und Transporten abhängig. Bio-Landwirtschaft setzt auf innerbetriebliche Kreisläufe.“



und Humusaufbau sind wichtige Aspekte in der biologischen Landwirtschaft, denn Fehler und Versäumnisse kann sie nicht durch mehr Dünger und Pflanzenschutzmittel korrigieren.

Wie lässt sich der Anteil der Bio-Landwirtschaft erhöhen?

Eigentlich müsste es schon bei der Berufsausbildung anfangen: Die Grundsätze der Bio-Landwirtschaft müssten zur Grundlage werden, auf die alles andere aufbaut. Auch in der Forschung wurde Bio-Landwirtschaft lange vernachlässigt. Und in Tier- und Pflanzenzucht wurde viel

Vorbildwirkung gerecht werden und bei allen Lebensmitteleinkäufen für seine Behördenkantinen, für Schulen, Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen mindestens 30% Bio-Produkte aus der Region einkaufen. Damit wären auch Menschen zu erreichen, die von sich aus den Weg in einen Bio-Laden niemals finden würden. Nach einer Umfrage des Bauernverbands wären derzeit 20% der Landwirte bereit zur Umstellung, wenn der Absatz gesichert wäre.

Herr Schmid, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Landwirtschaft II

Düngemittelknappheit als Chance

Wegen der gestiegenen Gaspreise ist energieintensiver Kunstdünger plötzlich knapp und teuer. Könnte unsere Landwirtschaft durch eine konsequente Agrarwende davon unabhängig werden?

von Susanne Aigner

Erdgas wird sowohl als Rohstoff als auch als Energiequelle im Produktionsprozess gebraucht: Das Gas liefert Wasserstoff, eine wichtige Zutat für die Gewinnung von Ammoniak. Allein die Herstellung von Ammoniak soll rund 2 % der weltweiten Energie verbrauchen. Aufgrund steigender Herstellungskosten stellen nun immer mehr große Düngemittelunternehmen ihre Produktion ein.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge ist die Menge der hierzulande in den Verkehr gebrachten Düngemittel im zweiten Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahresquartal stark zurückgegangen. So halbierte sich der Absatz von Phosphatdünger auf 14.000 Tonnen des darin enthaltenen Nährstoffs Phosphat. Der Absatz von Kalidünger sank etwa um die Hälfte auf 55.900 Tonnen Kaliumoxid. Bei Stickstoffdünger wurden 18,5 % (238.000 Tonnen) weniger als im selben Quartal des Vorjahres abgesetzt. Allein Kalkdünger blieb mit 592.600 Tonnen gegenüber dem Vergleichszeitraum nahezu unverändert.

Nicht nur die Düngemittelproduktion im Inland ging seit dem Frühjahr zurück, sondern auch die Importe von Phosphat-, Stickstoff- oder Kaliumdünger. So wurden von Januar

bis Juli rund 2 Mio. Tonnen dieser Düngemittel importiert – 11 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei Phosphatdünger wurde mit 15.100 Tonnen etwa nur noch die Hälfte der ursprünglichen Menge eingeführt. Bereits 2020 sollen Stickstoff-, Phosphat- und Kalidünger auf nur noch

69 % der bewirtschafteten Fläche eingesetzt worden sein.

Hinzu kommen Auflagen beim Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutz im Rahmen des europäischen Green Deals. Wegen zunehmender Werksschließungen und Produktionsdrosselungen werde das Angebot immer knapper, warnen Agrarexperten. Dies wirkt sich enorm auf die Preise von Dünger sowie auf die Produktion von Getreide und anderen Agrarprodukten aus.

Yara schließt Düngerfabrik in Belgien

Das Unternehmen werde die Produktion wegen steigender Gaspreise einstellen, teilte der norwegische Düngergigant Yara im September mit.

Am belgischen Standort Tertre nahe der französischen Grenze wurden jährlich 400.000 Tonnen Ammoniak, 950.000 Tonnen Ammoniumnitrat sowie 800.000 Tonnen Salpetersäure produziert. Bereits im August hatte das Unternehmen angekündigt, die Produktion von Ammoniak um 65 % sowie die von Ammoniumnitrat um 35 % reduzieren zu wollen.

Nach eigenen Angaben will Yara sein jährliches Produktionsvolumen um rund 3 Mio. Tonnen Ammoniak, 4 Mio. Tonnen Fertigprodukte, 1,8 Mio. Tonnen Harnstoff, 1,9 Mio. Tonnen Nitrate und 0,3 Mio. Tonnen NPK-Dünger reduzieren. Infolgedessen werde sich das Ammoniumnitrat auf dem französischen Markt um 10 % verringern, warnte ein Sprecher von Yara France.

Auch andere Hersteller drosselten ihre Produktion: Neben der BASF stellen der polnische Düngerherstel-

ler Grupa Azoty sowie CF Fertilisers in Großbritannien ihre Ammoniak- bzw. Düngeproduktion vorübergehend ein. Auch in der Ukraine wurde die Produktion von Stickstoffdünger und Harnstoff seit Mitte September zurückgefahren. In der deutschen SKW Piesteritz, in der die Anlagen zeitweise heruntergefahren waren, wurde die Produktion zumindest teilweise wieder aufgenommen.

Steigende Nachfrage nach Gülle

Ein großer Teil der Nutztiere wird mit Gras, Getreide und anderen Pflanzen gefüttert, die wiederum werden zum Teil mit Kunstdünger gedüngt. Gülle, eine Mischung aus Kot und Urin von Nutztieren wie Rindern, Schweinen

und Geflügel, enthält Stickstoff, Kalium, Magnesium und Phosphat – wichtige Nährstoffe für den Ackerbau. Wird sie als Dünger auf dem Acker optimal verteilt, können die Pflanzen besser wachsen.

Während früher Betriebe dafür zahlen mussten, um Gülle loszuwerden, wird inzwischen für die Lieferung von Gülle bezahlt. Dennoch ist das Düngen mit Gülle nicht unum-

in Regionen, in denen viele Rinder, Kühe und Schweine gehalten werden.

Kann sich Europa künftig noch mit Dünger versorgen?

Welche Folgen hat eine mögliche Unterversorgung mit Dünger auf die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln? Die Mangelversorgung bei Dünger könnte zu geringeren

Landwirtschaft geht auch mit weniger Einsatz von energieintensivem Stickstoffdünger.

stritten. Düngt man zu viel, sodass die Pflanzen im Boden die Nährstoffe nicht völlig aufnehmen können, sammeln sich zu viele Nährstoffe im Boden, kritisiert Pierre Johannes, Referent für Agrarpolitik beim Naturschutzbund NABU.

Erträgen und einem Rückgang der Produktion führen, glauben Agrarexperten.

Vor allem die Nahrungsmittelproduktion werde darunter leiden, warnt Nicolas Broutin. Der französische Yara-Chef fordert finanzielle



Foto: schauhi/pixabay.com

Die Nährstoffe werden ausgewaschen, aus Stickstoff wird gesundheitsschädliches Nitrat, das im Grundwasser landet. Mit Nitrat belastetes Wasser muss aufwendig aufbereitet werden – den Preis dafür zahlen die Anwohner. Tatsächlich wurden die gesetzlichen Höchstgrenzen an Nitrat im Grundwasser in den vergangenen Jahren immer wieder überschritten – vor allem

Unterstützung für die landwirtschaftliche Produktion und Düngemittelindustrie. Nicht nur die Versorgung in Deutschland und Europa sei gefährdet, auch die globale Nahrungsmittelkrise werde weiter angeheizt. Kaufen Landwirte ihre Düngemittel künftig außerhalb von Europa, werde dies deutlich teurer sein als bisher.

Russland falle als einer der wichtigsten Lieferanten von Stickstoff-

BUCHTIPP

Susanne Aigner
Agarwende jetzt!
Aufbruch in eine neue Landwirtschaft
Heise, März 2021
180 Seiten,
eBook, 5,99 Euro
978-3-95788-231-8



dünger fast komplett aus. Zwar gebe es keine direkten Sanktionen gegen Dünger oder Getreide – doch sie wirken trotzdem, heißt es in Fachkreisen. Russland sei allerdings bereit, mehr als 300.000 Tonnen russischer Düngemittel, die in europäischen Häfen festsitzen, kostenlos an die Entwicklungsländer zu liefern, wenn Europa zustimme, die Sanktionen gegen russische Exporte weiter zu lockern, wie Nachrichtenagenturen berichten.

Europa habe nur „teilweise“ Sanktionen aufgehoben, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin auf einem Gipfeltreffen in Usbekistan. Somit sei Russland nicht in der Lage, Düngemittel in die ganze Welt zu verkaufen. Europa habe selbst Probleme auf den Lebensmittelmärkten geschaffen und versuche nun, sie auf Kosten anderer zu lösen, so der Vorwurf des Kreml-Chefs.

Bauernverband fordert Aufhebung der Zölle

Um den Preisanstieg bei Stickstoffdüngern zu dämpfen, hat die EU-Kommission bereits im Juli vorgeschlagen, die Zölle auf Ammoniak von 5,5 % bzw. auf Harnstoff von 6,5 % (außer für Russland und Belarus) vorübergehend aufzuheben. Dieser Vorschlag sei aber noch nicht ausreichend, kritisiert Detlef Kurreck, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands. Auch auf handelsübliche Stickstoffdünger wie Kalk-

ammonsalpeter, Diammonphosphat und NPK-Dünger müssten die Zölle aufgehoben werden. Die europäischen Düngerproduzenten hingegen wehren sich gegen ein weiteres Absenken der Schutzzölle.

Ammoniak und Stickstoffdünger werden auch anderswo hergestellt,

Wolfram Günther. Immerhin liegt der Selbstversorgungsgrad bei Getreide und Milch in Sachsen bei über 100 %. Nun gelte es, regionale Wertschöpfungsketten zu stärken, um die Land- und Ernährungswirtschaft krisenfester zu machen, mahnt der sächsische Agrarminister.

Weltweit landet nur die Hälfte des Düngers auf Pflanzen. Der Rest versickert im Boden.

wo Erdgas günstiger ist. Dennoch werden die Preise auf dem Weltmarkt voraussichtlich weiter steigen, fürchten Experten. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen empfiehlt den Betrieben, den Dünger für 2023 möglichst schon jetzt einzukaufen. Einerseits schlagen stark gestiegene Kraftstoffpreise zu Buche. Auf der anderen Seite werden Engpässe bei Saatgut wie Weizen, Roggen und Triticale befürchtet. Der Preis für Dünger habe sich seit einem Jahr vervielfacht, klagt etwa Stephan Claus, Chef der Pretzschendorfer Landwirtschafts- und Dienstleistungsgesellschaft in Klingenberg/Sachsen.

Sein Betrieb bewirtschaftet rund 1.500 Hektar Land. Im Sommer habe er rund 250 Tonnen Dünger auf Vorrat gekauft – zu hohen Preisen. Das Herunterfahren der Anlagen der SKW Piesteritz verschreckte nicht nur die Bauern, sondern auch die Logistikbranche: So produziert SKW auch AdBlue, unabdingbar für die Abgasreinigung von Dieselfahrzeugen. Mit dem Ausfall des Betriebs begeben sich Deutschland in größere Abhängigkeit von Produzenten im Ausland, warnt Bauernpräsident Thomas Krawczyk.

Mit weniger Kunstdünger die Ernährung sichern

Die Versorgung der Bevölkerung sei dennoch nicht gefährdet, erklärt

Die Sorge, dass der Dünger so knapp werden könnte, dass in Europa nicht mehr genug Lebensmittel produziert werden können, sei unbegründet, glaubt auch Anne Preger

80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche dienen der Produktion tierischer Lebensmittel.

vom Deutschlandfunk. Denn Landwirtschaft geht auch mit weniger Einsatz von energieintensivem Stickstoffdünger. Damit das funktioniert, müssen sich allerdings einige Dinge grundsätzlich ändern bzw. muss Neues ausprobiert werden. Zum Beispiel:

- Zielgerichtet düngen: Weltweit landet nur die Hälfte des Düngers auf den Pflanzen. Der Rest versickert im Boden und im Grundwasser.
- Weniger Nutztiere halten: 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehen für die Produktion tierischer Lebensmittel drauf. Diese aber tragen nur 18 % zur globalen Kalorienversorgung bei, so lautet das Ergebnis einer Studie am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Werde ein größerer Teil der Ackerflächen für die Erzeugung von Essen für Menschen statt von Tierfutter genutzt, ließe sich das Angebot von Lebensmitteln nachhaltig ausweiten.

- Verstärkter Anbau von Leguminosen: Bohnen, Linsen, Erbsen oder Klee entnehmen Stickstoff aus der Luft und düngen damit den Boden.
- Düngen mit menschlichem Urin: Menschliche Ausscheidungen enthalten außer Stickstoff viele wichtige Pflanzennährstoffe wie Kalium, Magnesium und Phosphor. Diese bisher eher unübliche Düng Praxis wird immer besser erforscht.

Viele Ackerböden enthalten von früheren Düngungen noch ausreichend Stickstoff. Und selbst wenn Betriebe ihre Felder ein Jahr lang deutlich weniger düngen, müssen die Ernten deswegen nicht dramatisch kleiner ausfallen. Dass eine Agrarwende drin-

gend nötig ist, zeichnet sich schon länger ab. Insofern bietet die Krise auch die Chance, die Wende endlich konsequent voranzutreiben. ■

Dieser Artikel wurde am 10.10.2022 mit ausführlichen Quellenangaben im Online-Magazin „Telepolis“ erstveröffentlicht: www.heise.de/-7288979. Die Zweitveröffentlichung wurde von der Autorin und „Telepolis“ genehmigt, der Text dafür redaktionell leicht bearbeitet.

Susanne Aigner,

Jahrgang 1971, absolvierte eine landwirtschaftliche Ausbildung und studierte anschließend Ökologische Landwirtschaft. Von 2009 bis 2021 arbeitete sie als Fachreferentin bei der Naturschutzorganisation „ProVieh“, seit 2012 schreibt sie als freiberufliche Agrarjournalistin für diverse Medien.



www.biosicht.de

Imkerei

Mit der Natur arbeiten

Seit vier Jahrzehnten bereitet die Varroamilbe unserer Honigbiene große Probleme. Sie schwächt erwachsene Bienen und ihre Brut, indem sie diese „anzapft“, und dabei überträgt sie für diese oft tödliche Krankheiten. Die chemischen Mittel, die zur Varroa-Bekämpfung entwickelt und eingesetzt wurden, verschärften das Problem.

von Richard Kaiser

Mit hoher Wahrscheinlichkeit gelangte die Varroamilbe in den 1970er-Jahren mit dem „Re-Import“ von Bienenvölkern aus Asien nach Deutschland. Die asiatische Honigbiene kommt mit dem Parasiten gut zurecht, denn sie hat im Zuge ihrer Evolution wirksame Abwehrmechanismen entwickelt. Ohne menschliches Zutun würde dies auch unsere Honigbiene in einem langen Anpassungsprozess schaffen. Während dieser Zeit wären unsere Landschaften jedoch nur mit einer extrem geringen Anzahl von Bienenvölkern besiedelt – und das hätte verheerende Folgen.

So war es vernünftig und verständlich, die Varroamilbe anfangs chemisch zu bekämpfen, um möglichst viele unserer Honigbienenvölker am Leben zu erhalten. Fatal ist, dass dies bis heute das Standardverfahren blieb.

Chemie wurde Teil des Problems

Chemische Keulen sind allenfalls in kurzzeitigen Notsituationen sinnvoll. Bei der Varroa-Bekämpfung erweisen sie sich zunehmend als Sackgasse. Die für das Absterben eines Bienenvolkes erforderliche Anzahl an Varroamilben sank: Kamen Anfang der 1980er-Jahre Bienenvölker mit



Foto: sumx/pixabay.com

10.000 Milben meist noch gut über den Winter, liegt der kritische Wert heute bei etwa 3.000. Die Bienen sind offensichtlich immer empfindlicher gegen den Milbenbefall geworden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde die chemische Bekämpfung intensiviert: Vor 40 Jahren reichte pro Jahr ein Chemieeinsatz im Winter, heute braucht es mindestens einen zusätzlichen im Sommer.

Da drängt sich die Frage auf, ob die chemische Bekämpfung nicht ein Teil des Problems ist. Ihr jahrzehntelanger ständig gestiegener Einsatz wirkte bei den Bienen selektierend: Begünstigt wurden nicht diejenigen, die besonders robust gegenüber der Milbe und die von ihr übertragenen Krankheiten waren, sondern diejenigen, die die Wirkstoffe gut vertrugen. Und auch bei den Milben setz-

ten sich diejenigen durch, die sie am besten wegstecken konnten.

Zudem schädigen die eingesetzten Chemikalien nicht nur die Gesundheit der Bienen, sondern – vergleichbar mit einem Medikament bei uns Menschen, das als Nebeneffekt die Darmflora stark stört – auch die im komplexen Bienenstaat helfenden Mikroorganismen. Die sind als natürliches Abwehrsystem wichtig.

Erfolgreicher Weg ohne Chemie

Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung habe ich vor 20 Jahren begonnen, einen Weg zu einer möglichst chemiefreien Bienenhaltung zu finden – mit zunehmendem Erfolg. 2021 unterstützte ich nur noch ein Drittel meiner Bienenvölker mit chemischen Varroa-Bekämpfungsmitteln. Die Behandlung fand im Spätherbst mit 15-prozentiger Milchsäure statt. In fast allen Fällen reichte eine einmalige Anwendung dieser vergleichsweise milden organischen Säure aus.

Der bessere Weg ist wohl meist der, die in natürlichen Systemen steckenden Energien zu erkennen und zu nutzen – und nicht gegen die Natur, sondern mit ihr zu arbeiten. ■

Interessierte Imkerinnen und Imker können das Konzept beim Autor kostenfrei anfordern.

Richard Kaiser, Jahrgang 1962, studierte Forstwirtschaft und ist seit 1985 als Forstbeamter tätig – zunächst 20 Jahre als Leiter eines Staatswaldreviers, anschließend in verschiedenen Sonderfunktionen. Seit 1994 ist er ÖDP-Mitglied, von 2000 bis 2017 war er für sie Kreisrat in Bamberg, von 2014 bis 2017 Gemeinderat in Litzendorf. Sein großes Hobby ist die Imkere.



richard.kaiser.bienen@gmail.com

Forstwirtschaft

„Waldumbau ist eine generationenübergreifende Aufgabe“

Holz kann im Bauwesen CO₂-intensiv hergestellte Baustoffe ersetzen und bindet zudem große Mengen CO₂. Das Bauen mit Holz ist deshalb beim Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Doch jüngst mussten infolge der Klimaerwärmung viele Bäume vorzeitig geerntet werden. Sägefähiges Holz wurde knapp und teuer. Was tun?

Interview mit Erwin Engeßer

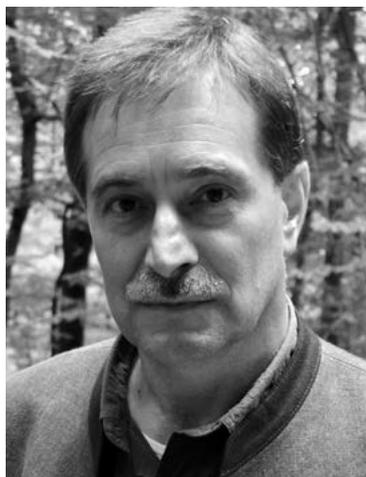
ÖkologiePolitik: Herr Engeßer, wie sehr schwächt die Klimaerwärmung unsere Wälder?

Erwin Engeßer: Wir sehen in vielen Regionen Deutschlands massive Schäden, in einigen Mittelgebirgsregionen wie dem Harz und Frankwald sogar großflächige Waldauflösungen. Seit 2018 hatten wir – mit Ausnahme von 2021 – 4 Trockenjahre. In Hitzeperioden „verbrennen“ vor allem die peripheren Blätter und Nadeln der Baumkronen, was dann zum vorzeitigen Abstoßen dieser Pflanzenteile führt. Untere Kronenpartien bleiben jedoch einigermaßen grün und Waldbestände als Ganzes

gravierenden Folgen für die Trinkwasserversorgung und das regionale Klima. Richtig bedrohlich sind auch die immer häufigeren Waldbrände. Die Waldbrandfläche der Jahre 2021 und 2022 ist in Deutschland so groß wie die der letzten 20 Jahre zuvor.

Was wurde in der Vergangenheit falsch gemacht?

Die Waldwirtschaft ist immer ein Spiegel der Anforderungen der jeweiligen Gesellschaft. Anfang des 18. Jahrhunderts waren die Wälder in Deutschland großflächig übernutzt und devastiert. Energienot und Hunger waren die Triebfedern für ihre Wiederbestockung. Aus damaliger



Erwin Engeßer, Jahrgang 1957, studierte Forstwissenschaften und arbeitete anschließend vier Jahrzehnte lang bis 2019 als Forstbeamter bei der Bayerischen Forstverwaltung und den Bayerischen Staatsforsten, davon 24 Jahre am Forstamt bzw. Forstbetrieb Kelheim, zuletzt als Betriebsleiter. Schwerpunkt seiner Aufgabe war die naturschutzgerechte Waldbewirtschaftung in den Jurawäldern des Naturparks Altmühltal. Seit 1993 ist er Mitglied der ÖDP.

engesser.fam@t-online.de

stände sind nicht zukunftssicher. In den letzten 25 Jahren gab es überall in Deutschland vor allem organisatorische Fehlentscheidungen mit einer gravierenden Reduktion des Förster- und Waldarbeiterpersonals. Wo

Menschen bei der Waldarbeit fehlten, sollten Maschinen das kompensieren. Holzertemaschinen arbeiten aber am effizientesten bei Fahrgassenabständen von 20 Metern. Ein solch engmaschiges Netz an Schneisen führt allerdings zu gravierenden Bodenschäden und zur Auflösung des Waldinnenklimas. Man nahm dem Wald großflächig seinen Selbstschutz vor der Klimaerwärmung.

Wie sieht ein robusterer Wald aus?

Ein robuster, zukunftsfähiger Wald ist ein baumartenreicher Mischwald aus Licht- und Schattbaumarten. Verschiedene Waldstockwerke decken wie übereinanderliegende Schutzhüllen den Boden ab und bewahren das

„Durch eine Mischung von Laub- und Nadelbäumen können wir durchaus Wälder mit 4 bis 5 Stockwerken bekommen.“

Wasser und die Feuchtigkeit. Durch eine Mischung von Laub- und Nadelbäumen können wir durchaus Wälder mit 4 bis 5 Stockwerken bekommen. Überall in Deutschland gibt es bereits kleinflächig solche Wälder. Meistens sind das stadtnahe Erholungswälder, wo sich die Verantwortlichen in Bezug auf Baumartenvielfalt und schonende Forsttechnik besondere Mühe geben. Ich hatte das Glück, 40 Jahre lang im Kelheimer und Oberpfälzer Jura zu arbeiten. Hier gibt es auf einer Fläche von 40.000 Hektar auf meist sehr flachgründigen Kalkstandorten Waldbestände mit regelmäßig 10 bis 15 Baumarten, wobei Rotbuchen, Hainbuchen, Ahornbäume, Linden, Birken und Aspen das Grundgerüst bilden. Unsere Vorfahren haben diesen Laubwald mit Bauholz- und Wertholzbaumen wie Lärche, Kiefer, Eiche, Fichte und Weißtanne angereichert. Durch gezielte Pflege und Förderung kommen auch viele Elsbeeren, Kirschbäume, Ebereschen und Eiben vor. Im

Jura wurden bereits um 1900 mehrere Versuchsanbauten mit Schwarzkiefer und Douglasie durchgeführt. So zeigte sich, dass die Douglasie sehr gut mit der Rotbuche harmoniert, wenn sie einzeln oder truppweise dazu gepflanzt wird. Die Wälder im Jura haben die Trockenjahre bisher erstaunlich gut überstanden.

Was ist zu tun, um robustere Wälder zu erhalten?

Das Wichtigste ist: Orientierung an den guten Beispielen mit hoher Baumartenvielfalt und pfleglicher Holznutzung. Dazu braucht es gut ausgebildete Förster und mehr Waldarbeiter für Pflanzung, Pflege und Betreuung sowie eine Reorga-

nisation der zu großen Strukturen in der Forstwirtschaft. Für die Holzernte müssen die Rückegassenabstände wieder einen Abstand von 40 bis 60 Metern erhalten. Dazu sind neue Arbeitstechniken und Maschinen zu entwickeln, vielleicht auch mit alten, bewährten Methoden zu kombinieren. Besonders problematisch sind in Falllinie, also senkrecht im Hang verlaufende Wege, denn die beiden Fahrspuren wirken hier wie Entwässerungsgräben. Der zunehmenden Wasserknappheit und parallel auftretenden Sturzflutproblematik muss durch Wasserrückhaltemaßnahmen entgegengewirkt werden. Dieser notwendige Waldumbau ist eine langwierige, generationenübergreifende Aufgabe.

Gibt es nach einem solchen Waldumbau noch genügend Nutzholz für eine richtige Bauweise mit Holz als Standard-Baustoff?

Ja – wenn man es richtig macht! Das Beispiel der Jura-Mischung ist

ONLINETIPPS

Susanne Götze
Weniger Holz vor der Hütte
Spiegel, 16.09.2022
www.t1p.de/iwps

Denny Ohnesorge
Die Wälder nutzen und verjüngen für morgen
Tagesspiegel Background, 06.09.2022
www.t1p.de/bvoqx

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
Wohnen in Städten aus Holz könnte Emissionen vermeiden
Pressemeldung, 30.08.2022
www.t1p.de/fu7ik

Interview mit Erwin Engeßer
„Wir müssen Tempo und Qualität des Waldumbaus deutlich erhöhen“
ÖkologiePolitik, 13.08.2020
www.t1p.de/uuvj

ein hervorragender Wegweiser. Im Schutz der Buche wächst das dazu gepflanzte Nutzholz sehr gut. Dieses Konzept gilt es weiterzuentwickeln: statt Fichte vor allem mehr Eiche und Douglasie beimischen. Diese Baumarten liefern super Bau- und Wertholz in großer Menge. Es gibt jedoch auch Waldbesitzer, die pflanzen aktuell Schadflächen mit 2.000 bis 3.000 Douglasien pro Hektar aus. Da entsteht wieder problematischer einschichtiger Wald. Besser ist es, auf den Freiflächen nach Borkenkäferbefall einen natürlichen Sukzessionswald aus Birke, Aspe, Weide und Eberesche entstehen zu lassen und dann nach 2 bis 4 Jahren damit zu beginnen, im Schutz des natürlichen Vorwaldes Weißtanne, Eiche und auch Douglasie kleinflächig einzupflanzen. Nach 70 Jahren haben wir dann auch hier Bauholzvorräte von 300 bis 500 Festmetern.

Herr Engeßer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Gewässer

Wasserrahmenrichtlinie endlich umsetzen!

Mit ihrer Wasserrahmenrichtlinie verpflichtete die EU ihre Mitgliedsstaaten, ihre Gewässer bis 2027 in einen guten Zustand zu bringen und deren Robustheit zu stärken. Umfangreiche Maßnahmenprogramme wurden konzipiert, aber bislang kaum umgesetzt. Im Sommer 2022 zeigte sich deren Wichtigkeit und Dringlichkeit bei der Umweltkatastrophe an der Oder.

von Sascha Maier

Neben der Klima- und Biodiversitätskrise gehört die zunehmende Wasserkrise zu den großen Umweltbedrohungen. Zwar wurde in der Vergangenheit bereits auf die sich abzeichnenden Herausforderungen reagiert. Dies passierte z. B. in den USA mit dem Clean Water Act 1972, später dann in Europa mit der REACH-Verordnung zum Umgang mit Chemikalien, der Trinkwasserrichtlinie und der vor knapp 22 Jahren erlassenen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

Die WRRL vereinheitlichte das europäische Gewässerschutzrecht, ist dessen Fundament und sieht ehr-

geizige Zeithorizonte zur Verbesserung des Zustands der Gewässer vor. Jedoch wurden die Umsetzungsfristen bislang nicht eingehalten. Von den europäischen Flüssen und Seen

weisen nur etwa 40 % einen guten ökologischen Zustand (oder gutes Potenzial) auf. In Deutschland sind es noch weniger und der gute chemische Zustand wird sogar flächendeckend verfehlt.

Niedrigwasser, Hochwasser und Fischsterben

Die letzten Jahre waren in Deutschland von Niedrigwasser, Hochwasser und schädlichen Einleitungen geprägt. Der Rhein als die Hauptwasserstraße des Landes war 2022 besonders von der Dürre betroffen und die Einschränkungen bei der Binnenschifffahrt fanden bundesweite Beachtung. Doch wie schon 2018 waren auch dieses Jahr mehrere Flussgebiete

te Mitteleuropas durch lange Niedrigwasserphasen bestimmt.

Wie groß die Herausforderungen beim vorsorgenden Hochwasserschutz sind, belegen die Flut-Jahrestage: 1 Jahr Ahr und Erft, 20 Jahre Elbe, 25 Jahre Oder. Nach der Oder-Flut 1997 erklärte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, dass Flüssen mehr Raum gelassen werden müsse, andernfalls holten sie sich ihn mit schlimmen Folgen für die Menschen zurück. Dennoch blieben größere Deichrückverlegungen bundesweit aus, was bei der Elbe-Flut 2002 besonders den Osten Deutschlands traf.

Mit dem Massensterben von Fischen, Muscheln und anderen Weichtieren im Sommer 2022 in der Oder kam es zu einer Umweltkatastrophe, deren indirekte Ursache ein sprunghaft gesteigener Salzgehalt war. Industrielle Einleitungen von Salzen und Nährstoffen in Verbindung mit lang anhaltendem Niedrig-

wasser sowie hohen Temperaturen führten zu einer massiven Vermehrung einer für Fische und andere Tiere giftigen Brackwasseralgae.

Bislang ist unklar, wie die Alge in die Oder kam, aber es muss vermieden werden, dass sie sich in Flüssen wie Werra oder Elbe ausbreitet. Gerade in der Werra ist der Salzgehalt aufgrund von Einleitungen aus dem Kalibergbau seit Jahrzehnten zu hoch. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sind Einleitungsgenehmigungen von Chemikalien und salzhaltigem Wasser unabhängig von den Abflussmengen dringend zu stoppen und grundsätzlich zu überprüfen.

Überschwemmungen oder Dürren können durch den Klimawandel je



Naturnahe Oderaue mit Altarm im Naturschutzgebiet Kostrzyneckie Rozlewisko, im Hintergrund das trockengelegte Oderbruch

nach Region und Jahreszeit häufiger vorkommen. Zwar hat in Deutschland der Niederschlag insgesamt zugenommen. Aber der Anstieg verteilt sich nicht gleichmäßig über das Jahr, die Winter werden feuchter, die Sommer trockener, Starkregen wird häufiger.

Maßnahmenpaket verabschiedet. Die Klimakrise macht es dringend erforderlich, dass wir unsere Flüsse durch die verschiedenen Nutzungen nicht überbeanspruchen und mit einem umfangreichen Aktionsprogramm gegensteuern.

Deren Zielvorgaben dürfen jedoch nicht weitere 20 Jahre hinausgezögert werden, sondern müssen ambitioniert umgesetzt werden. Das würde die Widerstandsfähigkeit unserer Flüsse stärken und den Schutz vor Hoch- und Niedrigwasser verbessern. Denn diverse und resiliente Ökosysteme reagieren besser auf Belastungen und Veränderungen. ■

Genehmigte Einleitungen oder verkehrlicher Ausbau der Flüsse, wie aktuell für Elbe, Oder und Rhein vorgesehen, müssen dringend auf den Prüfstand.

ger. Direkte Eingriffe in den Wasserhaushalt oder eine entsprechende Landnutzung sind weitere Ursachen für die Wasserverfügbarkeit.

Maßnahmen zu mehr Resilienz unserer Flüsse

Mit der Klimakrise steht die Wasserwirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Die Bundesregierung möchte bis Ende 2022 ihre Nationale Wasserstrategie mit einem ganzheitlichen Ansatz und einem umfang-

reichen Maßnahmenpaket verabschiedet. Die Klimakrise macht es dringend erforderlich, dass wir unsere Flüsse durch die verschiedenen Nutzungen nicht überbeanspruchen und mit einem umfangreichen Aktionsprogramm gegensteuern. Genehmigte Einleitungen oder verkehrlicher Ausbau der Flüsse, wie aktuell für Elbe, Oder und Rhein vorgesehen, müssen dringend auf den Prüfstand. Ohne ein präventives Vorgehen kann Fischsterben auch an anderen Flüssen vermehrt auftreten. Selbst wenn Maßnahmen in der Gewässerbewirtschaftung personal- und kostenintensiv sind, wird bei der Wasserstrategie mit einer Umsetzungsperspektive bis 2050 das klare Stoppschild der WRRL überfahren.

ONLINETIPPS

Umweltbundesamt (Hrsg.)
Die Wasserrahmenrichtlinie
Gewässer in Deutschland 2021 –
Fortschritte und Herausforderungen
September 2022
www.t1p.de/fq6qb

BUND
Die Wasserrahmenrichtlinie
Gewässerschutz von der
Quelle bis zur Küste
www.t1p.de/7t2k4

Sascha Maier,
Jahrgang 1976, studierte Philosophie mit Schwerpunkt Umweltethik und ist seit 2021 im Bund Naturschutz Deutschland (BUND) als Referent für Gewässerpolitik mit den Arbeitsschwerpunkten Fließgewässerschutz und Wasserrahmenrichtlinie tätig. Von 2016 bis 2021 war er ehrenamtliches Vorstandsmitglied in dessen Landesverband Brandenburg.



sascha.maier@bund.net

Architektur

„Innovation durch Reduktion“

Bauen wird immer komplizierter. Das führt in der Planung und Ausführung zu Fehlern. Und die fertigen Gebäude überfordern Bauherren und Nutzer. Das ist nicht nachhaltig. Ein Architekturprofessor initiierte deshalb eine Gegenbewegung und führte unter dem Titel „Einfach Bauen“ ein interessantes Forschungsprojekt durch.

Interview mit Prof. Florian Nagler

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Nagler, wie robust sind heute errichtete Gebäude?

Prof. Florian Nagler: Sprechen wir von Deutschland? Sogar hier bei uns gibt es eine große Bandbreite. Einige wenige Kolleginnen und Kollegen bauen seit Jahrzehnten eher traditionell und damit auch ziemlich robust. Das Gros der Bauproduktion aller-

vor allem hinsichtlich Schallschutz, Gebäudehülle und Energieverbrauch immer weiter hochgeschraubt – was mir nicht in allen Fällen als sinnvoll erscheint. Beim Schallschutz sind die Anforderungen aus meiner Sicht inzwischen völlig überzogen, aber auch beim Dämmstandard haben wir inzwischen längst die Grenze

„Das Gros der Bauproduktion setzt auf aufwendige Haustechnik, aber auch Baukonstruktion – und das macht die Gebäude störungsanfällig.“

dings setzt vermehrt auf aufwendige Haustechnik, aber auch Baukonstruktion – vereinfacht ausgedrückt: viel zu kompliziert. Und das macht die Gebäude störungsanfällig. Das betrifft zum einen die Ausführung – wir haben ja nicht nur Top-Handwerker auf unseren Baustellen – und zum anderen den Gebrauch. Viele Nutzer sind von der immer komplizierter werdenden Haustechnik oft schlicht überfordert. Das Ziel muss daher sein, einfacher zu bauen: weniger auf den Einsatz komplizierter Technik zu setzen, und mehr auf das, was Architektur eigentlich von sich aus leisten kann.

Was ist denn an heutigen Gebäuden so kompliziert?

Die Anforderungen an die Gebäude wurden in den letzten Jahren

dessen, was sinnvoll ist, erreicht bzw. überschritten. Das hat zu komplexen Lösungen geführt: in der Baukonstruktion zu vielschichtigen Konstruktionen, bei denen jede Schicht ein besonderes Problem lösen soll, wobei allerdings auch jede Schicht mit einer eigenen Fehleranfälligkeit behaftet ist. Die Haustechnik ist inzwischen bisweilen so kompliziert, dass es Jahre dauert, bis sie einwandfrei funktioniert – wenn überhaupt. Es tut sich eine Lücke auf zwischen dem, was in der Planung theoretisch z. B. für den Energieverbrauch ermittelt wird, und dem, was sich in der Praxis hinterher als Realität herausstellt – so z. B. beim Schmuttertal-Gymnasium in Diedorf, das wir gemeinsam mit meinem Kollegen Hermann Kaufmann geplant und gebaut haben.



Florian Nagler, Jahrgang 1967, erlernte den Beruf des Zimmerers und studierte anschließend Architektur. Nach der Mitarbeit in namhaften Architekturbüros gründete er 2001 zusammen mit seiner Frau ein eigenes Büro. Viele seiner Bauprojekte wurden mit Preisen ausgezeichnet. Seit 2010 ist er an der TU München Professor für Entwerfen und Konstruieren.

www.nagler-architekten.de

Seither interessieren Sie sich für „einfaches Bauen“?

Ja, das Gymnasium und auch andere Projekte haben mir klargemacht, dass hier die Richtung nicht mehr stimmt, dass wir uns in einer Sackgasse befinden. Glücklicherweise konnten wir in den letzten Jahren



Die 3 Forschungshäuser in Bad Aibling weisen identische Grundrisse auf und wurden mit unterschiedlichen Baumaterialien errichtet: mit Leichtbeton, mit Holz und mit Ziegel.

mit dem Forschungsprojekt „Einfach Bauen“ an der TU München wissenschaftlich untersuchen, wie wir auch

me Räume bieten, die gut belichtet sind, sich im Sommer nicht überhitzen und im Winter wenig Energie

und Simulationen voraus, um den Entwurf zu optimieren.

Was wurde da optimiert?

Optimieren bedeutet nicht maximieren, sondern die Dinge in ein optimales Verhältnis zueinander bringen, d. h. Raumgröße, Raumhöhe, Fenstergröße, Anordnung der Fenster, Einsatz von Speichermassen und das eingesetzte Material ausgewogen einsetzen. Die Räume z. B. sind mit 3,10 m ungewöhnlich hoch, doch das erwies sich in Zusammenhang mit den anderen Parametern als ideal für ein gutes Raumklima. Wir gingen von einem 18 m² großen Wohnraum aus und untersuchten verschiedene Geometrien, Raumhöhen und Fens-

„Das Ziel muss sein, einfacher zu bauen: weniger auf komplizierte Technik zu setzen, und mehr auf das, was Architektur von sich aus leisten kann.“

anders – einfacher! – bauen können. In Bad Aibling errichteten wir drei Forschungshäuser in Beton-, Ziegel- und Holzbauweise. Sie sollten mit möglichst wenig Haustechnik auskommen, konstruktiv radikal einfach – möglichst monolithisch – gebaut sein und dabei schöne und angenehme

zum Heizen brauchen. „Innovation durch Reduktion“ lautete das Motto. Alles weglassen, was sich nur begrenzt bewährt hat und wieder neue Probleme erzeugt! Das hat nichts mit irrationaler Technikfeindlichkeit zu tun. Im Gegenteil: Dem Bauen ging eine lange Serie von Berechnungen



Modelle der Fensteröffnungen: Unterschiedliche Baumaterialien ohne Stahlverstärkungen führen zu unterschiedlichen Formen.

tergrößen. Wir wollten wissen, welche Räume im Sommer die geringste Zahl an Überhitzungsstunden haben und im Winter am wenigsten Heiz-

wärme brauchen. Ergebnis: Am besten haben in unseren Simulationen Wohnräume funktioniert, wie wir sie aus den Altbauten des 19. Jahrhunderts kennen: 3 m breit, 6 m tief und 3,30 m hoch mit einem angemessen großen bzw. kleinen Fenster – und das unabhängig vom Material und interessanterweise auch fast unabhängig von der Orientierung. Die Raumhöhe von 3,30 m sorgt dabei für ein

timieren: möglichst sortenrein und möglichst schichtenarm. Der radikal einfache Ansatz hat auf mehreren Ebenen zu besonderen Lösungen geführt. Die Fensterformen unserer drei Forschungshäuser beispielsweise leiten sich direkt aus den konstruktiven Gegebenheiten der verwendeten Materialien ab: Beim Dämmbetonhaus haben wir auf die sonst im Stahlbetonbau übliche Beweh-

„Optimieren bedeutet nicht maximieren, sondern die Dinge in ein optimales Verhältnis zueinander bringen.“

größeres Luftvolumen und mehr Wandfläche, was wiederum mehr Speichermasse bedeutet, um Temperaturschwankungen auszugleichen. Leider werden die so wichtigen Speichermassen in den Berechnungsverfahren des Gebäudeenergiegesetzes gar nicht berücksichtigt.

Welche Bedeutung hat das Baumaterial?

Beton, Ziegel und Holz sind die Materialien, mit denen heute üblicherweise Wohnbauten errichtet werden. Daher wollten wir diese untersuchen und in unserem Sinne op-

timieren: möglichst sortenrein und möglichst schichtenarm. Der radikal einfache Ansatz hat auf mehreren Ebenen zu besonderen Lösungen geführt. Die Fensterformen unserer drei Forschungshäuser beispielsweise leiten sich direkt aus den konstruktiven Gegebenheiten der verwendeten Materialien ab: Beim Dämmbetonhaus haben wir auf die sonst im Stahlbetonbau übliche Beweh-

bogen erstellt. Nur beim Holzgebäude erzeugt ein waagrecht Balken die gewohnte Rechteckform. Es gibt in den Gebäuden noch viele andere ungewöhnliche Lösungen. Zusammenfassend lässt sich feststellen: Alle drei Baumaterialien eignen sich fürs „einfache Bauen“.

Wie sieht es mit den Baukosten aus?

Die in Ziegel- und Holzbauweise errichteten Gebäude waren relativ kostengünstig. Der Betonbau war etwas teurer – was daran lag, dass wir keinen normalen Beton nahmen, sondern Dämmbeton. Das ist bei uns ein immer noch wenig gebräuch-

kWh/m²! – durchaus sehen lassen und entspricht im Übrigen ziemlich genau den im Vorfeld simulierten Werten.

Wie wird geheizt und gelüftet?

Eine einfache Abluftanlage in den innen liegenden Bädern sorgt in Verbindung mit in den Fenstern integrierten Fensterfalzlüftern für den hygienisch erforderlichen Mindestluftwechsel. Den Rest können die Bewohner durch klassisches Öffnen und Schließen der Fenster selbst nach Wunsch regeln. Geheizt wird ganz klassisch mit stationären Heizkörpern.

„Am besten haben in unseren Simulationen Wohnräume funktioniert, wie wir sie aus den Altbauten des 19. Jahrhunderts kennen.“

licher Baustoff, der vor Ort auch nur schwer verfügbar war. Das Bauen mit Dämmbeton war für uns neu und hat gleichzeitig viel Freude bereitet. Langfristig werden wir jedoch versuchen müssen, den Einsatz von Beton und des darin enthaltenen Zements drastisch zu reduzieren.

Wie sieht es mit der Ökobilanz der Baustoffe aus, vor allem mit der CO₂-Bilanz?

Durch den relativ sortenreinen Einsatz der Materialien sind die Häuser vorbildlich, was kreislaufgerechtes Bauen anbelangt. Im Hinblick auf die CO₂-Bilanz hat das Holzhaus mit dem umfangreichen Einsatz von regenerativen Materialien die Nase vorne. Ansonsten „performen“ die Gebäude recht ähnlich.

Welchen Energiestandard erreichen die drei Musterhäuser in Bad Aibling?

Wir erfüllen schlicht die Mindestanforderungen des heutigen Gebäudeenergiegesetzes. Dennoch kann sich der Heizenergieverbrauch der Gebäude – beim Holzhaus nur 30

Verhindern Heizkörper aufgrund der hohen Vorlauftemperatur, die sie benötigen, nicht den Einsatz regenerativer Energieträger?

Wir haben in diesem Fall die drei Häuser an das vorhandene Nahwärmenetz des Bauherren – Hack-schnitzelheizung – angeschlossen. Die Wahl der Heizflächen kann je nach den Rahmenbedingungen angepasst werden. In Teilflächen des

„Im Hinblick auf die CO₂-Bilanz hat das Holzhaus die Nase vorne.“

Projekts haben wir auch Wandheizungen und in einem Raum sogar eine Infrarotheizung ausprobiert.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse, die sie aus dem Forschungsprojekt gewonnen haben?

Die Beschränkung auf einfache Konstruktionen und Technik geht nicht einher mit Einschränkungen auf die Gestaltungsmöglichkeiten und die architektonischen Ausdrucks-

BUCHTIPPS

Florian Nagler
Einfach Bauen
Ein Leitfaden
Birkhäuser,
November 2021
128 Seiten,
38,00 Euro
978-3-0356-2463-2

Edeltraut Haselsteiner
Robuste Architektur
Lowtech Design
Detail, August 2022
192 Seiten,
59,90 Euro
978-3-95553-585-8



möglichkeiten. Vielmehr sehen wir in der Anwendung dieser neuen Methoden vielleicht sogar Potenzial für eine neue Architektursprache. Was wir aber auch gelernt haben, ist: Man kann keine komplizierten Entwürfe einfach bauen – zum „einfach bauen“ gehört „einfach entwerfen“. Das ist eine Herausforderung und macht gerade deshalb ungeheure Freude.

Lassen sich die in Bad Aibling realisierten Konzepte auch auf urbane Mehrgeschosser übertragen?

In die Gebäudeklasse 4 sind wir bereits vorgedrungen, an der Gebäudeklasse 5 arbeiten wir. Aber klar ist

ONLINETIPPS

TU München / Florian Nagler
Einfach Bauen
Forschung, Lehre, Praxis
www.einfach-bauen.net

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis
Deutscher Nachhaltigkeitspreis Architektur für „Einfach Bauen“
Pressemitteilung, 03.12.2021
www.t1p.de/93jas

Interview mit Florian Nagler
Wie man einfach und nachhaltig baut
Deutsches Architektenblatt, 02.09.2021
www.t1p.de/drsto

Interview mit Florian Nagler
Ein Haus funktioniert nicht wie ein Smartphone
Bauwelt, 16.02.2021
www.t1p.de/v7314

Interview mit Florian Nagler
Wir verpulvern die Ressourcen unserer Welt!
Das Haus, 10.06.2020
www.t1p.de/xhrl8

Herr Prof. Nagler, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Kommunalentwicklung

Gehen, radeln und genießen

Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Kommunalentwicklung? Und was kann diese von der Pandemie lernen? Mit diesen Fragen beschäftigten sich zwei Journalistinnen intensiv. In ihrem Buch „Die Stadt nach Corona“ geben 14 Architekten und Stadtplaner teils recht konträre Antworten.

von Günther Hartmann

Vor einem Jahrhundert war „Hygiene“ ein zentrales Schlagwort, um die Prinzipien des modernen Städtebaus zu begründen und durchzusetzen. Je höher die Bebauungs- und Bevölkerungsdichte, desto leichter können sich Seuchen ausbreiten – so lautete die Kritik am traditionellen Städtebau. Als neues Leitbild wurde die aufgelockerte, funktionsgetrennte und autogerechte Stadt propagiert – und nach dem Zweiten Weltkrieg im großen Stil realisiert.

Heute bedeuten in Europa hohe Dichten keine Seuchengefahr mehr. Die Corona-Pandemie breitete sich vor allem wegen unserer hohen Mobilität so schnell aus. Geringe Dichten sind aus ökologischer Sicht schlecht: Sie erhöhen den Pro-Kopf-Flächenverbrauch und den Autoverkehr – und verhindern einen attraktiven öffentlichen Verkehr. Dichte und Mischung werden deshalb in der „Leipzig-Charta“ als zentrale Prinzipien einer Gemeinwohl-orientierten Stadtentwicklung genannt.

ONLINETIPP

Baunetzwoche #607
Zauberformel Resilienz
Neue Ansätze in der Stadtentwicklung
20.10.2022
www.t1p.de/fagd

Die Corona-Pandemie stellte dies jedoch infrage. Homeoffice und Videokonferenzen waren plötzlich etabliert. Die Wohnungen waren während des Lockdowns voll – und wurden oft auf Dauer als schwer erträglich empfunden. Das Wohnumfeld auch.

Raus aufs Land?

In ihrem Essay „Stadtmüde“ diagnostiziert Doris Kleilein eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum. Denn dort gibt es: mehr Platz für weniger Geld, mehr

Grün, mehr Freiraum. Als während der Corona-Pandemie ein Drittel aller Angestellten zeitweise im Homeoffice arbeiteten, wurde vielen klar: Sie müssen nicht in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen, sondern können ihren Job aufs Land mitnehmen und ihn größtenteils von dort aus erledigen. Voraussetzung dafür ist nur ein schnelles Internet.

Doch wohin können sie ziehen? Soll wieder im großen Stil neues Bauland ausgewiesen werden, um darauf Einfamilienhäuser zu errichten? „Das gemeinschaftliche Wohnen und Arbeiten im Bestand könnte den sozial und ökologisch verträglichen Weg in ein neues Landleben weisen“, meint

Kleilein. „Waren Baugruppen und neu gegründete Genossenschaften bislang vorwiegend ein urbanes Phänomen, werden jetzt auch große Liegenschaften fernab der Ballungszentren attraktiv: sanierungsbedürftige Höfe und Gutshäuser, stillgelegte Industrieanlagen, aufgelassene Militär- und Bahngelände.“

Neue Wohnflächen durch Nutzung und Umbau leerstehender Bestandsbauten – aus ökologischer Sicht sehr begrüßenswert, denn neu zu bauen, bedeutet immer einen

enormen Energie-, Rohstoff- und Bodenflächenverbrauch. Doch wie sieht es mit der Mobilität aus? Auto? Dieses Thema blendet Kleilein aus. Nur an einer Stelle erwähnt sie kurz, dass die gemeinschaftlichen Projekte „idealerweise mit Bahnanschluss in der Nähe“ entstehen. Der Frage, wie viele leere Bestandsbauten in Bahnhofsnahe es denn gibt, geht sie nicht nach.

Stattdessen preist sie die Vorteile ländlicher Regionen: „Handlungsspielräume, die in der Großstadt mühsam durch Bürgerinitiativen erkämpft werden müssen, bekommt man in kleineren Orten quasi auf dem Silbertablett serviert.“ Kleileins Prognose: „Bleibt die Möglichkeit des Home-

office nach dem Ende der Pandemie für Millionen Menschen erhalten und schaffen es Großstädte nicht schnell genug, mit bezahlbarem und flexiblem Wohnungsbau darauf zu reagieren, könnte das Landleben in nicht allzu ferner Zukunft anders aussehen.“

Stadtumbau?

Der Stadtplaner David Sim beurteilt in seinem Essay „Die Soft City in harten Zeiten“ die Situation anders: „Ich glaube nicht, dass die Corona-Pandemie das Ende des städtischen Lebens, wie wir es kennen, einläutet. Ich vermute sogar das Gegenteil. Auf mannigfaltige Weise hat die Pandemie die Vorteile des Lebens in Städten wieder bewusst gemacht und



Foto: Günther Hartmann

ihren Wert gestärkt, zumindest dann, wenn sie ‚sanfte‘ Städte sind.“

Mit „sanft“ meint Sim eine menschen- statt autogerechte Stadt. Hohe Dichten und kleinteilige Vielfalt sind für ihn wichtige Faktoren für attraktive Stadtteile mit lebendigen Nachbarschaften: „Im eigenen Viertel bleiben zu können, hat sich als Luxus entpuppt, und ich glaube, dass diese Erkenntnis die weltweite Faszination der viel gerühmten 15-Minuten-Stadt erklärt. Bei dem Vorteil physischer Nähe geht es nicht nur um den Raum. Es geht genauso um das Geschenk von Zeit.“

15-Minuten-Stadt bedeutet: Überall sollen Läden, Arztpraxen, Parks,

Sportstätten, Schulen, Kitas und sonstige Einrichtungen des täglichen Bedarfs innerhalb einer Viertelstunde zu Fuß oder per Fahrrad erreichbar sein. Es geht jedoch nicht nur um kürzere Wegstrecken, sondern auch um höhere Lebensqualität. Dabei muss kaum etwas Neues erfunden, sondern das aufgegriffen werden, was gut funktioniert und beliebt ist. „Hyperlokales Leben entsteht durch scheinbar banale Details“ betont Sim: großzügige Gehsteige, Bäume und ein großes Angebot an kleinen Läden, Cafés und Restaurants.

„Wenn die Bäckerei um die Ecke ist, kann man in drei, vier Minuten frisches Brot kaufen. Wenn die Straße voller Läden und gut aufgestellter

BUCHTIPP

Doris Kleilein,
Friederike Meyer
(Hrsg.)
Die Stadt nach Corona
Jovis, Oktober 2021
192 Seiten, 24.00 Euro
978-3-86859-671-7



zufällige Treffen in der Nachbarschaft ermöglichen und fördern.“

Vor den Gebäuden sollen attraktive Straßen und Plätze zum Gehen und Radfahren einladen – die preiswertesten, saubersten, energie- und platzsparendsten Fortbewegungsarten. Sie erlauben individuelle Geschwindigkeiten und Routen, können immer wieder ein Erlebnis sein – und sind gesund.

Eine attraktive Stadt ist bezahlbar, betont Sim: „Balkone und Gärten hinter dem Haus, Treppen und Straßensäulen, größere gepflasterte Flächen und Radwege sind einfache, günstige Lowtech-Lösungen für die komplexen Herausforderungen des städtischen Lebens. Es fällt auf, dass viele urbane Phänomene, die uns besser vernetzte Lebensweisen ermöglichen in den schwierigen Pandemie-Zeiten, nicht zwangsläufig teuer und kompliziert sind oder einen hohen Energieverbrauch bedeuten.“

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Gesellschaft I

Mehr Bürgerlichkeit!

Eine resiliente Demokratie braucht klar denkende, selbstbewusste und verantwortungsbewusste Bürger. Der Philosoph Robert Pfaller sieht dies durch eine stetig zunehmende Infantilisierung unserer Gesellschaft gefährdet. Er empfiehlt als Gegenmittel: mehr Erwachsenenheit. Und eine Besinnung auf bürgerliche Tugenden.

von Günther Hartmann

Mit Erwachsenenheit meint Robert Pfaller: die Fähigkeit, Abstand zu sich selbst einzunehmen und das Allgemeine im Auge zu behalten; die Einsicht, dass niemand die Wahrheit für sich gepachtet hat und jeder irren kann; die Bereitschaft zum Austausch, zum wohlwollenden Dialog, zur Objektivität, zur Sachlichkeit; den Mut, das als richtig Erachtete zu verteidigen; die Erkenntnis, dass sich bestimmte Widrigkeiten nicht vermeiden lassen und man sich auf die vermeidbaren konzentrieren sollte; die Fähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden.

Diese Eigenschaften sieht Pfaller immer mehr schwinden. In seinem 2017 erschienenen Buch „Erwachsenensprache“ zeigt er anhand vieler Beispiele und Anekdoten eine zunehmende Infantilisierung unserer Gesellschaft. Dabei belässt er es aber nicht, sondern stellt wichtige Fragen: Warum geschieht das? Und wem nützt es?

Linksidentitäre Politik

Als zentrale Ursache der Infantilisierung sieht Pfaller die linksidentitäre Politik und deren Ermunterung zur Empfindlichkeit. Wer vornehmlich nach Kränkungen und Diskriminierungen sucht, um diese zu bekämpfen, der beschäftigt sich weniger mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation. Das nützt der neoliberalen

Politik, denn wo die Menschen primär um sich selbst kreisen und sich gegenseitig anfeinden, gibt es wenig gesellschaftlichen Widerstand.

Das mag mancher als Verschwörungstheorie abtun. Doch Pfaller meint nicht, dass hier geheime Drahtzieher einen perfiden Plan verfolgen, sondern stellt nur fest, dass sich die beiden auf den ersten Blick völlig konträren Positionen weitgehend unbemerkt und uneingestanden hervorragend ergänzen – eine Win-win-Situation. Die linksidentitäre Aktivist*innen haben Erfolgserlebnisse. Und die neoliberale Politik gibt sie ihnen gerne, weil dies von ihrem eigenen Tun ablenkt. Das Ergebnis dieser Kooperation: die Spaltung unserer Gesellschaft. Durch die neo-

wollen, kommen sie nicht mehr dazu, zu überlegen, was sie haben wollen. Und das ist nützlich, wenn man dabei ist, ihnen Dinge zu entziehen – wie z. B. demokratische Mitbestimmung, Einkommen, Bildung, Infrastruktur, soziale Sicherheit, Altersvorsorge oder gar Würde und Eleganz.“

Bürgerlichkeit

Die große Idee des 19. Jahrhunderts: mündige Bürger in einer offenen Gesellschaft. Die bürgerliche Klasse sollte als erste gesellschaftliche Klasse in der Geschichte eine allgemeine Klasse sein. Eine Klasse, die jedem Menschen, ungeachtet seiner Herkunft und Zugehörigkeit, zugänglich ist. Eine Klasse gleichberechtigter Bürger, der sowohl Adelige als auch

Wer vornehmlich nach Kränkungen und Diskriminierungen sucht, der beschäftigt sich weniger mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation.

liberale Politik erfolgt sie vertikal in Arm und Reich, durch die linksidentitäre Politik horizontal in diverse Gruppen und Grüppchen.

„Wenn man Menschen keine Zukunftsperspektive mehr zu geben vermag, lenkt man ihren Blick eben ab auf ihre Vergangenheit, ihre Herkunft oder auf den Punkt, an dem sie stehen“, findet Pfaller. „Solange alle nur darüber nachsinnen, was sie sein

Bettler, sowohl Fabrikbesitzer als auch Arbeiter angehören. Jeder sollte eine Stimme haben und jede Stimme gleich viel wert sein.

Aus dem bürgerlichen Selbstverständnis entstand politische Öffentlichkeit: ein Raum, in dem eifrig diskutiert und Gleichheit gelebt wurde. Argumente sollten nur im Hinblick auf ihre Richtigkeit und auf ihre Bedeutung für das Gemeinwohl und

nicht nach dem Ansehen der sie übernden Personen beurteilt werden. Von den Bürgern wurde umgekehrt erwartet, objektiv und sachlich zu bleiben.

Pfaller sieht hierin etwas Positives – und Bedrohliches: „Die Ermunterung an alle benachteiligten oder marginalisierten Gruppen, ihre Marotten in die Öffentlichkeit zu tragen, zerstört den Raum der Gleichheit. Denn Gleichheit setzt Erwachsenenheit voraus: die Fähigkeit, vom Privaten und Persönlichen abzusehen und nur das öffentlich Relevante zu behandeln. Dagegen ist die Unterwerfung des öffentlichen Raums unter die Kriterien persönlicher Empfindlichkeit –

Anliegen sind voller Widersprüchlichkeiten. Sollen die geschlechtsspezifischen Unterschiede betont und sichtbar gemacht werden? Dann muss eine dritte Toilettentür her. Oder sollen sie aus dem Bewusstsein verschwinden? Dann muss die zweite Toilettentür weg. „Ein Teil des Fanatismus der diesbezüglich Engagierten mag daher rühren, dass sie diese Widersprüchlichkeiten dunkel spüren, aber sie nur nach außen, auf ihre vermeintlichen Widersacher projizieren“, vermutet Pfaller.

Doch welches Ziel auch verfolgt wird: Es lenkt von den großen politischen Problemen auf kleine unpolitische Probleme ab. Und lässt sich bei

Wo die Menschen primär um sich selbst kreisen und sich gegenseitig anfeinden, gibt es wenig Widerstand. Das nützt der neoliberalen Politik.

die Fähigkeit, sich verletzt zu fühlen, und den Zwang, dies sofort kundzutun – die stärkste Ressource zum Abbau von bürgerlicher Teilhabe und Politikfähigkeit.“

Diversität

In der Tatsache, dass gleichzeitig mit der Verschärfung der Einkommens- und Eigentumsunterschiede auch die postmodernen Identitäts- und Sprachpolitiken zunahm, sieht Pfaller das Ende und den Ersatz einer Politik der Gleichheit: „Unter dem Anschein von Emanzipation wird das Gegenteil bewerkstelligt. Sowohl Solidarität als auch Mündigkeit werden verhindert; Bestrebungen nach Gleichheit werden auf unbedeutendere, kleinere Problemfelder umgelenkt; berechnete Empörung wird durch peinlich genaue Sprachregelungen entweder stumm oder kleinlaut gehalten.“

Der Erfolg der Linksidentitären ist dennoch verblüffend, denn ihre

Bedarf instrumentalisieren: Als z. B. dem FIFA-Vorstand die Ermittlungen der von ihm zur Aufklärung von Korruptionsvorwürfen eingesetzten Ethikkommission zu unangenehm wurden, entließ er im Mai 2017 die Kommissionsvorsitzenden mit der Begründung, die FIFA wolle „Geographic and Gender Diversity“, und die sei in der Ethikkommission noch nicht richtig umgesetzt.

Political Correctness

In den 1960er- und 1970er-Jahren war Political Correctness ein spöttischer Vorwurf innerhalb der Linken gegen eine zu buchstabengetreue linke Orthodoxie. In den 1990er-Jahren verwandelte sie sich in eine normative Forderung innerhalb der linksliberalen Mittelschicht. „So wurde aus ursprünglich wohlverstandener, erwachsener Ironie mit dem Lauf der Zeit eine Form kindlichen Ernstes“, kommentiert Pfaller diese Wandlung. „Plötzlich musste jedes heikle Wort

BUCHTIPP

Robert Pfaller
Erwachsenensprache
Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur
Fischer,
November 2017
256 Seiten, 14,99 Euro
978-3-596-29877-8



unter Anführungszeichen gesetzt werden, weil man offenbar nicht wissen konnte, ob eine ironische Wortwahl auch verstanden werden würde. Öffentliche Vernunft und erwachsene Fähigkeit, mit Sprache umzugehen, durften nun nicht mehr mit Selbstverständlichkeit erwartet werden.“

Pfaller vermutet ein verstecktes Machtspiel: „Meist ergeht der Vorwurf mangelnder politischer Korrektheit von einem nicht-diskriminierten Angehörigen aus den Mittelschichten an einen anderen. Die Figur der diskriminierten oder benachteiligten Person spielt dabei lediglich die Rolle einer Geisel. Dies ist das Ergebnis verschärfter Konkurrenz unter Mittelschichtangehörigen.“

Rechtspopulismus

Unschöner Nebeneffekt der Political Correctness: Die Rechtspopulisten erhalten Zuspruch. Pfaller glaubt, die Ursache erkannt zu haben: „Die Wähler neuer rechter Parteien haben meist nicht viel einzuwenden gegen die Aufhebung von gesetzlichen Benachteiligungen für Homo- oder Transsexuelle, da sie Gleichberechtigung durchaus befürworten. Ärger, Widerstand und Überläufe zu rechtspopulistischen Parteien ereignen sich in Wechselwählermilieus meist erst dann, wenn Leute, die als Exponenten urbaner Eliten wahrgenommen werden, ihnen solche Anliegen provokant in pädagogischer Überheblichkeit nahebringen.“

Das Ergebnis ist eine unguete Polarisierung der Politik – in den USA, aber auch immer mehr in Europa: „Entweder die Fortsetzung einer neoliberalen Freihandels- und Austeritätspolitik, die meist sowohl die eigene Bevölkerung als auch die weit entfernter Länder ins Elend stürzt und all dies mit einer Reihe von scheinbar emanzipatorischen Mikropolitiken verbrämt; oder eine mehr oder weniger extrem rechte Politik, die genüsslich und obszön auf solche Rücksichten pfeift, stattdessen die wirklichen oder eingebildeten Sorgen der Leute beim Namen nennt, den Freihandel ein wenig eindämmt, aber dafür die Finanzmärkte weiter dereguliert und damit mindestens ebenso der weiteren Bereicherung der Allerreichsten Vorschub leistet.“

Narzissmus

Im Erfolg des Rechtspopulismus sieht Pfaller mehr ein Symptom und nicht die Ursache für die verfahren Situation. Die hat für ihn eine lange Vorgeschichte, die bis in die 1960er-Jahre zurückreicht. Die damals aufkommenden Trends zur Selbstverwirklichung und zur Ablehnung von Autoritäten förderten das Entstehen narzisstischer Persönlichkeitsstrukturen. Das erkannten bereits in den 1970er-Jahren der Soziologe Richard

Wer Menschen keine Zukunftsperspektive mehr zu geben vermag, lenkt ihren Blick auf ihre Herkunft oder auf den Punkt, an dem sie stehen.

Sennet und der Historiker Christopher Lasch. Sie beschrieben in ihren Büchern die vielfältigen Symptome und die Entstehungsmechanismen detailliert – ohne dass dies die Entwicklung aufgehalten hätte.

Vier Jahrzehnte später schreibt Pfaller: „Der Narzissmus bejaht alles, was auf den ersten Blick dem Ich zu-

gehören scheint – insbesondere jede Laune und Befindlichkeit. Andererseits duldet er nichts, was nicht vollkommen ichsynton ist.“ Das widerspricht dem bürgerlichen Selbstverständnis grundlegend: „Der

Narzissmus empfindet die Trennung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Raum als Zumutung: dass man im öffentlichen Raum ‚unpersönlich‘ zu agieren hat, also sachlich und mit Argumenten anstatt mit Empfindungen, Befindlichkeiten und Verweisen auf die eigene Identität, wird als Heteronomie empfunden.“

Die extreme Ich-Bezogenheit erträgt keine andere Meinung: „Der Narzissmus duldet nur Gut und Böse, aber keine Zwischenstufen oder -zonen. Darum empört er sich auf das Rabiataste gegen alles, was nicht ichkonform ist.“ Statt zu diskutieren und Argumente auszutauschen, wird aggressiv versucht, Andersdenkende am Darlegen ihrer Argumente zu hindern und von der politischen Bühne zu verjagen. Wer die linksidentitäre Politik kritisiert, wird sofort mit dem

Vorwurf, ein „Rechter“ oder Vertreter einer angeblichen „Querfront“ zu sein, dämonisiert.

So wird das politische Klima unserer Demokratie vergiftet – auch unter eigentlich Gleichgesinnten: „In dem Maß, in dem narzisstisch geprägte Individuen das Glück und die Würde des anderen hassen, halten die Leute

in der Kleingruppe einander gegenseitig klein und unterwürfig. Und sie betäuben damit an den anderen und an sich selbst einen Sinn für das Große an sich – für ihren Stolz und ihre Würde. Die würden sie aber brau-

chen, um sich gegen die großflächige gesellschaftliche Zerstörung zur Wehr zu setzen.“

Universitäten

Den Wandel, in dem sich die Universitäten derzeit befinden, sieht Pfaller als unheilvolle Allianz zwischen linksidentitären und neoliberalen Bestrebungen: „Dissens und kontroverse Meinungen sollen von der Universität verbannt werden, da sie das zum höchsten Gut erhobene Wohlbefinden der Studierenden gefährden könnten. Hier ersetzt die neoliberale

ökonomisierte Universität, die unentwegt auf ihren Platz in einem Ranking schielt und deren oberstes Leitprinzip darum die ‚Kundenzufriedenheit‘ der Studierenden darstellt, die traditionelle Bildungsstätte für zukünftige mündige, öffentlichkeitsfähige Bürgerinnen und Bürger.“

Waren Universitäten früher Orte intellektueller Freiheit, entwickeln sie sich nun zum Gegenteil: „Anstatt die Universität als den offensten Raum der Gesellschaft zu konzipieren, in dem alles einer kritischen Prüfung unterzogen werden kann und nichts als das bessere Argument, ohne Ansehen der Person, zu zählen hat, definiert man die Universität als einen extrem geschlossenen Raum, in dem nichts mehr zählt als die größte Empfindlichkeit und das Ansehen der Person.“

Dahinter glaubt Pfaller eine Absicht zu erkennen: „Die Zerstörung

Der Narzissmus empfindet es als Zumutung, „unpersönlich“ zu agieren, also sachlich und mit Argumenten statt mit Befindlichkeiten.

der Gleichheit an den Universitäten dient der diskussionslosen Durchsetzung von Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Universitäten sollen auf keinen Fall mehr wie früher als kritische Gegenöffentlichkeiten der gesellschaftlichen Prozesse fungieren können. Die Mimosen an den Universitäten sind darum die Komplizen der neoliberalen ‚Heuschrecken‘ und Oligarchen.“

Und es regt sich verblüffend wenig Widerstand. Als positive Ausnahme zitiert Pfaller einen offenen Brief von John Ellison, dem Dekan der Universität Chicago, an seine Studenten: „Unsere Verpflichtung auf akademische Freiheit bedeutet, dass wir keine sogenannten ‚trigger warnings‘ unterstützen, dass wir

keine eingeladenen Redner wieder ausladen, weil ihre Themen kontrovers sein könnten, und dass wir keine intellektuellen ‚save spaces‘ dulden, wohin sich Individuen vor Ideen und Sichtweisen zurückziehen können, die nicht mit ihren eigenen übereinstimmen.“

In der fortschreitenden Infantilisierung der Studenten befürchtet Pfaller das Ende des intellektuellen Lebens. Es sei Aufgabe der Universitäten, sie auf ein „Leben in Freiheit und Unabhängigkeit“ vorzubereiten und nicht in „schutzsuchende Bittsteller“ zu verwandeln. Studenten seien Erwachsene und als solche zu behandeln.

Respekt

Von Erwachsenen darf erwartet werden, dass sie sich als solche verhalten. Niemand sei so „ontologisch“ anders, dass er nicht imstande wäre,

beherrscht wird, dann wird diese Person durch diese Annahme entmündigt, entsubjektiviert und zu einer bloßen Befindlichkeits-, Beleidigungs- und Verletzlichkeitsmaschine herabgestuft.“

Sprache

Der Sprache misst Pfaller eine Schlüsselrolle für die künftige Entwicklung bei. Derzeit sieht er unsere Gesellschaft von einer „babylonischen Sprachentzweiung“ geprägt: „Teile der Eliten und gehobenen Mittelschichten betreiben ein zunehmend verkrampfteres Saubersprechen; und alle anderen ergehen sich – vielleicht auch trotzig – in immer dumpferem und unflätigem Gerülpse.“

Dass der Unmut der durch die neoliberale Politik zunehmend verarmenden Bevölkerungsgruppen bislang vor allem rechtspopulistischen Parteien nützt, liegt für Pfaller an der abgehobenen Sprache ihrer Gegner. Sie fühlen sich von ihr nicht angesprochen, sondern abgestoßen.

Deshalb sollten die ungeschickten und nervigen Sprachbereinigungsversuche aufhören, meint Pfaller. Wer unsere Gesellschaft wirklich verändern möchte, der sollte, um Gehör zu finden, so sprechen, dass sich die Menschen wieder als Erwachsene und mündige Bürger behandelt und wertgeschätzt fühlen. ■

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architekturbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

ONLINETIPPS

Robert Pfaller, Alexandra Ötzlinger
Adults for Adults
Citizens Against Patronizing Politics
www.adultsforadults.org/

Interview mit Robert Pfaller
Was sind für Sie Pseudolinke?
taz Futurzwei Nr. 9, 12.06.2019
www.t1p.de/wsf

Vortrag von Robert Pfaller
Denkverbote und Sprechverbote: Auswirkungen auf Nachhaltigkeit
Wirtschaftsuniversität Wien, 23.03.2018
www.t1p.de/ihin0

Thomas Palzer
Robert Pfaller: Erwachsenen-sprache
SWR2, 21.02.2018
www.t1p.de/daza8

Gesellschaft II

Mehr Härte?

Die Philosophin Svenja Flaßpöhler nimmt die zunehmende Sensibilität ernst. Und warnt, dass wir gerade ein Zuviel davon erleben: eine Überempfindlichkeit, die nicht mehr verbindet, sondern trennt. Eine Überempfindlichkeit, die unsere Demokratie gefährdet und unsere Gesellschaft in Gruppen zersplittert. Was folgt daraus?

von Günther Hartmann

Juli 2022: Die Band „Lauwarm“ spielt in einer Musikkneipe Reggae. Die Stimmung ist gut. Doch plötzlich beschweren sich einige Besucher bei den Veranstaltern, dass sie sich „unwohl“ fühlen – weil die Musiker weiß sind und einige Dreadlocks tragen. Daraufhin wird das Konzert abgebrochen. Der Veranstalter entschuldigt sich am nächsten Tag in einer langen Erklärung für seine „Sensibilisierungslücken“ und dass das Konzert „schlechte Gefühle“ ausgelöst hat. Schuld bewusst gibt er zu: „Wir haben es verpasst, uns im Vorhinein damit auseinanderzusetzen und euch zu schützen.“ Und er verspricht: „Rassismus und andere Diskriminierungen haben keinen Millimeter Platz.“

Früher galt das Spielen von Reggae und das Tragen von Dreadlocks als Ausdruck von Sympathie und Solidarität mit der jamaikanischen Rastafari-Bewegung, heute jedoch wird das in linksidentitären Kreisen als etwas äußerst Verwerfliches angesehen: als „kulturelle Aneignung“.

Beispiele wie dieses zeigen, was für ein Riss inzwischen durch unsere Gesellschaft geht. Und wer Svenja Flaßpöhlers 2021 erschienenen Buch „Sensibel“ liest, sollte sich solche Beispiele immer wieder vor Augen halten, um zu verstehen, warum sie

sich diesem Thema widmet, warum sie es umkreist und aus immer neuen Perspektiven betrachtet. Dabei wird klar: Sensibilität ist zwar etwas durchaus Positives und führte im Zi-

vilisationsprozess zur Abnahme von Brutalität und Gewalt sowie zur Verfeinerung der Sinne und Sitten. Doch zu viel Sensibilität ist hochproblematisch. Erst recht, wenn sie verabsolutiert wird.

Sensibilisierung

„Wir erleben gerade, wie Sensibilität in Destruktivität umzuschlagen droht: Anstatt zu verbinden, trennt sie uns. Sie zersplittert Gesellschaften in Gruppen, wird gar zur Waffe“, stellt Flaßpöhler fest. Im zunehmend irrationaler und aggressiver werdenden Begriffs- und Argumentationswarr versucht sie etwas Klarheit und Orientierung zu bringen: „Unzumutbar ist eine verabsolutierte Resilienz, weil sie die Ansprüche der anderen an sich abprallen lässt. Unzumutbar ist aber auch eine verabsolutierte Sensibilität, weil sie den Menschen auf

ein verletzliches, schützenswertes Wesen reduziert, das sich nicht selbst zu helfen weiß. Die Grenze des Zumutbaren verläuft im Spannungsfeld dieser beiden Pole.“ Diese Grenze gilt es zu finden bzw. zu definieren.

In der linksidentitären Bewegung wird vor allem die Schwäche kultiviert, nicht die Stärke. Der Blick richtet sich auf die Verletzlichkeit des Menschen, nicht auf seine Belastbarkeit. „Gegenwartsphänomene wie die Triggerwarnung weisen darauf hin, dass im Fokus des Interesses immer weniger die eigenen psychischen Widerstandskräfte zu stehen scheinen, sondern vielmehr die Frage, wie das Bläschen von außen geschützt werden kann“, beklagt Flaßpöhler. „Es zu schützen heißt, äußere Gefahren am besten nahezu vollstän-

dig abzuwenden respektive rechtzeitig auf sie hinzuweisen.“

Die Umgebung soll sich dem Menschen anpassen, nicht der Mensch sich der Umgebung. Doch das ist für Flaßpöhler kein zielführendes Ansinnen. Denn je sicherer sich jemand in der Welt eingerichtet hat, desto mehr fokussiert sich seine Wahrnehmung auf kleinste Kleinigkeiten, die Unwohlsein hervorbringen könnten. Oder wie es bereits vor zwei Jahrhunderten der Historiker Alexis de Tocqueville formulierte: Je gleichberechtigter Gesellschaften, desto bestehende Ungerechtigkeiten und damit verbundene Verletzungen.

Demnach lässt sich niemals ein Zustand erreichen, wo sich niemand mehr strukturell benachteiligt und verletzt fühlt, weil ständig neue Ungerechtigkeitsgefühle entstehen. „Jede



Foto: David Marky/photobay.com

abgeschaffte Struktur gebiert neue Strukturen, jede Sensibilität neue Sensibilitäten. Erleben wir menschheitsgeschichtlich gerade den Beginn einer Phase, in der das sensible Selbst droht, sich früher oder später nur noch um die eigene Achse zu drehen?“, fragt Flaßpöhler und verweist auf ein aktuelles Phänomen: „Wenn gerade sonst nichts anliegt, beschäftigt man sich eben mit völlig nichtigen Sprachproblemen.“

Sprache

Von den sperrigen Sprachregelungen, die von der linksidentitären Bewegung ausgehend derzeit Verbrei-

Flaßpöhler findet, wir sollten unsere Sprache nicht überfordern und nichts Unmögliches von ihr erwarten, denn „als allgemeine Systematik, auf die wir uns alle beziehen müssen, verfehlt die Sprache das Besondere von vornherein“. Sie plädiert deshalb dafür, das generische Maskulinum beizubehalten, und sieht in seiner umfassenden Bezeichnungskraft ein „erstaunliches emanzipatorisches Potenzial“: Eben weil es geschlechtsneutral ist, eröffnet es die Freiheit, von geschlechtlichen Identifikationen abzusehen.

Die der Sprache unvermeidbar innewohnende Abstraktion sollten

Es lässt sich nie ein Zustand erreichen, wo sich niemand strukturell benachteiligt fühlt, weil ständig neue Ungerechtigkeitsgefühle entstehen.

tung finden, hält Flaßpöhler nicht viel. Sie betont, dass sich deren Protagonisten in ihren Theorien zwar gerne auf den französischen Philosophen Jacques Derrida und die amerikanische Philosophin Judith Butler berufen, diese jedoch rigide Sprachregelungen und Tabuisierungen von Begriffen entschieden ablehnten und stattdessen Kontextsensibilität forderten.

wir nicht als beklagenswerten Verlust oder gar als böswillige Diskriminierung sehen, sondern als wohlthuende Distanz. Sprache muss einfach und praktikabel sein, kein perfektes Abbild der Wirklichkeit.

Die angeblich „gendersensible Sprache“ hält Flaßpöhler nicht für sinnvoll: „Es ist bei Lichte betrachtet unmöglich, für alle denkbaren Identitäten eine adäquate, gleichbe-

rechtigte grammatikalische Repräsentation zu finden. Wer weder in die männliche noch weibliche Kategorie passt, landet nolens volens repräsentationslogisch in der lautlichen Lücke des Unterstrichs oder wird zum Sternchen: Ist das gerecht und angemessen?“

Genauso wie gemeinsames politisches Debattieren und Handeln immer schwieriger wird, wenn Menschen zu stark ausgeprägte Sensibilitäten entwickeln, wird Sprechen immer schwieriger, wenn jede Geschlechtsidentität gleichberechtigt repräsentiert werden soll. Deshalb sollten wir das erst gar nicht versuchen, denn es führt immer zu unbefriedigenden Ergebnissen, was immer wieder neue Sprachregelungen nach sich zieht – und unsere Gesellschaft zunehmend nervt und spaltet.

Gerechtigkeit

Doch was hält unsere Gesellschaft eigentlich zusammen? Ganz wichtig ist sicherlich die Überzeugung, dass es in ihr gerecht zugeht. Gerechtigkeit ist aber etwas anderes als Gleichheit. Denn die Menschen sind auf vielfältige Art und Weise ungleich. Wichtig ist, dass eine Gesellschaft offen ist und ihren Mitgliedern Chancengleichheit bietet. Chancengleichheit aber ist nicht Ergebnisgleichheit, denn die

Chancen werden aus verschiedensten Gründen oft nicht genutzt.

„Wann muss die Gesellschaft sich ändern, weil ihre Strukturen schlicht ungerecht sind – und wann muss das Individuum an sich arbeiten, weil es die Chancen, die es doch eigentlich hätte, nicht nutzt?“, fragt Flaßpöhler. „Brauchen wir gesetzlich verankerte Frauenquoten oder geht es eher darum, Frauen zu ermutigen und zu ermächtigen, ihre Wünsche zu verwirklichen, und zwar auch gegen Druck und Widerstände?“ Sie betont, dass nicht jede Ungleichheit ungerecht und privilegienbehaftet ist: „Es gibt Ungleichheiten, die aus eigener Anstrengung – respektive deren Unterlassung – resultieren.“

Sicherlich resultieren Leistung und Erfolg nicht ausschließlich aus eigener Anstrengung, sondern sind auch Ergebnis von äußeren Um-

ständen und Zufällen. Und auch die Fähigkeit, Probleme und Schicksalsschläge zu bewältigen und in positive Energie zu transformieren, fällt manchen leicht und manchen schwer. „Aber was genau folgt daraus?“, fragt Flaßpöhler. „Dass Leistung keine Rolle spielen darf und wir

verdienen als andere, mehr zum Gemeinwohl beitragen müssen.

Um zu verstehen, was gerecht ist, empfiehlt Rawls, die Welt durch einen „Schleier des Nichtwissens“ zu betrachten: Wir sollten uns vorstellen, wir befinden uns in einer Art Urzustand, in dem unsere künftigen Ei-

Von den Individuen nichts mehr zu erwarten, sondern nur noch von der Gesellschaft, wäre entmündigend und infantilisierend.

von den Individuen gar nichts mehr erwarten, sondern nur noch von der Gesellschaft? Diese Schlussfolgerung wiederum wäre auf gefährliche Weise entmündigend und infantilisierend, ja mehr noch, in Ansätzen sogar totalitär.“

Die Schuld für die eigene Situation „den Strukturen“ anzulasten, ist für Flaßpöhler oft ein Ablenkungsmanöver: „Es gibt den unausweichlichen Punkt, an dem ein Mensch selbst zur Tat schreiten und für das eigene Leben Verantwortung übernehmen muss. Tut er es nicht, bleibt er ein Kind.“

Doch wie lässt sich trotz der vielfältigen Ungleichheit so etwas wie Gerechtigkeit überhaupt herstellen?

genschaften und Talente sowie unser sozialer Status und unser Werdegang noch völlig unklar sind. Und wir hätten noch keine Ahnung davon, welchen Platz wir im gesellschaftlichen Gefüge später einnehmen werden. Dann würden wir dafür kämpfen, dass alle zu ihrem Recht kommen.

Empathie

Der entscheidende Punkt bei Rawls ist die Vielzahl der Perspektiven, die wahrgenommen und gegeneinander abgewogen werden müssen. Darin unterscheidet sich sein Ansatz deutlich von einer mit der Absolutierung der Sensibilität einhergehenden Glorifizierung der Empathie. Empathie gilt per se als gut, doch Flaßpöhler

Empfindung ist noch keine Moral. Nichts kann uns von der Notwendigkeit des Urteils und der damit einhergehenden Distanzierung entbinden.

Flaßpöhler verweist auf den amerikanischen Philosophen John Rawls, der die ihrer Meinung nach klügste Lösung für das Problem gefunden hat: Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie der Gesamtgesellschaft zugute kommen. Das bedeutet auch, dass Menschen sich nicht auf Kosten anderer bereichern dürfen. Und dass die, die besser

warnen: „Die reine Empfindung ist noch keine Moral. Nichts kann uns von der Notwendigkeit des Urteils und der damit einhergehenden Distanzierung entbinden. Denn nicht alles, was nachempfunden werden kann, verdient Solidarität und Anerkennung.“

Flaßpöhler verweist auf das Werk des Marquis de Sade, in dem Empa-

thie keineswegs mit guter Gesinnung einhergeht, sondern das genaue Gegenteil ist. „Als Gefühl birgt die Empathie tiefe Abgründe“, betont sie. „Ihre dunkle Seite ist der Lustgewinn, der sich aus fremdem Leid ziehen lässt. Diese Seite zeigt sich auch dann, wenn man Menschen regelrecht in Opferpositionen gefangen hält. Etwa, indem man paternalistisch für andere spricht, sich schützend vor sie stellt und an ihrer statt sagt, welche Begriffe sie diskriminieren. Oder indem man Frauen auf hilflose Wesen reduziert.“

Doch auch wenn die Empathie keine sadistischen Züge hat – zu viel davon bedeutet einen massiven Erkenntnisverlust, mahnt Flaßpöhler: „Erkenntnis kommt nicht dadurch zustande, dass ich mich komplett in

ten werden, ohne dabei die Du-Perspektive gänzlich zu verlieren.“

Sich in seiner eigenen Perspektive zu verkapseln, ist ein aktuelles Phänomen unserer Gesellschaft – Stichwort: Blase. Beim Einzelnen ist das schon lange bekannt und wird in der Psychotherapie angegangen: Der Therapeut sieht die Probleme aus einem anderen Blickwinkel als sein Patient und kann ihn gerade deshalb aus seinem Wahrnehmungstunnel befreien.

Vitalität

Das sensible Selbst erwartet, dass sich die Welt um es herum verändert und seiner Verletzlichkeit anpasst. Und von sich selbst erwartet es nichts. Flaßpöhler findet, dass sich eine funktionstüchtige Gesellschaft nicht in der Aufgabe erschöpfen soll-

Die Resilienz ist nicht die Feindin, sondern die Schwester der Sensibilität. Die Zukunft meistern können sie nur gemeinsam.

jemanden einfühle.“ Wer nur noch versteht, aber sich nicht mehr distanzieren und abgrenzen kann, der besitzt keine eigene Sicht der Dinge mehr. Der deutsche Kognitionswissenschaftler Fritz Breithaupt warnt deshalb in seinem Buch „Die dunklen Seiten der Empathie“ vor einer „Verdünnung des Menschen“, vor Selbstverneinung und Selbstverlust.

„Worum es in einem gewinnbringenden Gespräch geht, ist ein Wechselspiel der Perspektiven: ein spannungsvolles Hin- und Herspringen zwischen Einfühlung und Herausforderung, zwischen Du- und Ich-Perspektive“, betont Flaßpöhler. „Ist man wirklich an Erkenntniszuwachs und nicht nur an Selbstbestätigung interessiert, dann muss die Grundhaltung empathischer Anteilnahme vom Ratgebenden immer wieder in Richtung Ich-Perspektive überschrift-

te, Verletzungen zu vermeiden, sondern von jedem Menschen erwarten und verlangen darf, dass er an sich arbeitet, um widerstandsfähiger zu werden und die Welt, so wie sie ist, auszuhalten – mit all ihren Zumutungen. Dafür braucht es Robustheit und Vitalität. Die sollten gefördert werden. Doch woher kommen die?

Flaßpöhler sieht ihren Ursprung tief in der menschlichen Seele: in einem archaischen Lebensdrang, in einem starken Lebenswillen. Den gilt es wahrzunehmen, zu fördern und zu pflegen. Sie verweist dabei auf vielfältige Erfahrungen und Beschreibungen in Philosophie, Psychologie und Literatur. Für Sigmund Freud war diese aus dem Unbewussten wirkende Kraft ein zentraler Baustein der von ihm entwickelten Psychoanalyse. Sie war für ihn der Grund, warum Menschen sogar die Schrecken eines

BUCHTIPPS

Svenja Flaßpöhler
Sensibel
Über moderne Empfindlichkeit und die Grenze des Zumutbaren
Klett-Cotta, Oktober 2021
240 Seiten, 20,00 Euro
978-3-608-98335-7



Svenja Flaßpöhler
Die potente Frau
Für eine neue Weiblichkeit
Ullstein, Mai 2018
48 Seiten, 10,00 Euro
978-3-550-05076-3



Krieges aushalten und traumatische Erlebnisse verarbeiten können.

Während heute eine archaische Lebenskraft oft als „männliche Selbstoptimierungsstrategie, die unvereinbar ist mit Empathie und Solidarität“ gesehen wird, betont Flaßpöhler deren universelle Bedeutung für die menschliche Existenz und für Gesellschaften. Allerdings sollten wir diese Kraft nicht verabsolutieren – genauso wenig wie die Sensibilität. Ein gesundes Gleichgewicht muss das Ziel sein. Sie schließt ihr Buch mit dem Fazit: „Die Resilienz ist nicht die Feindin, sondern die Schwester der Sensibilität. Die Zukunft meistern können sie nur gemeinsam.“

ONLINETIPPS

Interview mit Svenja Flaßpöhler
So tickt die sensible Gesellschaft
SWR2, 18.09.2022
www.t1p.de/s6ebc

Svenja Flaßpöhler bei Precht
Sensibilisieren wir uns zu Tode?
ZDF, 28.11.2021
www.t1p.de/f89c8

Svenja Flaßpöhler in
Sternstunde Philosophie
Die hypersensible Gesellschaft
SRF, 14.11.2021
www.t1p.de/b6264

Interview mit Svenja Flaßpöhler
Ohne Zumutung keine Erkenntnis
Deutschlandfunk, 23.10.2021
www.t1p.de/q3ms4

Interview mit Svenja Flaßpöhler
Das gekränkte Individuum
Deutschlandfunk, 22.10.2021
www.t1p.de/sl0ug

Alexander Schmalz
Konzert abgebrochen, weil weiße Musiker Dreadlocks tragen
Berliner Zeitung, 26.07.2022
www.t1p.de/5b46y

Günther Hartmann,
Jahrgang 1965,
studierte Architektur
und arbeitete nach
dem Diplom zunächst
in verschiedenen Archi-
tektur- und Stadtpla-
nungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuf-
lich als Journalist tätig. In die ÖDP trat
er 1998 ein und ist seit 2006 verantwort-
licher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Ökolumne von Ulrich Brehme



Bewahrt die Schöpfung vor der Zerstörung!

Zu Weihnachten wünscht man sich gegenseitig oft Ruhe, Besinnlichkeit und Frieden. Wir leben aber in einer Welt voller Kriege und Gewalt. Wir leben in einer Welt, die von den Menschen zerstört wird, von Menschen, die nach immer mehr Wohlstand und Glitzer suchen. Die Schöpfung muss mit den Folgen der Habgier zurechtkommen: mit Dürren, mit Hochwasser, mit Hunger, mit Seuchen. Jesus Christus zeigte eine Perspektive auf zu einer neuen Welt. Heilig ist, was zu Gott gehört. Heiligung bezeichnet das neue Leben in einer Gottesbeziehung. Dazu gehört auch, gegen die Entheiligung der Schöpfung und das Artensterben aufzustehen.

Umweltzerstörung ist Gewalt. Mit der Genmanipulation wird in die Grundbausteine des Lebens eingegriffen und die Schöpfung angegriffen. Wir sollen das Leben bewahren, wir sollen Ehrfurcht vor dem Lebendigen haben. Wir brauchen mehr Respekt vor der Würde aller Geschöpfe. Wir gehören alle zu einer Schöpfungsgemeinschaft. Umwelt- und Klimapolitik entscheidet über die Verteilung von Lebenschancen. Wir müssen Verantwortung für die Verschmutzung übernehmen, die wir verursachen, und die Risiken auf ein Minimum beschränken.

Die Welt hat heute ihren Fokus auf Wirtschaftswachstum gelegt. Doch

die externen Kosten der Umweltzerstörung werden nicht von den Verursachern bezahlt. Autobahnen zerteilen die Landschaft, Atomwaffen sind eine militärische Option, es gibt unsichere Atomkraftwerke, Pestizide führen zum Bienensterben, die Wälder sterben und eine falsche

„Und wenn morgen die Welt unterginge, so wollen wir doch heute noch unser Apfelbäumchen pflanzen.“

Martin Luther zugeschrieben

Energiepolitik führt zur globalen Klimaerwärmung. Durch solche Fehlinvestitionen entsteht wieder ein neuer Wachstumszwang.

Die Menschen der Moderne fassen die Welt und ihre Umwelt primär als ein Objekt menschlichen Zugriffs auf. Die Moderne führte zum Verlust der Einsicht in Gott als Schöpfer unserer Welt und unserer menschlichen Seele. Viele Menschen fühlen sich verlassen und ohnmächtig, aber die Strukturen unseres Lebens werden von Menschen gemacht.

Aus anhaltender Gewalt entsteht eine gewalttätige Gesellschaft, aus ungehinderter Ausbeutung entstanden abhängige Kolonien, aus bedenkenlosem Raubbau entsteht die ökologische Krise. Diese strukturellen Sünden führen zu legalisiertem

Unrecht. Wer in solchen Strukturen lebt, wird zum Komplizen der Sünde. Böse Strukturen nötigen zum bösen Handeln. Gute Strukturen machen den Menschen aber nicht automatisch gut. Es kann keine Diktatur des Guten geben. Diese Widersprüche führen mitunter zu Brüchen im Leben. Ihre Auflösung kann zu sprunghaften Entwicklungen führen. Darin liegt aber auch immer wieder eine Chance.

Wir haben uns an den Tod gewöhnt, an den Tod anderer Geschöpfe, an den Tod anderer Menschen, an den Tod von Ungeborenen. „Und wenn morgen die Welt unterginge, so wollen wir doch heute noch unser Apfelbäumchen pflanzen“, soll Martin Luther gesagt haben. Dietrich Bonhoeffer schrieb Weihnachten 1942 in der Haft: „Uns bleibt nur der sehr schmale und manchmal kaum

noch zu findende Weg, jeden Tag so zu nehmen, als wäre er der letzte, und doch in Glauben und Verantwortung so zu leben, als gäbe es noch eine große Zukunft.“

Die Europäische Ökumenische Versammlung verkündete 1990: „Die Menschheit ist zu einer Überlebensgemeinschaft geworden. Die Bedrohung durch unumkehrbare ökologische Zerstörungsprozesse zwingt die Menschheit, ihr gemeinsames Überleben in und mit der Biosphäre neu zu organisieren.“ Jesu Aufforderung „Kehrt um zu Gott! Denn Gottes himmlisches Reich ist nahe“ zielt auf unser Herz und die Veränderung unseres Verhaltens. Wenn wir uns auf diesen Weg der Umkehr begeben, finden wir die Kraft zur Verwandlung unserer Situation. ■

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Militärs vertuschen ihre hohen CO₂-Emissionen

Militär und erst recht Kriege zählen zu den schlimmsten Klimakillern. Deren CO₂-Emissionen bleiben fast immer ausgeblendet, weil beim Kyoto-Protokoll von 1997 die USA darauf bestanden, dass militärische Emissionen nicht gemeldet werden müssen. Die jährlichen CO₂-Emissionen der Bundeswehr werden auf 4,5 Mio. Tonnen CO₂ geschätzt, die der US-Armee auf fast 60 Mio. Tonnen –



das ist mehr als die von Staaten wie Schweden oder Finnland. Der jährliche Bedarf an Investitionen in kohlenstoffarme Energie und Energieeffizienz im Rahmen eines mit dem Pariser Klimaabkommen kompatiblen Weges wird weltweit auf 1,4 Bio. US-Dollar geschätzt, die weltweiten Militärausgaben lagen 2020 bei 1,2 Bio. US-Dollar. Eine umfassende Abrüstung und Demilitarisierung würden also das Klima schonen und genau die Mittel freisetzen, die wir jetzt in den Klimaschutz investieren müssen.

» www.t1p.de/hixm1

Bundesregierung genehmigt Waffenexporte in Kriegsgebiet

Die Bundesregierung hat Waffenexporte für die im Jemen Krieg führenden Länder Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten genehmigt. Saudi-Arabien erhält Munition für seine Eurofighter und Tornados – obwohl bekannt ist, dass mit diesen seit Jahren Ziele im Jemen aus der Luft bombardiert werden, darunter auch zivile. Eigentlich kann es nur in begründungspflichtigen Ausnahmefällen wie dem Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta Ausnahmen vom Verbot der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete geben. Schätzungen zufolge sind durch den 2015 begonnenen Krieg im Jemen bislang fast 400.000 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 21 Mio. benötigen humanitäre Hilfe.

» www.t1p.de/sjsec

Bericht an den Club of Rome fordert 5 „Kehrtwenden“

50 Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ fordert der neue Bericht an den Club of Rome fünf außerordentliche „Kehrtwenden“: (1) Beendigung der Armut, (2) Beseitigung der eklatanten Ungleichheit, (3) Ermächtigung der Frauen, (4) Aufbau eines für Menschen und Ökosysteme gesunden Nahrungsmittelsystems sowie (5) Übergang zum Einsatz sauberer Energie. Diese „Kehrtwenden“ sind realistische politische Fahrpläne, die mit der Einrichtung von Bürgerfonds Reichtum global gerecht umverteilen und durch die Bewirtschaftung von Gemeingütern die Menschheit in einen sicheren Handlungsraum zurückbringen wollen.

» www.t1p.de/wujfe

Menschheit verbraucht derzeit 1,75 Erden – Deutschland 3

Im Jahr 2022 lebt die Menschheit ab dem 28. Juli „auf Pump“. Der sogenannte „Erdüberlastungstag“ drückt aus, wann der Verbrauch die erneuerbaren Ressourcen übersteigt. 1970 war das zum ersten Mal der Fall, seither wandert dieser Kippunkt stetig nach vorn. Momentan verbraucht die Menschheit 1,75 Erden. Deutschland hat



bereits Anfang Mai den ihm zustehenden Vorrat an natürlichen Ressourcen für 2022 aufgebraucht. Würden alle Länder so Haushalten wie Deutschland, wären etwa 3 Erden nötig. Die Konsequenzen der Übernutzung werden vornehmlich den nachfolgenden Generationen aufgebürdet.

» www.t1p.de/shiio

Wie erneuerbare Energien schneller ausgebaut werden können

Der Frage, wie sich die ambitionierten Ziele der Bundesregierung von 200 GW Photovoltaik, 100 GW Wind an Land und 30 GW Wind auf See erreichen lassen, geht eine aktuelle Studie von drei Wissenschaftsorganisationen nach. Ergebnis: Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und der aktuelle energiewirtschaftliche Gesetzesrahmen, der auf eine zentrale Stromversorgung

ausgerichtet ist, reformiert werden. Eine Mehrfachnutzung von Flächen wie z. B. durch Agri- und Floating- oder gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen kann dabei mögliche Flächenkonkurrenzen abmildern.

» www.t1p.de/6d3u2

Neues Material könnte Photovoltaik revolutionieren

Natriumwismutsulfid (NaBiS₂) besitzt das Potenzial, Photovoltaikzellen deutlich effizienter zu machen. Das ungiftige Material, dessen Bestandteile auf der Erde in großen Mengen vorhanden und preiswert zu gewinnen sind, ist nur 30 Nm dick und damit 10.000-mal dünner als Photovoltaikzellen auf Siliziumbasis, absorbiert jedoch genauso viel Sonnenstrahlung und erwies sich in mehrmonatigen Tests als robust und langlebig. Aufgrund seines geringen Gewichts eignet es sich auch für E-Autos und Flugzeuge.

» www.t1p.de/jm4pt

Photovoltaikanlagen lohnen sich nun noch mehr

Wer sich eine Photovoltaikanlage auf sein Dach installieren lässt, für den sind sowohl die Einspeisung als auch der Eigenverbrauch profitabler geworden. Der Vergütungssatz unter 10 kW installierter Leistung stieg von 6,2 auf 8,6 Cent/kWh eingespeister Strom, der bis 40 kW für den über 10 kW hinausgehenden Teil von 6,1 auf 7,5 Cent/kWh. Zudem wurde die monatliche Verringerung der Neuanlagenvergütung bis 2024 ausgesetzt und beträgt



Foto: 8510670/pxabay.com

danach nur noch 1 % pro Halbjahr. Beim Eigenverbrauch erhöhte sich die Rendite aufgrund der gestiegenen Stromkosten. Anlageneigentümer können vor jedem Kalenderjahr neu entscheiden, ob sie voll einspeisen oder einen Teil selbst nutzen wollen.

» www.t1p.de/lbbxy

Tiefengeothermie besitzt gewaltige Potenziale

Durch die Nutzung der bestehenden Potenziale der Tiefengeothermie im Wärmesektor können laut einer Studie von „DWR eco“ jährlich 41 Mio. Tonnen CO₂ eingespart

werden. Zudem sorgt diese Energiequelle für Preisstabilität und Investitionssicherheit. Und aus den heißen Aquiferen des Oberrheingrabens kann neben der Energie auch Lithium gefördert werden – ein wesentlicher Grundstoff für die Batterieproduktion. Damit die Tiefengeothermie ihre Vorteile ausspielen kann, muss die Politik die Weichen entsprechend stellen: den Marktzugang erleichtern und Investitionsbarrieren abbauen.

» www.t1p.de/9t8qj

Deutschlands Böden trocknen immer mehr aus

Kaum ein Land hat in den letzten Jahrzehnten so viel Wasser verloren wie Deutschland: 2,5 km³ pro Jahr. Zum einen verdunstet aufgrund der Klimaerwärmung mehr



Foto: MrsBrown/pxabay.com

Wasser, zum anderen verteilen sich die Niederschläge ungleichmäßig und treten vermehrt als Starkregen auf. Da ausgetrocknete Böden aber Wasser nur sehr schlecht aufnehmen können, fließt das Regenwasser größtenteils über Bäche und Flüsse oberirdisch ab, statt in die Böden zu versickern.

» www.t1p.de/af911

Meere sind dank Plankton hocheffiziente CO₂-Speicher

Unsere Meere sind gewaltige Kohlenstoffsinken. Sie nehmen jedes Jahr rund 30 % des vom Menschen erzeugten CO₂ auf. Das ist vor allem dem Phytoplankton zu verdanken. Es benötigt Licht und Nährstoffe, findet beides aber meist nicht in derselben Wasserschicht. Bislang ging die Forschung davon aus, dass es einfach von der Strömung mitgetrieben wird. Eine Studie unter Leitung des Helmholtz-Zentrums Hereon stellt diese Annahme nun infrage. Demnach lässt sich Phytoplankton bis in 10 bis 80 m Tiefe sinken, um dort Nährstoffe aufzunehmen, und bewegt sich dann aktiv wieder in Richtung Wasseroberfläche. Dieser Bewegungskreislauf stellt eine aktive „Kohlenstoffpumpe“ dar, die sehr viel effizienter arbeitet als bisher vermutet. Das könnte bedeuten, dass unsere Meere viel mehr CO₂ aufnehmen können als bislang angenommen.

» www.t1p.de/6hqfp

Bücher

Ökologie & Rechtsextremismus

Sam Moore | Alex Roberts

Außen grün, innen braun

Wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen

oekom, September 2022

208 Seiten, 22.00 Euro

978-3-96238-384-8



Nachdem die Umweltkrise jahrzehntelang ignoriert und die Klimaerwärmung sogar geleugnet wurde, versucht eine neue Generation Rechtsextremisten die Thematik für sich zu nutzen: um Feindbilder zu pflegen und die Notwendigkeit einer autoritären Neuordnung der Welt zu begründen. Naturmystifizierung und Darwinismus spielten schon in der Nazi-Ideologie eine wichtige Rolle. Das Buch zeichnet die lange Geschichte des rechtsextremistischen Ökologieverständnisses nach, stellt wichtige Theoretiker und aktuelle Tendenzen vor – und entwickelt daraus verschiedene Szenarien. (gh)

Aufklärung & Humanismus

Omri Boehm

Radikaler Universalismus

Jenseits von Identität

Propyläen, September 2022

176 Seiten, 22.00 Euro

978-3-549-10041-7



Identitäres Denken beherrscht heute die Ränder unserer Gesellschaft und breitet sich von dort auch in die Mitte aus. Der humanistische Universalismus scheint eine veraltete Idee zu sein. Nicht für den Autor dieses Buches, einen deutsch-israelischen Philosophen. Er plädiert leidenschaftlich für eine Rückbesinnung auf sie. Denn „wenn die Linke und die Rechte dieselben antiuniversalistischen Annahmen haben, dann geht es am Ende nur noch um Macht, also darum, wer als Erster schießt“. Statt fanatischem Geschlechter- und Rassenkampf auf der einen und fanatischem Nationalismus auf der anderen Seite setzt Boehm auf die „Liebe zur Menschheit“ und erinnert an die große Geschichte dieses Gedankens: vom Alten Testament über Immanuel Kant bis hin zur amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und modernen Verfassungen. (gh)

Medienvielfalt & Meinungseinfalt

Richard David Precht, Harald Welzer

Die vierte Gewalt

Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist

S. Fischer, September 2022

288 Seiten, 22.00 Euro

978-3-10-397507-9



Die Berichterstattung unserer Leitmedien ist oft seltsam gleichförmig. Viele Menschen argwöhnen deshalb, sie seien „von oben gelenkt“. Die beiden Autoren sind überzeugt, dass dies nicht so ist, und versuchen die „freiwillige Selbstgleichschaltung“ anders zu erklären: aus der inneren Logik der Branche. Die Reaktionen der Leitmedien auf das Buch bestätigen ihre Thesen. (gh)

Krisenerzeugung & Krisenvermeidung

Jeremy Rifkin

Das Zeitalter der Resilienz

Leben neu denken auf einer wilden Erde

Campus, Oktober 2022

360 Seiten, 32.00 Euro

978-3-593-50664-7



Der Wirtschaftswissenschaftler plädiert für einen radikalen Wandel unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbstverständnisses: weg vom „Zeitalter des Fortschritts“ hin zum „Zeitalter der Resilienz“. In seiner Argumentation geht er bis ins Mittelalter zurück und erklärt ausführlich, warum wir seit 500 Jahren einem falschen Wirtschaftsmodell folgen. (gh)

Pro & contra Wirtschaftswachstum

Katja Gentinetta contra Niko Paech

Wachstum?

Westend, Juni 2022

112 Seiten, 14.00 Euro

978-3-86489-350-6



Eine Streitschrift über das Dauerthema „Wirtschaftswachstum“. Die Philosophin argumentiert dafür, der Wirtschaftswissenschaftler dagegen. Die beiden verfassen ihre Beiträge ohne Kenntnis des jeweils anderen und erhielten vom Verlag ausreichend Platz, ihre eigene Position ausführlich darzustellen und zu begründen. (gh)

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser!

von Charlotte Schmid

Ich freue mich sehr darüber, dass ich euch/Ihnen zum ersten Mal als Bundesvorsitzende der ÖDP schreiben darf. In dieser politisch schwierigen Zeit, in der das Vertrauen in die Politik sehr gering ist, möchte ich bereits von Anfang an den Fokus darauf legen, dass unsere Partei weiterhin als die Vertrauenspartei auftritt. Das können wir mit gutem Gewissen tun: Die Tatsache, dass die ÖDP aus voller Überzeugung und schon seit ihrer Gründung keine Firmenspenden annimmt, war nicht nur für mich einer der wichtigsten Gründe, ihr beizutreten.

Der neue Bundesvorstand

Seit dem letzten Bundesparteitag, der am Tag der Deutschen Einheit endete, hat die ÖDP einen neuen Bundesvorstand, der sich für **Zusammenhalt in der Partei und in einer nachhaltigen Gesellschaft** einsetzen möchte. Mit einer Vergrößerung des Bundesvorstands auf 13 Mitglieder wurden hierfür wichtige Grundlagen geschaffen.

Von der vorherigen Besetzung des Gremiums bleiben uns sechs von neun Bundesvorständen erhalten: Charlotte Schmid (Bundesvorsitzende, vorher 2. stv. Bundesvorsitzende), Dr. Peter Schneider (1. stv. Bundesvorsitzender), Helmut Scheel (2. stv. Bundesvorsitzender, vorher Beisitzer), Dirk Uehlein (Schatzmeister), Thomas Schiffelmann (stv. Schatzmeister), Christian Stadelmann (Schriftführer).

Vervollständigt wird der Bundesvorstand durch „frisches Blut“ aus allen möglichen geografischen Richtungen und mit vielen unterschiedlichen Fähigkeiten: Karlotta Ahrens (stv. Schriftführerin), Tobias Kretschmer (Vertreter von JÖ – jung.ökologisch), Klaus von Birgelen, Kirsten Jäkel, Helmut Kauer, Erwin Rauch, Eike Zimpelmann.

Ein herzliches Willkommen und Dankeschön!

Mit euch im Team bin ich zuversichtlich, dass wir ausreichend Kontinuität, Stabilität und neue Kräfte haben, damit wir uns zielgerichtet an die Arbeit machen können. Meine ersten Erfahrungen mit euch bereiten mir Freude und stärken meine Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit euch an der Spitze unserer Partei für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu kämpfen. Gleichzeitig möchte ich den ausgeschiedenen Bundesvorständen Christian Rechholz, Günther Brendle-Behnisch und Prof. Dr. Klaus Buchner ganz herz-



Foto: Iarek Maniagolu

lich für ihr großartiges Engagement für Partei, Gesellschaft und Umwelt danken.

Wichtige Wahlen stehen an!

Bei den kommenden Wahlen möchten wir noch mehr Menschen erreichen und für unsere politischen Ideen begeistern. Dabei blicken wir schon jetzt auf die Europawahl 2024 und arbeiten ein unverkennbares Wahlkampfthema aus. Dieses Thema soll frühzeitig auf allen Ebenen in die Breite getragen werden – bis hinunter zur Kommunalpolitik, die unsere große Stärke darstellt. Auch da wird unser EU-Wahlkampf stattfinden.

Ebenfalls angelaufen sind Kooperationen mit den Landesgruppen in Bayern, Bremen und Hessen für die Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen und mit Schleswig-Holstein für die Kommunalwahlen, die alle in 2023 stattfinden.

Die ÖDP steht für eine konsequente Wachstumswende und eine menschenfreundliche, bürgernahe Umweltpolitik. Sie ist die einzige Partei Deutschlands, die seit jeher glaubwürdig für eine finanziell unabhängige Politik eintritt. Auch für die drängenden sozialen Probleme unserer Zeit arbeitet die ÖDP an gerechten Lösungen. Mit der Grundpauschale zum Beispiel liefert die ÖDP ein Konzept, um die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern, indem ein „echtes“ Bürgergeld für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

Mit dem festen Glauben, dass wir gemeinsam viele Menschen für nachhaltige ökologisch-demokratische Reformen gewinnen werden, grüße ich Sie herzlich!

Ihre Charlotte Schmid
ÖDP-Bundesvorsitzende

Wir brauchen eine umfassende Kehrtwende und eine neue, resiliente Gesellschaftsordnung!

von Charlotte Schmid

Wachstumskritik war für mich bereits in der Schule ein Begriff. Bei mir war es der römische Dichter Horaz, der mich zum Nachdenken gebracht hat. Er beschreibt in seinem Gedicht „Das Glück des rechten Maßes“, wie wir Menschen die Natur bedrängen: „Dem Volk der Fische dünket sein Reich verengt durch eure Bauten.“ Zweitausend Jahre und einen ÖDP-Parteitag später beschäftige ich mich nun als Vorsitzende unserer Partei mit dem gleichen Thema – in der Hoffnung, dass die Menschheit endlich etwas über die Grenzen des Wachstums verstehen lernt. Nachdem ich vor 13 Jahren selbst Mutter geworden bin, wurden meine literarischen und philosophischen Sorgen schlagartig zu reeller Angst um meine Kinder und um die Zukunft der künftigen Generationen. Wir müssen ein Umdenken, eine Umkehr schaffen, wenn wir unsere bröckelnde Gesellschaft und unsere leidende Welt wieder einfangen wollen. Uns läuft die Zeit davon – und das immer schneller.

Die Kehrseite der modernen Welt

Noch nie hat sich der Mensch in so hoher Geschwindigkeit technologisch weiterentwickelt wie in den letzten Jahrzehnten. Wir sind noch nie in der Geschichte so schnell gereist, konnten nie zuvor umfassende Informationen per Knopfdruck austauschen und haben noch zu keiner Zeit vorher unsere Umwelt in vergleichbarer Geschwindigkeit und Effizienz verändert und ausgebeutet.

Das Grundproblem – die soziale Krise

Mit diesen rasanten Änderungen sind die Anforderungen an uns Menschen in fast allen Lebensbereichen deutlich gestiegen und das hat gravierende Folgen: Viele Menschen müssen heute permanent auf Hochtouren funktionieren, damit sie diesen Anforderungen noch gerecht werden. Der Segen der Geschwindigkeit ist längst zum Fluch für viele Menschen in den verschiedensten beruflichen Lebensrealitäten geworden. Ein alltägliches Beispiel, das diese neue globalisierte Welt aus verschiedenen Blickwinkeln verstehen lässt, sind die PostbotInnen und die Paketdienste. Dass Zeitungen, Briefe und Pakete heute häufig binnen weniger Stunden geliefert werden können, empfinden viele Kunden als Verbesserung. Die berufliche Lebenswirklichkeit der Menschen aber, die diese Arbeit erbringen müssen, hat sich rasant und dramatisch verschlechtert.

Die Globalisierung und die Dominanz neoliberaler Wirtschafts- und Standortpolitik hat die einst robusten Sozialsysteme vieler Staaten in wenigen Jahrzehnten ausgehöhlt. Die Anzahl der Menschen, die im Dauerstress leben und vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, steigt ständig. Viele Menschen machen unbezahlte Überstunden, um den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen. Der Reallohnverlust der letzten Jahrzehnte verursacht bei immer mehr Menschen permanenten Stress aufgrund existenzieller Sorgen und Ängste.

Gleichzeitig sorgen die durch neoliberale Wirtschaftspolitik umgestalteten Steuersysteme dafür, dass die großen Konzerne und die Reichsten unter uns viel zu wenig Steuern zahlen und keinen adäquaten Beitrag für eine stabile Gesellschaftsordnung leisten müssen. Die Schere der Ungleichverteilung öffnet sich stetig und führt täglich zu einer noch größeren Kluft.

Die drei zusätzlichen Krisen

Außer diesem Grundproblem sind wir von drei weiteren großen Krisen betroffen:

- Die Klimakrise mit ihren verheerenden Auswirkungen
- Die Gesundheits- und Pflegekrise, die mit der Covid-Pandemie an die Oberfläche kam und verschärft wurde
- Die Krise der globalen Friedensordnung, die mit dem Angriffskrieg Russlands infrage gestellt wird

In Anbetracht dieser Probleme ist es mehr als verständlich, dass das Vertrauen vieler Menschen ins „System“ seit Jahren bröckelt und wir in der westlichen Welt von einer übergeordneten Krise der demokratischen Gesellschaftsordnung sprechen können.

Unser Dilemma geht aber letztlich viel weiter. Es ist höchste Zeit, dass wir uns den global um sich greifenden Realitätsverlust der modernen Menschheit vor Augen führen:

- Wir Menschen verbrauchen in wenigen Monaten mehr Ressourcen, als uns unsere Erde in einem Jahr zur Verfügung stellen kann.

- Wir leben in einer Welt der zum Himmelschreienden Ungerechtigkeit, in der uns das Gefühl für das rechte Maß gänzlich abhandgekommen ist. So verbrauchen die reichsten 10% der Menschheit etwa die Hälfte aller Ressourcen und Energie und zeichnen für die damit einhergehenden Klimaschäden verantwortlich.
- Unser starker Glaube in das Wirtschafts- und Finanzsystem mit seinem Wachstumsversprechen ersetzt unseren Glauben an eine höhere göttliche oder spirituelle Instanz. Nüchtern betrachtet glauben wir in unserer Raub- und Konsumgesellschaft lieber an das unendliche Wachstum und das Versprechen des Reichtums als daran, dass wir unseren nachfolgenden Generationen gegenüber verantwortlich sind.
- Es ist Zeit, uns einzugestehen, dass wir als Kollektiv in unserer Art zu leben jeglichen Bezug zur Realität – der Natur und unseren Mitmenschen – verloren haben.

Es braucht eine neue, resiliente Gesellschaftsordnung

Resilienz – wobei der Begriff hier stark vereinfacht auf die „Widerstandsfähigkeit gegen ungeeignete Einflüsse von außen“ reduziert wird – kann ein entscheidender Hebel sein, um diese Krisen mit ihren zahlreichen Stressfaktoren besser bewältigen zu können.

Wir dürfen aber nicht – aus einer neoliberalen Haltung heraus – den ohnehin stark gestressten Menschen einem zusätzlichen Resilienz-Training unterwerfen, um ihn noch weiter „abzuhärten“ oder ihm ein noch „dickeres Fell“ zu verpassen.

Wenn wir als freie demokratische Gesellschaft widerstandsfähig werden wollen, müssen wir uns auch als gerechte und Anteil nehmende Gesellschaft verstehen, die sich um die

am stärksten Benachteiligten unter uns kümmert und das Wohl der Gemeinschaft zum Ziel hat. Die Wirtschaft und die Politik haben dem Menschen und seiner Umwelt zu dienen und nicht umgekehrt.

Wir sollten uns dringend davon verabschieden, von „Kursanpassungen“ zu reden. Vielmehr werden wir eine umfassende Kehrtwende hinlegen müssen, wenn wir das Überleben der Menschheit sichern wollen. Es braucht ganz grundlegende Veränderungen!

Weniger ist mehr!

Folgende Änderungen werden sicherstellen, dass die Politik und die Wirtschaft in Zukunft für die Menschen da sind.

Weniger Quantität – mehr Qualität! Sofortige Abkehr von der quantitativen Wachstumsfixierung der Wirtschaft: Das permanente „höher, weiter, mehr“ hat uns genau in das gegenwärtige Dilemma geführt und unsere Gedanken über Generationen so stark geprägt, dass sich viele von uns eine Umkehr gar nicht mehr vorstellen können. Wir brauchen ein Mehr an Qualität bei den Dienstleistungen und Produkten und ein radikales Weniger bei den Wegwerfprodukten. Geplante Obsoleszenz muss in die Vergangenheit verbannt werden.

Weniger Korruption – mehr Politik für die Menschen! Konsequentes Verbot für politische Parteien und Entscheidungsträger, Geld von Verbänden, Unternehmen oder Lobbyisten anzunehmen. Verankerung von unerlaubter Spendenannahme im Strafgesetzbuch mit wirksamen Strafen für Organisationen und die handelnden Personen. Die Folge ist weniger Raubbau an der Natur und an den Sozialsystemen und im Gegenzug mehr Politik für uns Menschen, mehr Vertrauen, Sicherheit und Lebensqualität.

Weniger Ich – mehr Wir! Das Streben des Einzelnen nach „mehr“ hat uns dorthin gebracht, wo wir heute stehen. Trotz unseres Reichtums sind wir eine unglückliche Gesellschaft, weil wir im ständigen Wettbewerb unsere Bedürfnisse nach Nähe und Zugehörigkeit nicht ausreichend stillen können. Mit einer gemeinwohlorientierten Gesellschaftsordnung haben wir die Chance, das „Wir“ wieder als selbstverständliche Haltung zu kultivieren und attraktiv zu machen.

Abkehr vom Egoismus, von gekaufter Politik und von der Wachstumsfixierung

Diese drei Schalterhebel müssen umgelegt werden, damit wir in eine neue, verheißungsvolle Zukunft blicken können. Wenn uns als Gesellschaft in diesen Punkten ein Paradigmenwechsel gelingt, stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir einen gesunden Wandel hinbekommen. Wir werden vielmehr stolz sein, dass wir als Gesellschaft auch den anderen Herausforderungen unserer Zeit begegnen können. Wie schnell schaffen wir es und mit wie viel Freude werden wir mitmachen und Verantwortung übernehmen? ■

Charlotte Schmid,

Jahrgang 1977, ist selbstständige Übersetzerin und Mutter zweier Kinder. Seit 2020 ist sie Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand – zunächst als Beisitzerin und dann als 2. stv. Bundesvorsitzende. Anfang Oktober 2022 wurde sie schließlich zur ÖDP-Bundesvorsitzenden gewählt. Ehrenamtlich engagiert sie sich zudem im Landkreis Ebersberg (Bayern) als 2. Vorsitzende der Ortsgruppe Poing des Bund Naturschutz.



Foto: Tarek Wantaoglu

bundsvorsitzende@oedp.de

Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler

Liebe Mitglieder der ÖDP, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

viele haben in den letzten Jahren immer wieder von „Schicksalswahlen“ für die ÖDP gesprochen, was ich für wenig zielführend halte. Manche dieser Wahlen hatten ein positives und viele ein bescheidenes Ergebnis. Trotzdem: Dass die ÖDP heute immer noch als Partei existiert, liegt in der breiten Verankerung als kommunalpolitisch aktive Partei. Dies ist ein eigenständiger politischer Wert. Dennoch: Das Jahr 2023 ist für die Partei nicht unbedeutend – der Bayerische Landtag wird neu gewählt und die ÖDP muss sich in ihrer Hochburg Bayern mit ihrem neuen Landesvorstand bewähren. Eine erfolgreiche Landtagswahl in Bayern ist die Grundlage für ein gutes Wahlergebnis zur Europawahl, die voraussichtlich im Mai 2024 stattfinden wird. Zur Verteidigung unseres Mandats müssen wir alles in die Waagschale werfen, denn hier könnte uns immer noch die Einführung einer Sperrklausel drohen. Übrigens: Voraussichtlich parallel zur Europawahl 2024 werden in neun Bundesländern auch Kommunalwahlen stattfinden.

In 2023 finden außerdem die Bürgerschaftswahlen in Bremen, die Landtagswahl in Hessen und die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein statt. Auch hier werden Parteifreundinnen und -freunde für die ÖDP aktiv werden.

Klaren Kurs behalten trotz vielfacher Krisen

Um diese Wahlkämpfe erfolgreich zu bestehen, möchte ich alle Mitglieder dazu aufrufen, sich auf gemeinsame Alleinstellungsmerkmale der ÖDP zu besinnen. Dazu zählt zweifelsohne die Erkenntnis, dass ein ständiges wirt-

schaftliches Wachstum auf einer begrenzten Erde nicht möglich ist, ohne dass die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Wir müssen verbindliche Themen in der Partei nach vorne stellen und trotz vielfacher Krisen einen klaren Kurs behalten.

Dazu zählen auch der Verzicht auf Konzernspenden, unsere christliche

Nützliche Informationen werden wir über unsere Online-Plattform „orangeaktiv“ zugänglich machen.

und humanistische Wertebasis und die Durchsetzung einer konsequent regenerativen Energiepolitik zugunsten von Klima-, Natur- und Artenschutz.

Markenkern- und Strategieprozess – Befragung der Mitglieder

Das Fehlen bzw. die Nicht-Erkennbarkeit eines ÖDP-Markenkerne wurde als eine wesentliche Ursache für das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl ausgemacht. Vor diesem Hintergrund läuft derzeit eine umfassende Mitgliederbefragung zum Markenkern und zur Strategie. Anfang 2023 werden die Ergebnisse dazu ausgewertet. Bei diesem Projekt geht es darum, dass Sie als Mitglied mit Ihren individuellen Ansichten zu den Alleinstellungsmerkmalen der ÖDP sowie zu politischen Themen die zukünftige Strategie Ihrer Partei mitprägen können. Sie sind herzlich eingeladen, sich die wichtigsten Alleinstellungsmerkmale zu vergegenwärtigen, aber auch neue Themen und Schwerpunkte für die Zukunft der ÖDP zu identifizieren.

Bundesverband als Dienstleister und Servicestation

Ziel des ÖDP-Bundesverbands ist es ferner, in den nächsten Monaten wieder stärker Dienstleister und Servicestation für die aktiven Mitglieder bzw. die Parteiverbände zu sein. Dazu werden wir Schulungen, online wie physisch, anbieten, aber auch Handbücher und Leitfäden aktualisieren und fortentwickeln. Diese nützlichen Informationen werden wir über unsere Online-Plattform „orangeaktiv“ zugänglich machen. Dort gibt es eben nicht nur ein Diskussionsfo-

rum, sondern auch ein sogenanntes „Wiki“, in dem man Informationen und Dokumente bereitstellen kann. Es gibt zudem einen Sharepic-Generator für die Bildbearbeitung (z. B. für die sozialen Medien) und einen Dateispeicher, über den u. a. der datenschutzkonforme Austausch von Mitgliederlisten erfolgt. Die unterschiedlichen Bereiche von orangeaktiv können Ihr politisches Engagement voranbringen. Wenn Sie Fragen dazu haben, melden Sie sich gerne unter orangeaktiv@oedp.de. ■

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär im Team der ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Ökologisch-Demokratische Partei, Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27 – 29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
Mobil: (01 60) 87 10 542
Fax: (061 31) 67 98 15



politik@oedp.de

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Wir dürfen diese Krise nicht ungenutzt lassen!

von Manuela Ripa

Die brutalen Angriffe Russlands auf zivile Ziele in der Ukraine (darunter auch Kindergärten, Schulen und Kinderspielplätze) stellen eine neue Eskalationsstufe im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dar, der am 24. Februar 2022 begann. Wladimir Putin ist ein

auch, um uns nicht länger erpressbar zu machen und unsere Haushalte und unsere Industrie zu schützen. Gleichzeitig sollten wir die durch den Krieg verursachte Krise nutzen, um den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern voranzutreiben.

Wir sollten die durch den Krieg verursachte Krise nutzen, um den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern voranzutreiben.

Kriegsverbrecher, der vor ein internationales Tribunal gehört. Er wird den Krieg nicht beenden, solange er seine Armee mit den Einnahmen aus Russlands Energieverkäufen alimentieren kann. Deshalb tragen auch die Länder der EU, die mit Öl- und Gaskäufen jahrelang Putins Kriegskasse gefüllt haben – auch nach der Zerstörung Groznys, auch nach den russischen Bomben auf syrische Krankenhäuser, auch nach dem Überfall Russlands auf Georgien, auch nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim –, eine nicht geringe Mitschuld am derzeit stattfindenden Krieg.

Umso wichtiger ist nun, dass wir uns so schnell wie möglich von russischen Energielieferungen unabhängig machen. Und zwar nicht nur, um Russland die Mittel zur Finanzierung seines Krieges zu entziehen, sondern

Mitte September im Europäischen Parlament über die beiden Richtlinien zur Energieeffizienz (EED) und zu den Erneuerbaren Energien (RED) abgestimmt. Diese sind Teil des von der EU-Kommission „Fit for 55“ genannten Klimapakets und des europäischen „Green Deals“. Beide



<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

Energiegesetze haben das Potenzial, zu den wichtigsten Instrumenten für die Energiesicherheit und -unabhängigkeit zu werden und den EU-weit in die Höhe schießenden Energiepreisen entgegenzuwirken. Bei der Energieeffizienz wurden verbindliche Einsparziele für die EU beschlossen – ohne Ausnahmen und Hintertüren für die Mitgliedsstaaten. Bei den Erneuerbaren Energien hat man sich auf ein neues Ausbauziel für Erneuerbare von 45% bis 2030 geeinigt. Zwar wollte meine Fraktion den Anteil der Erneuerbaren bis 2030 auf mindestens 56% erhöhen,

Ich fordere eine Ausweitung der Übergewinnsteuer auf alle Sektoren, die vom Krieg in der Ukraine und der Energiekrise profitieren.

aber damit haben wir uns leider nicht durchgesetzt. Dennoch wurden viele Verbesserungen im gesamten Text gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag erreicht.

Erfreulicherweise hat die EU-Kommission am 18. Oktober 2022 ein drittes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung

der Energiekrise und der massiv steigenden Gaspreise vorgestellt. Das Paket sieht einen „dynamischen Preisdeckel“ vor, der die Preissteigerungen auf dem europäischen Markt temporär verringern soll. Gleichzeitig soll dieser Preisdeckel der Verlagerung von Gasimporten auf den asiatischen Energiemarkt entgegenwirken.

Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, den Gaseinkauf EU-weit gemeinsam anzugehen. Diesen Vorschlag begrüße ich. Jedoch sind gemeinsame Gaseinkäufe nur ein erster

eines Solidaritätsfonds, angelehnt an den Corona-Wiederaufbaufonds, massive Investitionen in Erneuerbare Energie und Energieeffizienz, ein sofortiges Embargo für die Einfuhr von fossilen Brennstoffen und Uran aus Russland sowie eine Ausweitung der Übergewinnsteuer auf alle Sektoren, die vom Krieg in der Ukraine und der Energiekrise profitieren.

Was letztere Forderung anbelangt, übermäßige Gewinne von Unternehmen abzuschöpfen, so haben sich die EU-Energieminister immerhin

Wir brauchen dringend gemeinsame Investitionen in den Ausbau einer Energie-Infrastruktur für Erneuerbare.

Schritt, um die steigenden Energiepreise zu senken. Es liegt nun an den EU-Mitgliedsstaaten, an einem Strang zu ziehen und den Ausstieg aus der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu beschleunigen.

Wir können ganz klar noch mehr tun, um die Gasnachfrage zu senken und die Energieeinsparungen in diesem Winter zu erhöhen. Gemeinsam mit meiner Fraktion Grüne/EFA fordere ich deshalb die Errichtung

darauf geeinigt, dass Unternehmen aus der Öl-, Gas- und Kohleindustrie eine Steuer von mindestens 33% auf ihre Übergewinne entrichten sollen. Da sie allerdings einen Großteil ihrer Übergewinne behalten dürfen, bleibt dieser Beschluss weit hinter unseren Forderungen zurück. Auch andere Branchen, die eindeutig Kriegsgewinnler sind, können ihre Übergewinne integral behalten. Dabei wäre es absolut sinnvoll, alle Übergewinne,

die Unternehmen aufgrund der derzeitigen Krise erzielen und die nicht für den Aufbau Erneuerbarer Energien genutzt werden, komplett abzuschöpfen und an jene Verbraucherinnen und Verbraucher umzuverteilen, die am meisten unter den massiv gestiegenen Energiekosten leiden. Auch ein europäischer Solidaritätsfonds, der Zukunftsinvestitionen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energie-Infrastruktur finanziert, ist leider nicht vorgesehen. Dabei bräuchten wir jetzt dringend gemeinsame Investitionen in den Ausbau einer solchen Energie-Infrastruktur für Erneuerbare.

Politik auf EU-Ebene gleicht oftmals immer noch den – vermutlich falschen [Anm. d. Redaktion] – Erzählungen zur Echternacher Springprozeßion: Wenn es mal zwei Schritte nach vorne geht, geht es anschließend wieder einen Schritt zurück. Doch ich lasse mich davon nicht entmutigen. Denn ich bin überzeugt, dass der Weg hin zu einer CO₂-neutralen Europäischen Union unumkehrbar ist. Das ist eine gute Nachricht für unser Klima und eine schlechte für alle Autokraten, die uns zukünftig nicht mehr mit ihren Energielieferungen unter Druck setzen können. ■



JÖ – jung.ökologisch feiert das zweite Sprout-Zukunftsfestival und besucht die EU-Abgeordnete Manuela Ripa in Brüssel

Sprout 2.0

Zukunft gestalten, Gemeinschaft erleben, Horizonte erweitern – vom 14. bis zum 17.07.2022 fand „Sprout 2.0“, der Nachfolger des ersten Sprout-Festivals 2021, statt. Die 25 Teilnehmer*innen und Referent*innen verbrachten die vier Tage umgeben von Wald, Wiesen und Badesee auf dem Gelände der Waldsee Gemeinschaft e. V. in Mengerskirchen in Hessen. Organisiert wurde das Festival von einem ehrenamtlichen Team von acht JÖ-Mitgliedern. In den Vorträgen konnten die Teilnehmenden vieles über faires und solidarisches Wirtschaften und Unternehmertum, nachhaltiges Bauen und die Grundlagen einer gesunden veganen Ernährung lernen. Die Workshopangebote waren ebenso vielfältig und reichten von der Erarbeitung von Projekten für mehr regionale Nachhaltigkeit bis zu Rhetorikübungen für ein überzeugendes Auftre-



ten. Die Planungen für ein drittes Festival im kommenden Jahr sind bereits gestartet. Sprout 2023 wird vom 03. bis zum 06.08.2023 wieder bei der Waldsee Gemeinschaft in Mengerskirchen stattfinden. Eine unverbindliche Voranmeldung ist bereits jetzt über www.sprout-zukunftsfestival.de möglich.

Brüssel-Fahrt der JÖ

Im September besuchten etwa 15 JÖ-Mitglieder das EU-Parlament, die EU-Kommission und die ÖDP-Abgeordnete Manuela Ripa in Brüssel. Am 8. September hatten alle, die bereits angereist waren, mittags die Gelegenheit, Manuela Ripa in ihrem Büro zu treffen und ihre Mitarbeiterinnen kennenzulernen. Nachdem in der Zwischenzeit die



restlichen JÖ-Mitglieder angereist waren, fand um 15 Uhr die offizielle Führung im Europäischen Parlament statt. Hier besichtigte die Gruppe den Plenarsaal und bekam eine allgemeine Einführung in die EU, ihre Institutionen und insbesondere in die Arbeit der zahlreichen Dolmetscher*innen. Anschließend fand ein erneutes Treffen mit Manuela Ripa statt, die von ihrer Arbeit im Parlament, ihren politischen Schwerpunkten und aktuellen Debatten berichtet hat.

Der 9. September begann früh mit einem Termin in der EU-Kommission. Dort erhielt die JÖ Einblicke in die Arbeit zweier Mitarbeiter der Kommission. Der erste Vortrag behandelte zum einen allgemein den Aufbau und die Arbeit in der Kommission und zum anderen spezielle Einblicke in den Bereich IT. Der zweite Vortrag war thematisch auf die JÖ zugeschnitten, denn es ging um den 2020 beschlossenen European Green Deal für Klimaneutralität bis 2050. Hier gab es viel Gesprächs- und Diskussionsbedarf zu Themen wie CCS (carbon dioxide capture and storage), Geo-Engineering und den notwendigen EU-weiten Veränderungen.

Am 10. September gab es keinen offiziellen EU-Termin mehr, weshalb die JÖ-Gruppe entschied, gemeinsam nach Brügge zu fahren. Wie bereits in Brüssel wurde eine Free Walking Tour gebucht, was Einblicke in die Geschichte und Architektur der ehemals wichtigen Handelsstadt ermöglichte.

Kontakt: JÖ – jung.ökologisch
Emilia Kirner und Tim-Oliver Kray, Bundesvorsitzende
info@j-oe.de, www.j-oe.de

Baden-Württemberg

Kommunalwahl 2024

Die Vorbereitungen zur Kommunalwahl im Frühjahr 2024 werden vom Landesvorstand weiter intensiviert. In den nächsten Wochen werden alle Kreisverbände von ihren Betreuern im Landesvorstand kontaktiert, um die Planungen abzufragen. Außerdem wird der Landesvorstand nun regelmäßig alle Mitglieder per E-Mail über die Planungen auf dem Laufenden halten. Wer bisher keine E-Mails erhält, sollte bitte seine E-Mail-Adresse an info@oedp-bw.de schicken.

Mitgliederumfrage Baden-Württemberg

Über die ersten Ergebnisse der Mitgliederumfrage wurden die Mitglieder bereits informiert. Bei einer Klausur Anfang November hat der Landesvorstand darüber beraten, wie mit den Ergebnissen weitergearbeitet werden soll. Über den Ausgang der Beratungen wurden bzw. werden die Mitglieder per E-Mail und hier in der ÖkologiePolitik informiert.

Aktion „Steine in der Bildungspolitik“

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt wesentlich vom Bildungsstand der Bevölkerung ab. Diese Erkenntnis

spiegelt sich in Baden-Württemberg jedoch nur unzureichend im Schulwesen wider. Dies hat die ÖDP in Kooperation mit der Partei DiB (Demokratie in Bewegung) zum Anlass genommen, mit einem Aktionstag auf dem Stuttgarter Marienplatz auf die gegenwärtige Misere in der Bildungspolitik, speziell im Schulwesen, hinzuweisen. Ziel war es, aus den „Steinen“, die einer guten Bildungspolitik im Weg liegen, eine Mauer zu errichten. Mit dieser Mauer wurde vor Augen geführt, was derzeit einen besseren Zustand behindert. Die Passanten konnten ihre Kritikpunkte auf Zettel schreiben, die dann auf Kartons, die „Steine“, geklebt wurden.

In einem nächsten Schritt gilt es, zunächst die zahlreichen Kritikpunkte und Vorschläge zu sichten und anschließend auszuwerten, wo hinsichtlich Verbesserungen angesetzt werden kann. Bei den für uns wesentlichen Punkten werden wir auf das Kultusministerium und auf die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen zugehen.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: (07 11) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de
Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: (07 11) 88 01 04,
matthias.dietrich@oedp-bw.de



„Steine“ in der Bildungspolitik auf dem Stuttgarter Marienplatz



Bei der Preisverleihung (von links): Alois Glück, Landtagspräsident a. D., Dr. Norbert Schäffer, Landesvorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz (LBV), Preisträgerin Agnes Becker, Dr. Fritz Brickwedde, Stiftungsratsvorsitzender der Heinz-Sielmann-Stiftung, Rosa-Linde Göppel, Witwe von Josef Göppel, seine älteste Tochter Maria Wenk und Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Bayern

Deutscher Biodiversitätspreis für Agnes Becker

Agnes Becker, Initiatorin des erfolgreichen Artenvielfalt-Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat Ende September 2022 im Umweltzentrum Benediktbeuern den Deutschen Biodiversitätspreis erhalten. Die Heinz-Sielmann-Stiftung verleiht den Preis an Personen, die sich „in herausragender Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen“. Der Preis ging heuer zu gleichen Teilen an die bayerische ÖDP-Landesvorsitzende und an den im April verstorbenen CSU-Umweltpolitiker Josef Göppel. Die Laudatio auf Becker hielt LBV-Landesvorsitzender Dr. Norbert Schäffer, die Laudatio posthum auf Josef Göppel der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück.

Für das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro hat Becker bereits eine Verwendung: „Ich betrachte es als Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, die Staatsregierung bei der Umsetzung des Volksbegehrens kritisch zu begleiten. Deshalb werde ich das Preisgeld für ein auf zehn Jahre angelegtes wissenschaftliches Monitoring verwenden, mit

dem Prof. Roman Lenz von der Hochschule Nürtingen-Geislingen beauftragt ist. Prof. Lenz wird anhand der fortlaufenden Datenlage evaluieren, wie der Gesetzentwurf des Volksbegehrens umgesetzt wird.“

Gillamoos-Montag der ÖDP: Freibier wegen Klimakrise!

Atomkraft-Laufzeitverlängerung, Einknicken vor der Agrar-Lobby und nicht mal ein Tempolimit! „Es wird von Monat zu Monat deutlicher: Die Grünen brauchen mehr denn je ein ökologisches Korrektiv. Orange ist das neue Grün.“ Diese Botschaft formulierte die bayerische ÖDP-Vorsitzende Agnes Becker am Gillamoos-Montag.

Hart ins Gericht ging Becker mit dem Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, der im August bei einem Volksfest „wieder was rausgehauen hat, was einen denkenden Menschen schauern lässt“: Aiwanger wolle sich „mit aller Kraft gegen eine Pestizidreduzierung auf deutschen Äckern stemmen“. Becker: „Ein solch dumpfbackiges Gelaber treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. Die Wissenschaft sagt es uns klar und deutlich: Der Einsatz von

Pestiziden ist ein maßgeblicher Treiber des Artensterbens, u. a. Glyphosat findet sich inzwischen sogar in der Muttermilch! Die Bestäuberinsekten erbringen milliardenschwere Leistungen bei der Bestäubung unserer Nutzpflanzen. Ohne sie funktioniert Landwirtschaft nicht. Ohne den Hubsi schon. Aber vielleicht sollten wir es dem Hubsi mal so erklären: Ohne Insekten auch kein Opfelfoß!“

Erstmals gab es beim Gillamoos der ÖDP Freibier – aber mit ernstem Hintergrund: „Anzapfen, bevor der Hopfen klimabedingt knapp wird.“ Zum ersten Mal versuchte sich Agnes Becker in dieser Disziplin. Wissen-

„Ohne Insekten kein Opfelfoß.“

schaftler befürchten, dass der weltweit bedeutende Hopfenanbau in der Hallertau vor größten klimatischen Problemen steht. „Wachrütteln“ will die ÖDP-Chefin mit dieser Aktion: „Wenn die Politik und die Gesellschaft nicht



Anzapfen, bevor der Hopfen wegen der Klimakrise knapp wird: ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker versuchte sich zum ersten Mal in dieser Disziplin. Es assistierten (von links): Bezirksrat Urban Mangold, Kreisrat Ferdinand Hackelsperger, die stellv. Landesvorsitzende und Straubinger Vize-Landrätin Martha Altweck-Glöbl, Gemeinderat Dr. Ralf Schramm, Kreisrat Konrad Pöppel und Kreisrätin Annette Setzensack.

in letzter Sekunde die Kurve zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens schaffen, wird sich vieles ändern und es wird mit Stürmen und Überflutungen wesentlich Gefährlicheres geben als die Bierfrage.“

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold, Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung
Tel.: (08 51) 93 11 31,
urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Berlin

Insektenschutz in der Stadt fängt vor der eigenen Haustür an!

Mit einer Pflanzaktion hat die ÖDP Berlin auf ihrem Sommerfest Anfang September die Baumscheiben vor der Geschäftsstelle in der Naugarder Straße bepflanzt: Insekten- und Artenschutz kann man in der Stadt auch mit wenig Aufwand fördern. Insektenfreundlich bepflanzte Baumscheiben sind wichtige Nahrungsquellen für bedrohte Schmetterlinge und andere Insekten. Die Aktion hat viel Spaß gemacht und das Ergebnis kann sich sehen lassen!

Mit ihrem Sommerfest hat die ÖDP Berlin sich auch in der Nachbarschaft ihrer neuen Geschäftsstelle vorgestellt und bekannter gemacht. Es gab ein buntes Programm: Musik mit einem Akkordeon-Jugendorchester, nachdenkliche Lieder von Simon Schrape am Keyboard und interessante Vorträge und Diskussionen mit Norman Heß und Gerd Pfitzenmaier.



Vor der Berliner Geschäftsstelle in der Naugarder Straße wurden Baumscheiben bepflanzt.

Projektgruppe Dualwahl

Außerdem wurde auf dem Sommerfest ein Wahlexperiment fortgeführt, welches die Projektgruppe Dualwahl der Berliner ÖDP im Sommer gestartet hatte. An mehreren Infoständen haben wir über die Dualwahl informiert und eine Testwahl durchgeführt, bei der jeweils zwei Stimmzettel auszufüllen waren – einer nach herkömmlicher Art und einer, auf dem man zusätzlich seine zweitliebste Partei markieren konnte für den Fall, dass die bevorzugte Partei an der 5%-Hürde scheitert.

Ausgewertet wurde diese Probewahl nun auf einem – ebenfalls von der Projektgruppe Dualwahl initiierten – Wahlrechtskongress im Oktober in Berlin. Die Idee für



Björn Benken neben der für die Testwahl aufgebauten Wahlkabine bei einem ÖDP-Infostand

diesen Kongress wurde von Mehr Demokratie e. V. übernommen und konnte dadurch in größerem Maßstab umgesetzt werden, als wir als ÖDP-Landesverband dies gekonnt hätten. Unser stellv. Landesvorsitzender Björn Benken zeichnete für die inhaltliche Organisation der „Initiativtagung Ersatzstimme“ verantwortlich und leitete auch den Workshop mit der Testauszählung, deren Ergebnisse unter www.dualwahl.de/testwahl veröffentlicht sind.

Wofür steht die ÖDP? Und warum engagiert man sich in einer kleinen Partei?

Diese und andere Fragen konnten wir im September in einem ausführlichen Interview in der Sendung OKBeat beim Radiosender Alex Berlin beantworten. Den Fragen des Redakteurs Rolf Gänsrich stellten sich Christian Rechholz (damaliger ÖDP-Bundesvorsitzender), Andrea Brieger (Landesvorsitzende ÖDP Berlin) und Kirsten Jäkel (stellv. Landesvorsitzende ÖDP Berlin). Das Interview kann man hier nachhören: www.oedp-berlin.de

Kontakt: ÖDP Berlin

Dr. Andrea Brieger, Landesvorsitzende

info@oedp-berlin.de, www.oedp-berlin.de

Brandenburg

Handeln mit Bedacht geht anders

Die zurückliegenden Monate waren für den Landesverband Brandenburg die bisher aufreibendste Zeit, jagte doch eine Umweltkatastrophe die nächste, wozu es galt, öffentlich Stellung zu nehmen. Wir greifen hier nur zwei Themen heraus. Verschiedene Interviews fanden Eingang in die Medien, wie ein Blick in unseren Pressespiegel gut belegt: <https://t1p.de/70fe1>

So denke man nur an das überraschend auftretende Massensterben im August entlang der Oder: Rund 500 Kilometer Flusslauf waren betroffen. Die Umweltschäden sind enorm. Mehr als 450 Tonnen Fisch sollen im Grenzfluss nun wohl verendet sein. Man habe so etwas noch nie gesehen, sagen örtliche Fischermeister. Neben den Fischen sind auch Muscheln, Krebse, Insektenlarven und andere Wasserlebewesen des so wertvollen Ökosystems verendet. Das im Sommer 2022 vorherrschende Niedrigwasser verschärfte die Situation, denn je weniger Wasser der Fluss führt, desto höher ist die Konzentration der Stoffe. Für die artenreiche Fluss- und Auenlandschaft ist das nun der absolute Super-GAU und wird weitreichende wie

langjährige Folgen für den Nationalpark Unteres Odertal mit sich bringen.

Dabei sind die endgültigen Opferzahlen von anderen Tierarten noch gar nicht absehbar, auch welche Arten die Gegend womöglich meiden werden. Besonders betroffen sind sicherlich die Vogelarten Fischadler, Schwarzmilan, Eistaucher, Kormoran, Reiher und Kranich. Dazu kommen noch andere Wildtiere, die das vergiftete Wasser tranken oder totes Aas verwerteten.

Der Schaden ist also gewaltig und weitet sich noch aus. Und das, obwohl die polnische Wasserbehörde – das hat sie selbst eingestanden – von den seit Ende Juli von Fischern gemeldeten ersten Funden toter Fische Bescheid wusste. Reagiert hat sie darauf zunächst aber praktisch gar nicht. Überhaupt werden von der regierenden polnischen PiS-Partei die dort anhaltenden Umweltstraftaten negiert und somit den deutschen Behörden nicht weitergemeldet. Jetzt wurden nachträglich fast 300 illegale Abwassereinleitungen aufgedeckt, etwa viele Tonnen Abfälle aus der Produktion von Zellulose.

Deshalb fordern wir ein Ende von industriellen Verfahren, die die Zukunft von Mensch und Tier gefährden, verschärfte nationale wie internationale Gesetze. Überhaupt eine wachere Zusammenarbeit beim Wasserschutz. Denn die deutschen Behörden reagierten ebenfalls zu spät, ein umfassender Gewässerschutz ist heute allein auf nationaler Ebene nicht mehr vorstellbar.

Die Einleitung ungeklärter Abwässer ist in Polen zwar verboten, doch die Strafen sind gering. So könnte die Verklappung einer hochkonzentrierten Salzlösung verantwortlich für das Fischsterben in der Oder sein. Die polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ hat darüber berichtet, dass von einem Klärbecken des polnischen Bergbaukonzerns KGHM bei Glogau zwischen dem 29. Juli und dem 10. August salziges Wasser in die Oder geleitet worden sei. Eine hochgiftige Algenart, die Prymnesium-Alge, auch Goldalge genannt, soll in diesem Absetzbecken schon seit Langem und in großen Mengen wachsen und könnte aus diesem Becken in die Oder gelangt sein, sagte Forscher Martin Pusch vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei gegenüber dem rbb. Niedriger Wasserstand und starke Sonneneinstrahlung könnten ihr Übriges zur Vermehrung im Fluss beigetragen haben. Natürliche Ursachen für das Algenwachstum schließen die Forscher jedenfalls aus. Jetzt soll der Irrsinn noch weitergehen, da man von polnischer Seite die giftigen und nun im ganzen Fluss verteilten Goldalgen durch Einsatz von anderweitigen Chemiesubstanzen abtöten möchte.

Unterstützung in der Pressearbeit erhielten wir durch Prof. Dr. Klaus Buchner, der uns mit seinen Forderungen

beipflichtete: „Es muss zukünftig eine kontinuierliche Messung aller hochgiftigen Chemikalien und Abfallstoffe vor Ort der jeweiligen Produktion oder Lagerung erfolgen, die möglicherweise in die Luft oder in das Abwasser gelangen können. Dabei sind auch Unfallszenarien zu berücksichtigen. Diese kontinuierlichen Messungen sind von der zuständigen Behörde durchzuführen, nicht in ‚Eigenverantwortung‘ der jeweiligen Firma. Auf nationaler Ebene müssen solche Messungen bei allen Firmen gesetzlich vorgeschrieben werden, die mit Giftstoffen umgehen. Zusätzlich muss dazu eine EU-weite Verordnung erlassen werden.“

Wie beim Flughafen BER

Trotz vorzulegendem Störfallkonzept funktionierte bei dem seit März in Betrieb befindlichen Tesla-Werk in seiner ersten Ausbaustufe die Brandschutzanlage nicht. Denn es hat erneut bei dem Automobilkonzern in Grünheide gebrannt. In der Nacht zum 26. September fingen gegen 3:30 Uhr 800 Kubikmeter Pappe, Holz und Plastik Feuer. Auf veröffentlichten Drohnenvideos ist zu erkennen, wie



Ein toter Fisch bei Oderberg am 11.08.2022

Löschwasser und -schaum zum Einsatz kamen und dabei auch ins ungeschützte offene Erdreich gelangten. Dies passierte fatalerweise beim Auseinanderziehen der Feuerballen auf einem nicht genehmigten Recyclinghof im Außenbereich unweit der eigentlichen Produktionsanlagen. Spätere Untersuchungen des ersten Großbrandes ergaben, dass der technische Brandschutz durch Brandwachen auf dem ganzen Areal ersetzt wurde.

Wie kann es sein, dass der Brandschutz des Tesla-Werks in Grünheide seit sechs Monaten nicht funktioniert? Die Aussage des Umweltdezernenten Sascha Gehm, seit Beginn der Produktion seien die Brandmelde-

anlage und die Sprinkleranlage nicht in Funktion, macht einen wirklich sprachlos. Zudem konnte die personell immer noch unterbesetzte und behördlich im Aufbau nur geduldete Werksfeuerwehr das Feuer nicht alleine löschen und musste mehrere freiwillige Feuerwehren aus Nachbarorten anfordern. Der Fall ist in verschiedener Hinsicht brisant. Zum einen, weil sich aus demselben Grund die Eröffnung des Flughafens BER jahrelang verzögert hat. Zum anderen, weil funktionstüchtige Anlagen einfach Vorschrift sind. Der Mangel sei den Behörden bekannt gewesen. Tesla arbeite nun mit einem genehmigten vorläufigen Brandschutzkonzept und sichere damit den Brandschutz ab. Derzeit seien rund um die Uhr acht Mitarbeiter als Brandwachen unterwegs und patrouillierten über das Werksgelände. Nach Angaben der Kreisverwaltung sei „von Anfang an klar gewesen, dass das Werk nicht gleich den vollen Brandschutz haben werde, sondern dass der nach und nach hochgefahren werde“. Wir als ÖDP Brandenburg finden es wirklich absurd, dass bei einem Werk mit 7.000 Leuten mit Brandwachen gearbeitet wird.

Gegenüber Tesla wird aber schon von Anfang an mit zweierlei Maß gemessen – und damit auch die Sicherheit der Anwohner gefährdet. Beim nahen BER wurde wesent-

lich genauer hingeschaut: Der Flughafen wurde wegen Mängeln im Brandschutz erst gar nicht in Betrieb genommen, die Eröffnung jahrelang verschoben. Prestige und Wachstum – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – ist für die rot-schwarz-grüne Landesregierung nun aber wichtiger als die Risiken für die Bevölkerung, die Natur und die Umwelt. Wir sind über diese Laxheit der Kontrollbehörden im Landkreis Oder-Spree in Sachen Katastrophen- und Brandschutz gegenüber jenem Hochrisikobetrieb von Tesla entsetzt, denn es gab schon zuvor vier bekannt gewordene Containerbrände und einen Austritt von Betriebsflüssigkeiten auf dem Trinkwasserschutzareal innerhalb weniger Monate. Jetzt war es sogar notwendig, die betroffene Erdschicht komplett abzutragen und Proben ins Labor einzuschicken.

Tesla hat derweil den Anordnungen der Behörden nur halbherzig Folge geleistet. Anstatt den ganzen betroffenen Boden großflächig bis zu 50 cm tief abzutragen, wurde dies nur zu gut 60 % umgesetzt, wie unsere Fotos belegen. Überhaupt hat man es mit dem Brandschutz auf dem Gelände nicht so genau genommen, zeugen doch sperrangelweit offene Brandschutztüren und ungesicherte Gasflaschen in Zelten von ganz anderen Firmenprioritäten. Zuletzt gab es auf diesem Areal, fatalerweise errich-

tet auf einem sensiblen Trinkwasserschutzgebiet, schon die erwähnten vier offenen Containerbrände im Zusammenhang mit 800 Grad heißer Aluminiumschlacke, die wegen nicht ausreichender Brandschutzschulung durch Mitarbeiter verursacht wurden. Damals musste die Feuerwehr jeweils vor der Gießerei löschen. Der Inhalt eines Abfallcontainers, eigentlich für heiße Schlacke aus dem Rohofen genutzt, geriet in Brand, nachdem Tesla-Mitarbeiter dort immer wieder eigenen Müll sowie Holz, Metall und auch Teppichreste entsorgt hatten. In Kombination mit der zugeschütteten Schlacke aus der Produktion von Aluminium-Fahrwerksteilen entzündete sich so jeweils

Die ÖDP Brandenburg hatte schon frühzeitig auf den mangelnden Brandschutz hingewiesen.

ein vermeidbares Feuer. Wie Firmeninsider der „Märkischen Oderzeitung“ zutrugen, passiere dies immer wieder, „weil die Mitarbeiter unterschiedlichster Nationen schwer informierbar seien“.

Die ÖDP Brandenburg hatte schon während der Antragstellung zur Baugenehmigung im Sommer 2020 gemeinsam mit anderen Bürgern und Umweltverbänden auf die Defizite und den mangelnden Brandschutz in den Tesla-Antragsunterlagen hingewiesen. Auch bezog sich das Störfallgutachten bei seinen Einschätzungen zu den Risiken des Werkes auf eine funktionsfähige Werksfeuerwehr.

Es ist allerdings nicht ganz überraschend, dass bei Notfällen auf dem Areal in Grünheide nicht adäquat reagiert wird. Schließlich musste Tesla laut Informationen des „Stern“ auch im US-Stammwerk jüngst 1 Million US-Dollar Strafe zahlen wegen ähnlichen und noch größeren Vergehen. Was aber für Elon Musk Peanuts sind, der derzeit 245 Mrd. US-Dollar auf seinem Privatkonto hat.

Bereits Mitte April forderte die ÖDP Brandenburg nach dem Ausfluss eines wassergefährdenden Stoffes auf dem Tesla-Gelände, „dass der Betrieb ruhen muss, bis eine umfassende Störfallvorsorge vorliegt. Außerdem müssen Informationen zum behördlichen Überwachungsplan, zu Vor-Ort-Besichtigungen bei Tesla gemäß §§ 16 und 17 der 12. BImSchV sowie weitere Informationen nach dem Umweltinformationsgesetz bekannt gemacht werden. Die Landesregierung muss für den Schutz von Mensch und Umwelt einstehen und nicht das Recht der Brandenburger auf Fürsorge und Gesundheit den Interessen eines Unternehmens opfern“. Aber wieder einmal gehen Weiterbetrieb und Profit vor Sicherheit und Auf-

klärung. Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in einem Wasserschutzgebiet erfordert eigentlich, eine größtmögliche Vorsorge mit Gefahrenabwehrplänen zu betreiben. Es darf zudem nicht sein, dass es keine Sicherstellung ausreichender Qualifikation und Unterweisung aller Beschäftigten zum Thema Brandschutz gibt, egal welcher Muttersprache sie angehören. Was muss noch passieren, bis die Behörden Tesla die Betriebserlaubnis entziehen?

Weit entfernt befindet sich der Löcknitz-Campus Grünheide mit Kita, Grundschule, Oberschule und Gymnasium mit Hunderten von Schülern und Lehrkräften! Wenn der Brand nur ein paar Wochen früher gewesen wäre, hätte es bei entsprechendem Funkenflug in den nahen Kiefern-Mischwald dort eine große Feuersbrunst geben können. Denn wir hatten Mitte August, wie schon 16 Tage zuvor, die höchste Waldbrandwarnstufe 5 und 46 Tage lang im Sommer 2022 die Stufe 4. Die ÖDP Brandenburg hinterfragt deshalb die behördliche Sorglosigkeit: Wie sieht es mit dem Schutz von Natur und Umwelt aus? Wie gefährdet ist das Trinkwasserschutzgebiet, welches Tausende Menschen in der Region und über eine Million Berliner versorgt? Es wird Zeit, dass die Behörden endlich handeln und Konsequenzen aus diesem erneuten Brandereignis ziehen. Wir fordern den sofortigen Entzug der Betriebserlaubnis! Der Brandenburger Landtag muss sich mit den Missständen bei Tesla ernsthaft beschäftigen und es geht nicht, dass sich der Konzern selbst nie zu Wort meldet und weiterhin zu vielem einfach schweigt, sich seiner Verantwortung entzieht.

*Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (01 75) 996 67 01
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de*

Bremen

Landesverband Bremen tritt mit zwei Landeslisten zur Bürgerschaftswahl 2023 an

Der Landesverband Bremen hat bei seiner Aufstellungsverammlung am 13.10.2022 zwei Landeslisten für die kommende Bürgerschaftswahl am 14.05.2023 aufgestellt. Im Land Bremen wird die Landtagswahl (Bürgerschaft) und die Kommunalwahl (Stadtbürgerschaft in Bremen bzw. Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven) gleichzeitig durchgeführt. In Bremerhaven tritt die ÖDP nur mit einer Liste zur Bürgerschaftswahl an, da



Foto: Sven Schuster

Auf einem ungenehmigten Recyclingplatz auf dem Tesla-Gelände brennt es am 26.09.2022.

es in dieser Stadt aktuell noch nicht ausreichend Mitglieder für den Antritt zur Kommunalwahl gibt.

Die Landesliste für den Wahlbereich Bremen ist der Wahlvorschlag sowohl für die Landtags- als auch für die Kommunalwahl. Auf Listenplatz 1 kandidiert der 39-jährige Geograf Timmy Schwarz, gefolgt von Antje Piegsa (62, Lehrerin), Katharina Gutermuth (27, Online Marketing Managerin) und Dr. Eckhard Piegsa (62, Kinderarzt). Im Wahlbereich Bremerhaven kandidiert der 65-jährige Rechtsanwalt Thomas von Müller.

Für den Landesverband Bremen haben nach der Aufstellungsversammlung nicht nur das Sammeln der Unterstützungsunterschriften und die Vorbereitung des Wahlkampfes begonnen, sondern auch die Arbeit am ersten Bremer Wahlprogramm. Bei Erscheinen dieser ÖkologiePolitik-Ausgabe wird der Landesverband voraussichtlich bereits den Großteil der benötigten Unterschriften gesammelt haben. Die Landesvorsitzende Kara Tober lädt aber alle ÖDP-Mitglieder, die den kleinen Bremer Landesverband unterstützen möchten, zu einem Wahlkampf-Besuch im Frühjahr ein: „Das Land Bremen hat nicht nur für Besucher viel zu bieten, sondern wir erschließen hier auch ÖDP-Neuland. Also haben wir eine spannende Aufgabe vor uns. Wir sind uns sicher, dass es sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven eine Zielgruppe für unsere ökologische und soziale Politik gibt.

Daher freuen wir uns über jedes ÖDP-Mitglied, das uns bei unserem ersten Wahlantritt für die Bürgerschaft unterstützen möchte.“

Aktuelle Meldungen aus dem Landesverband und Informationen über die Kandidaten finden sich auf der Webseite der ÖDP Bremen: www.oedp-bremen.de

Kontakt: ÖDP Bremen
Kara Tober, Landesvorsitzende
info@oedp-bremen.de

Sachsen

Hoffnungsvoll und kämpferisch: Klausurtagung des LV Sachsen auf dem Gebiet der Sorben

Die Voraussetzungen für eine gute Tagung waren allesamt gegeben: gute Vorbereitung, klar umrissene Themen, wunderbarer Ort, herrliches Wetter, leckere Bewirtung, ausreichend Zeit. Der Einladung ins Bischof-Benno-Haus in Schmochtitz bei Bautzen folgten 16 des knapp 120 Menschen umfassenden Landesverbands Sachsen. Das Spektrum der Gespräche reichte vom Leben im ländlichen Raum über den Strukturwandel mit Blick auf die sächsischen Braunkohlereviere und das Gebiet der sorbi-



Die Teilnehmer der Klausurtagung des LV Sachsen im Juni 2022 – es fehlt der Fotograf.



Die ÖDP sichtbar zu machen, haben die Teilnehmer der Klausurtagung gleich in die Tat umgesetzt und auf einer Wiese ein „Ö“ gebildet.

schen Minderheit in Sachsen bis hin zum Wahlkampfauftritt für die EU-Wahl 2024.

Am Freitagabend konnten im freien Gedankenaustausch alle ihre Vorschläge und Ideen zum Umgang mit den tiefgreifenden, aber erforderlichen Veränderungen am Beispiel der Oberlausitz einbringen. Der Braunkohleabbau gibt derzeit noch etwa 7.500 Menschen Lohn und Brot und muss doch so bald wie möglich beendet werden, um wenigstens eine kleine Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel nicht zu überschreiten. Unsere Ansätze wurden in mehreren Kleingruppen konkretisiert und reichten von Regionalwährung, Gründung einer Stiftungsbank nach schwedischem Vorbild, regionalem Grundeinkommen, Bürgergeld zur basisdemokratisch abgestimmten Verteilung, Sonderwirtschaftszonen, Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten bis hin zu Natur- und Artenschutzprojekten. Wichtig ist stets, die ansässige Bevölkerung umfassend zu beteiligen und dabei besonders hier in der Lausitz die sorbische Kultur und Tradition zu erhalten und zu stärken.

Der Samstag stand am Vormittag im Zeichen der Europawahl 2024. Das Szenario einer 3,5%-Hürde sollte die ÖDP nicht entmutigen, sondern genau im Gegenteil mit Kampfgeist, Ideen und Vertrauen in das eigene sehr gute Programm und kompetente Kandidaten die Segel setzen lassen, um in Brüssel wieder die Anker zu werfen, so die einhellige Meinung der Anwesenden. Europa braucht uns! Und wir brauchen Europa – ein besseres Europa: ökologischer, demokratischer, sozialer und friedlicher! Auf dem Weg dorthin müssen wir uns selbst vergewissern, warum wir uns auf diesen mühevollen Weg begeben und aus der gewonnenen Überzeugung heraus auf die Mitbürger zugehen, digital und vor Ort. Die sichtbare menschliche Präsenz und das gesuchte Gespräch müssen mit Flyern und Plakaten, mit Pressekontakten und Netzwerkbildung unterfüttert werden. Selbstbewusst und nicht hinter vorgehaltener Hand soll der Name ÖDP im persönlichen und sozialen Umfeld genannt werden, groß und eindeutig erkennbar auf T-Shirts, Pullovern und Fahrzeugen prangen. Oft fehlt dem Einzelnen im Alltag

die Zeit, aktiv auf neue Menschen zuzugehen; aber wieso nicht bei jedem Small Talk die Gelegenheit beim Schopfe packen und die ÖDP ins Gespräch bringen? Steter Tropfen höhlt den Stein.

Ein Beispiel von visionärem und zähem Engagement gab den Teilnehmern der Klausurtagung am Nachmittag der Bürgermeister von Nebelschütz, Thomas Zschornak. Über Jahrzehnte hin prägte er den ca. 1.200 Seelen großen Ort mit und ließ gemeinsam mit dem Gemeinderat Orte entstehen, die uns und sicher auch die Ratsmitglieder manch anderer Dörfer und Städte staunen lassen. Der Besuch dort wird in einem eigenen Bericht reflektiert werden.

Damit in den drei Tagen nicht nur die kleinen grauen Zellen zum Vibrieren gebracht werden, sondern auch die Muskelstränge, sah das Rahmenprogramm für den Samstagabend vor, auf mitgebrachten Kunststofffassern gemeinsame Rhythmen freizusetzen, also im übertragenen Sinne schon mal zu üben, die Werbetrommel zu rühren. Das wurde professionell in den rechten Takt und Stimmung gebracht durch den Landesvorsitzenden Jens Gagelmann. Wer damit noch nicht genug hatte, konnte anschließend in der hauseigenen Kegelbahn eine ruhige Kugel schieben und dann mit dem rechten Schwung hie und da das Gefühl genießen, mal so richtig abzuräumen – wie bei der nächsten Wahl!

Die noch verbleibende Zeit am Sonntag nutzten die Mitglieder des Landesverbands für eine ausgiebige Diskussion zum Tagesordnungspunkt „Leben im ländlichen Raum“. Das Augenmerk wurde gelegt auf die Mobilitätsperspektiven, das Erlebnis von Kulturlandschaft in Verbindung mit Landschaftspflege und Naturschutz und die Erfordernis von Klimaanpassung und schonendem Umgang mit Ressourcen. Die Tatsache des bereits jahrelangen Bevölkerungsrückgangs in vielen ländlichen Städten und Gemeinden (übrigens nicht so in Nebelschütz) sowie die mögliche Umkehr oder zumindest Beendigung dieses Trends durch Corona und den Ausbau von schnellem Glasfaser-Internet wurden erörtert. Dem meist verkehrs- und wohnflächenbedingt höheren Energieverbrauch der Menschen auf dem Land wurden die besseren Möglichkeiten von Teilautarkie und sehr guter Lebensqualität gegenübergestellt. Als wichtig wurde angesehen, dass ein Mindestmaß an technischer und sozialer Infrastruktur (gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl) gegeben sein muss. Das Aufgeben von Gemeinden wurde nicht als sinnvolle Option gesehen, sondern es sollte bei Unterschreiten einer Mindesteinwohnerzahl die Chance erkannt werden, Neues und Experimentelles entstehen zu lassen und der Kreativität Raum zu geben. Immer wieder finden sich Menschen, die sich in Gemeinschafts-

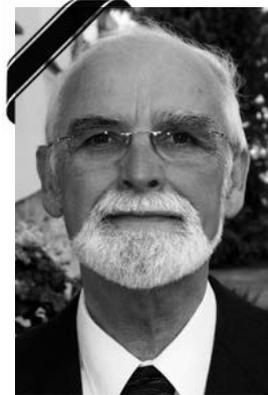
projekten engagieren und auf „Leerstände“ mit Fantasie reagieren. Ein Land oder Landkreis muss aber mit guter Förderpolitik und Planungshoheit die Bahnen rechtzeitig so lenken, dass einem möglichen Ansiedeln von völkisch-nationalen oder anderen extremistischen Projekten Riegel vorgeschoben werden.

*Kontakt: ÖDP Sachsen
Dirk Zimmermann, Beisitzer im Landesvorstand
dirk-zimmermann@oedp.de
www.oedp-sachsen.de*

Thüringen

ÖDP Thüringen trauert um Franz-Josef Mai

Der ÖDP-Landesverband Thüringen und der ÖDP-Kreisverband Eichsfeld trauern um Franz-Josef Mai, welcher kürzlich im Alter von 78 Jahren verstorben ist. Franz-Josef Mai war Mitbegründer des Kreisverbands Eichsfeld im Jahr 1993 gewesen und dort bis 2021 im Kreisvorstand aktiv. Er hat sehr großen Anteil daran, dass die ÖDP dort seit 2004 in mehreren Kommunalparlamenten vertreten ist. Aktuell sind es sieben kommunale Mandate. Von 1997 bis 2020 war er auch im Thüringer Landesvorstand aktiv.



Franz-Josef Mai

Foto: ÖDP

Oft bewusst in der zweiten Reihe aktiv, war Franz-Josef Mai in Ausübung der Tätigkeiten, die in anderen Parteien einer Geschäftsstelle zugewiesen sind, wichtiger Motor und wichtiges Rückgrat der ÖDP in Thüringen und im Eichsfeld gewesen. Besonders hervorzuheben ist auch sein Einsatz bei der Erledigung der Formalitäten bei Wahlantritten. Ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Loyalität zeigte er selbst in schwierigen Phasen des Landesverbands. Die ÖDP in Thüringen verliert mit Franz-Josef Mai einen Pionier und ein Urgestein und wird ihn dankend in guter Erinnerung behalten!

Martin Truckenbrodt, Landesvorsitzender

*Kontakt: ÖDP Thüringen
Martin Truckenbrodt, Landesvorsitzender
Tel.: (03 67 66) 8 47 90
info@oedp-thueringen.de*

Bundesarbeitskreis Mobilfunk

Ein Beispiel von Nicht-Kommunizieren-Wollen einer Behörde

Kann ein Dialogkreis eingerichtet werden, um gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium drängende und offene Fragen zum Strahlenschutz und zur Vorsorge erörtern zu können? Wie können die ernsthaften Sorgen von Wissenschaftlern, Medizinern und Verbraucherschützern vom Ministerium aufgegriffen werden? Welche Möglichkeiten gäbe es für das Ministerium, einen geplanten Arbeitskreis zur räumlichen Gestaltung von nicht-ionisierender Strahlung (NIS) zu bereichern?

Diese Fragen stellte ein Brief an die Bundesumweltministerin Steffi Lemke, den Prof. Dr. Wilfried Kühling für den auch mitzeichnenden BAK Mobilfunk der ÖDP bereits im April 2022 schrieb. Ganz im Sinne der eindeutigen Empfehlungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses: Der Dialog zwischen Bevölkerung und Politik zum Thema Mobilfunk sollte gefördert werden. Diesen Dialog mit dem Umweltministerium sucht der BAK Mobilfunk gemeinsam mit dem Verein gesund verNETZt e.V., der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V. sowie dem Bündnis verantwortungsvoller Mobilfunk Deutschland. Im Brief werden Lösungsmöglichkeiten angeboten zum Umgang mit der im internationalen Kontext abweichenden Risikobewer-



Foto: Erich Westendarp / pixabay.com

lung von NIS in Deutschland. Nachdem „ausreichende Nachweise“ für die krebserregende Wirkung durch NIS bei Versuchstieren vorlägen und ebenso für die Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit von Männern, sei das von offiziellen Stellen verwendete ICNIRP-Konstrukt obsolet.

Sie möchten sich gerne in einem Bundesarbeitskreis der ÖDP einbringen?

Dann laden Sie – als Parteimitglied – von der ÖDP-Webseite die Mitgliedschaftserklärung herunter und senden sie ausgefüllt an die Bundesgeschäftsstelle. Als Nichtmitglied können Sie ggf. mit Gaststatus an BAK-Sitzungen teilnehmen, wenn der/die BAK-Vorsitzende Sie dazu eingeladen hat. Nehmen Sie bei Interesse bitte per E-Mail mit dem jeweiligen BAK-Vorstand Kontakt auf.

Die **Mitgliedschaftserklärung** und alle Kontaktdaten finden Sie auf der ÖDP-Webseite.
Kurzlink: <https://t1p.de/haxr3>
Einfach QR-code scannen:



Denn dort werden lediglich Wärmewirkungen der NIS als gesundheitlich relevant erfasst und bioelektrische Wirkungen ausgeblendet.

Da das Bundesamt für Strahlenschutz laut Gesetz unterstützend tätig wird und vom Umweltministerium „beauftragt“ werden muss, stelle sich die Frage nach der fachlichen Führung durch das Ministerium, damit dort eine vollständige Risikobewertung durchgeführt wird. Denn die Kernfrage lautet: Sind die Aufgabenstellungen ausreichend auf den rechtlichen Gefahrenschutz ausgerichtet, wonach die „hinreichende Wahrscheinlichkeit“ einer Gefahr das entscheidende Kriterium für die Definition eines Grenzwerts zum Schutz der Bevölkerung darstellt?

Die Antwort des Ministeriums war kurz und knapp und verfehlte komplett das Anliegen, woraufhin Prof. Kühling noch einmal nachhakte, dass ein Dialog gemäß der Empfehlung des europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses stattfinden sollte und darauf der ursprüngliche Brief abzielte. Ferner ginge es um die klimaschutzrelevanten Einsparungen, auf die das Umweltbundesamt drängt. Dieses rät aus Gründen des hohen Stromverbrauchs zur Durchdringung der Gebäudehüllen von Mobilfunk für den Hausanschluss eindeutig ab. Diesem Schreiben entgegnete das Ministerium lapidar, dass der Brief der langjährigen Diskussion keine weiteren Aspekte hinzufüge.

Klimaschutz und eine Risikoabwägung, wie sie rechtlich vorgesehen wäre, sollen also keine neuen Aspekte sein. Nein, sie sind nicht wirklich neu, die ÖDP und Umweltverbände weisen schon lange darauf hin. Beim Umweltministerium werden solche Aspekte allerdings nicht wahrgenommen. Was wirklich hinter einer solchen Blockadehaltung steckt, lassen wir dahingestellt.

Bundesarbeitskreis Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik



Bericht aus dem BAK Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik

Für den Bundesarbeitskreis Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik (BAK LTG) musste ein neuer Vorstand gewählt werden. Dafür wurde zu einer Online-Wahl am 5. Juli 2022 fristgerecht eingeladen. Die anwesenden stimmberechtigten BAK-Mitglieder wählten den folgenden Vorstand: Vorsitzender: Anton Weitmann, Stellvertreter: Eva-Maria Kastell und Jens-Eberhard Jahn, Beisitzer: Norman Heß, Jürgen Schilling und Johannes Schneider.

Der BAK LTG setzt sich für eine fortschrittliche und nachhaltige Landwirtschaft ein. Nachhaltigkeit bedeutet hierbei, neben dem Gedanken des Umweltschutzes auch die soziale Komponente und die ökonomische Machbarkeit zu berücksichtigen. Diese Kategorisierung schließt dabei das Recht auf Nahrung ein, welches für ein Industrieland wie Deutschland in erster Linie ein Recht auf erschwingliche, gesunde und mit der Natur in Einklang stehende Nahrungsmittel bedeutet. Dazu ist der Tierschutz in allen Facetten einzuhalten und Risikotechnologien, wie die Grüne Gentechnik, zu unterbinden. Im weiteren Sinne beschäftigt sich unser BAK auch mit Fragen des allgemeinen Tier- und Artenschutzes, der Forstwirtschaft und der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe.

Wir freuen uns über jede kleine und große Mithilfe. Schreiben Sie bei Interesse an die Vorstandschaft unter bak.ltg@oedp.de oder melden Sie sich direkt über die Bundesgeschäftsstelle als BAK-Mitglied an.

Bundesarbeitskreis Bildungspolitik

Bericht aus dem BAK Bildungspolitik – Verstärkung gesucht

Der BAK Bildungspolitik hat im Juni 2022 ein neues Leitungsteam gewählt, nachdem der vorherige Vorsitzende Thomas Junginger aus zeitlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten war. Das BAK-Leitungsteam besteht aus dem Vorsitzenden Eike Zimpelmann (KV Karlsruhe) und der stellvertretenden Vorsitzenden Kara Tober (LV

Bremen). Der BAK trifft sich seit März 2022 wieder regelmäßig und bisher online.

Derzeit erarbeitet der BAK Vorschläge für eine Überarbeitung der bildungspolitischen Inhalte des Grundsatzprogramms sowie des Bundespolitischen Programms. Außerdem wurden bereits einige Pressemitteilungen verfasst, die auf der Webseite des ÖDP-Bundesverbands eingesehen werden können. Der BAK bezieht sich bei seiner

*Der BAK steht allen Menschen offen,
die sich für Bildung in all
ihren Ausrichtungen interessieren.*



Foto Schüler: ESB Professional/shutterstock.com - Foto Blende: Daniel Prudek/70billa.com

Arbeit auf die unter der Leitung von Thomas Junginger erfolgte Analyse der Kapitel zur Bildungspolitik in den landespolitischen Programmen und versucht, aus diesen die Gemeinsamkeiten abzuleiten und zu Positionen der Bundes-ÖDP weiterzuentwickeln. Darüber hinaus bringen natürlich die Mitglieder des BAK ihre Expertise und ihre Erfahrungen ein und es wird auf aktuelle Entwicklungen Bezug genommen.

Das Leitungsteam des BAK hat außerdem den Wunsch geäußert, dass nicht nur Schulbildung und berufliche Bildung im ÖDP-Programm ausführlich thematisiert werden, sondern in Zukunft auch das Konzept des lebenslangen Lernens stärker in die Programmarbeit einfließt. Ein

besonders wichtiger Aspekt ist hier selbstverständlich die politische Bildung, denn eine funktionierende Demokratie braucht Aufklärung, Interesse, Teilhabe und demokratischen Willen seitens der Bevölkerung.

Der BAK steht deshalb ausdrücklich nicht nur Menschen mit Erfahrungen in der frühkindlichen Bildung, der Schule oder der Hochschullehre offen, sondern allen Menschen, die sich für Bildung in all ihren Ausrichtungen interessieren. Wer an einer Mitarbeit im BAK Bildungspolitik Interesse hat, kann sich per E-Mail an bak.bildung@oedp.de wenden oder auch direkt bei der Bundesgeschäftsstelle anmelden.

Bundesarbeitskreis Gesundheit

Neuer BAK Gesundheit beschlossen

Beim Bundesparteitag in Würzburg wurde mit großer Delegiertenmehrheit ein eigenständiger BAK Gesundheit beschlossen. Jahrelang war dieser Bereich im großen BAK Familie-Soziales-Gesundheit untergebracht. Es hatte sich aber gezeigt, dass die komplizierte und umfangreiche Sacharbeit hier nicht gut leistbar ist. Wir brauchen für belastbare Aussagen viel Fachkompetenz und können diese innerparteiliche Kompetenz mit einem eigenen BAK viel

*Jedes Mitglied mit Interesse an einer
Mitarbeit ist herzlich willkommen!*

besser nutzen. Auf dem Parteitag wurde deutlich, dass man von allen BAKs erwartet, dass politische Aussagen möglichst nur auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt werden und, wo möglich, immer Quellen angegeben werden sollen.

Bisher haben sich ca. zehn Personen bereit erklärt, im neuen BAK Gesundheit konstruktiv mitzuarbeiten. Wir möchten in Kürze auf das Doppelte kommen, um eine kontinuierliche Arbeit sicherzustellen. In Zeiten von Personalmangel und Krankenhausschließungen bei gleichzeitiger Zunahme der teilweise umweltbedingten Zivilisationskrankheiten sowie steigender Versicherungsbeiträge handelt es sich um eine hochaktuelle Herausforderung. Es wird nicht einfach sein, den unterschiedlichen inner- und außerparteilichen Erwartungen gerecht zu werden. Andauernde Aufklärungsarbeit, klare Kommunikation und eine wertschätzende Zusammenarbeit wer-

den uns dabei helfen, die Herausforderung zu meistern. Daher würden wir uns über eine weitere fachliche Stärkung des BAK sehr freuen. Aber auch jedes ÖDP-Mitglied mit Interesse an einer Mitarbeit ist herzlich willkommen und kann sich ab sofort bei der Bundesgeschäftsstelle anmelden. Wir wollen bald loslegen. Es ist keine Zeit zu verlieren.

Christine Mehlo-Plath

Bundesarbeitskreis Christen in der ÖDP

BAK „Christen in der ÖDP“ beim Katholikentag 2022 in Stuttgart

Wie bei allen Kirchentagen waren wir auch auf dem Katholikentag 2022 in Stuttgart vom 25. bis 29. Mai 2022 vertreten, um uns und die ÖDP darzustellen. Die ÖDP Stuttgart hat uns bei der Stadt Stuttgart angemeldet, weil wir ja in die „Kirchentagsmeile“ nicht hineindurften, wie leider bei jedem Katholikentag. Wir mussten uns also mit dem öffentlichen Raum begnügen. Danke an die Parteifreunde, die uns diese Vorarbeit abgenommen haben!

Eigentlich waren wir mit unserem Stand in der Hauptachse Stuttgarts in der Königs-/Marienstraße recht gut platziert. Unsere Stammbesetzung wurde zeitweise durch Parteifreunde aus Stuttgart und Baden-Württemberg verstärkt. Das Wetter war geeignet für unser Tun, aber ansonsten war es schon ein sehr „steiniger Acker“,



Axel Gebhardt, Martin Weinmann und Helmut Graf (v. l.) am Infostand zum Katholikentag 2022 in Stuttgart

Foto: ÖDP

die ca. 1.000 Stück unseres neuen Faltblatts an die reichlich vorbeilaufenden Passanten zu verteilen. Unser Stand war zwar in der sehr belebten Fußgängerzone, aber weit weg von der Kirchentagsmeile. Nur wenige Passanten waren wohl Kirchentagsbesucher oder zeigten Interesse für unsere Botschaft. Aber wir waren da und gut sichtbar.

Helmut Graf
Mitglied im BAK Christen in der ÖDP

Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

BAK Wirtschaft und Finanzen im Kloster

Im Haus Klara bei den Oberzeller Franziskanerinnen in Zell am Main tagte der Bundesarbeitskreis (BAK) Wirtschaft und Finanzen am 22. Oktober 2022. Anwesend waren auch die beiden ÖDP-Bundesvorstandsmitglieder Dr. Peter Schneider, 1. stv. Bundesvorsitzender, und Helmut Scheel, 2. stv. Bundesvorsitzender. Inflation, Gemeinwohlökonomie und das ÖDP-Europawahlprogramm waren Themen der Tagung.



Von links: Reinhard Becker, Dr. Peter Schneider, Friedrich Zahn, Gerald Morgner, Ulrich Brehme, Prof. Dr. Herbert Einsiedler und Helmut Scheel

Ulrich Brehme wurde zum Vorsitzenden des BAK gewählt. Sein Stellvertreter ist der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Herbert Einsiedler. Als Beisitzer fungieren Gerald Morgner, Reinhard Becker und Friedrich Zahn. Vertreter in der Bundesprogrammkommission wird zukünftig Ulrich Brehme und dessen Stellvertreter Prof. Dr. Herbert Einsiedler sein.

Prof. Dr. Herbert Einsiedler

Bundesarbeitskreis Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie

Wald weicht Windstrom? BAK KUVE lädt zur Diskussion

Das Titelthema dieser ÖP-Ausgabe hat deutlich gemacht, dass die ÖDP-Forderung nach einer resilienten Daseinsvorsorge aktueller ist denn je. Ein zügiger Ausbau von erneuerbaren Energien, allen voran aus Sonne und Wind, macht uns nicht nur unabhängiger von Putin und fossilen Energie-Importen, sondern entlastet auch

Online-Treffen zum Thema
„Umweltschutz in der Energiewende“
Do., den 12. Januar 2023 ab 19:00 Uhr

das Klima. Erfreulicherweise verfügt die ÖDP über reichlich Expertise zum Thema Energiewende, die der Bundesarbeitskreis für Klimaschutz, Umwelt, Verkehr und Energie (BAK KUVE) regelmäßig in Programmanträge umsetzt. So soll im Bundespolitischen Programm verankert werden, dass 2 % der deutschen Landfläche für Windkraft, 1 % der Landfläche für PV-Biotop-Kombinationen und 1 % der Landfläche für PV-Landwirtschaft-Kombinationen (Agriphotovoltaik) ausgewiesen werden. Im Bundestagswahlprogramm 2021 hieß es darüber hinaus ohne Konkretisierung, der Ausbau der Erneuerbaren erfolge „unter angemessener Beachtung des Anwohner-, Arten- und Naturschutzes“.

Genau hier eröffnen sich wichtige Fragestellungen: Windräder vs. Vogelschutz? Waldrodung für Freiflächen-PV? Können sich unter Freiflächen-PV-Anlagen artenreiche Biotope entwickeln? Und ganz grundsätzlich: Klimaschutz vor Umweltschutz? Da sich der BAK KUVE bisher eher aus Mitgliedern technischer Berufe zusammensetzt, kommen die Perspektiven des Umwelt-, Arten- und Naturschutzes womöglich zu kurz. Um das zu ändern, laden wir alle ÖDP-Mitglieder und ÖDP-Sympathisierenden zu einem Online-Treffen zum Thema „Umweltschutz in der Energiewende“ am Donnerstag, den 12. Januar 2023 ab 19:00 Uhr ein. Bitte melden Sie sich bei Interesse mit einer E-Mail an markus.taubert@oedp.de für das Online-Treffen an, um die Zugangsdaten zu erhalten. Wir freuen uns auf bereichernde Diskussionen!

Markus Taubert
Vorsitzender des BAK KUVE



Rückblick auf zwei Ortsverbandsgründungen in analogen Zeiten von 1989 bis 2009

Im Jahr 1986, unmittelbar nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl, bekam ich als junge Mutter erstmals Kontakt zur ÖDP und wurde Mitglied. Die konsequente Anti-AKW-Haltung und die wertkonservative christliche Ausrichtung der Partei weckten mein Vertrauen. Allerdings merkte ich bald, dass noch viel Aufbauarbeit nötig war. Ohne nennenswerte finanzielle Unterstützung gründete ich zusammen mit einer Handvoll Idealisten schließlich den Ortsverband Schleißheim nördlich von München, der heute noch besteht. Ende 1994 stellten wir die erste Stadtratsliste mit 10 Kandidaten auf. Unser Spitzenkandidat Bernd Knatz schaffte es auf Anhieb, für die ÖDP in den Stadtrat einzuziehen. Sowohl in Unter- wie auch in Oberschleißheim konnten im Laufe der Zeit Kommunalmandate errungen werden. Wir schafften es in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband sogar, eine eigene kleine Zeitung, die „Schleißheimer Schwalbenpost“ zu gestalten und zu verteilen. Die Schwalbe schmückte damals noch das Logo der ÖDP.

Nach meinem familiär bedingten Umzug im Jahr 1995 nach Bruckmühl, Landkreis Rosenheim, fand ich schnell Anschluss an die dortigen ÖDP-Aktiven. Und auch hier ging die Aufbauarbeit unvermindert weiter – zunächst im Kreisvorstand, dann ab 2009 auch als Ortsverbandsvorsitzende.

Diesmal umfasste der Ortsverband sogar sechs Gemeinden im schönen Mangfalltal, darunter die ehemalige Kreisstadt Bad Aibling. Auch im ÖDP-Ortsverband Mangfalltal waren wir thematisch oftmals Trendsetter mit unseren Veranstaltungen zu Themen wie Trinkwasser,

Grüne Gentechnik und Elektromobilität. Mein bestes Ergebnis in meinem Heimatort Bruckmühl waren 6 % Zustimmung. Bei der Landratswahl 2008 war ich die einzige weibliche Kandidatin, aber natürlich chancenlos. Von 2002 bis 2020 saß ich zusammen mit zwei weiteren ÖDP-Kollegen im Kreistag. Bei den

letzten beiden Kommunalwahlen erzielten wir ein Stadtratsmandat in Bad Aibling.

Christine Mehlo-Plath
OV-Vorsitzende der ÖDP Mangfalltal
Stellv. KV-Vorsitzende im Landkreis Rosenheim
83052 Bruckmühl

Schleißheimer Schwalbenpost
Ausgabe 2 11 / 1992

Verfehlt Bildungspolitik zu Lasten der Schüler

Im Rahmen von Kosteneinsparungen im bayerischen Haushalt, wurden von der Staatsregierung folgende Maßnahmen geplant: Neben der Schließung von kleineren Grund- und Hauptschulen speziell in ländlichen Regionen wurden nicht nur im Vergleich zu den steigenden Schülerzahlen zu wenige Planstellen geschaffen, sondern auch noch die Richtzahlen für die Klassenstärken erhöht.

Daraus resultieren schwerwiegende Nachteile für die betroffenen Schüler. Die Schulwege werden vor allem für Grundschüler unzumutbar lang. Außerdem ergeben sich durch die Erhöhung der Klassenstärke neben Raumenge auch eine Benachteiligung von schwächeren Schülern und ein allgemeines Absinken des Leistungsiveaus. Zusätzlich werden die Prüfungsanforderungen ab dem Schuljahr 92/93 verschärft. Für die Kollegstufe erfolgt die Wiedereinführung von Stegreifaufgaben und die Erhöhung der Zahl der Abiturfächer auf fünf mit den Pflichtfächern Mathematik, Englisch und Deutsch. Dies bedeutet praktisch das Ende der Kollegstufe in ihrer bisherigen Form, eines Modells, mit dem 20 Jahre gute Erfahrungen gemacht worden sind. Ob damit die angeblich in Gefahr geratene Allgemeinbildung gerettet und die hohe Zahl der Gymnasiasten gesenkt werden wird, ist fragwürdig.

Die Schülerselbstverwaltung (SMV) Münschen bestritt den Sinn dieser Maßnahmen und wendet sich entschieden gegen die vorgesehene Verfahrensweise. Ihren Protest zeigten die jungen Leute bei den Demonstrationen am 14. Juli und 26. September in München. Die SMV fordert, auf die Richtzahlerhöhung zu verzichten, da ein guter und effektiver Unterricht und die Förderung einzelner, schwächerer Schüler nur in kleinen Klassen möglich sei. Außerdem könne nur durch die Einstellung neuer Lehrer das bisherige Angebot an Wahlfächern erhalten werden. Unterstützung ihrer Aktionen fand die SMV durch zahlreiche Eltern und Elternbeiräte. Es grenzt an Schizophrenie, daß die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler zwar deutlich verschärft werden, die Regierung andererseits aber knausert, wenn es um die Finanzierung besserer Lehr- und Lernbedingungen geht. Der Bildungssektor ist die falsche Stelle für Einsparungen, denn eine gute Schulausbildung ist gerade für unseren Staat eine wichtige Investition in die Zukunft.

Und wie sieht es in Ihren vier Wänden aus?

In der Presse häufen sich die Meldungen über Schadstoffbelastungen von Schulen und öffentlichen Gebäuden. Ob auch Ihre Wohnung belastet ist oder wie Sie eine Schadstoffbelastung von vornherein vermeiden (dies ist wesentlich billiger!) erfahren Sie von Dipl.-Physiker Konrad Schlieker (Ingenieurbüro für Baubiologie) bei seinem Vortrag zum Thema Wohngifte.

Veranstaltungsankündigung:

Wohngifte

Smog-Alarm in unseren Wohnungen

Es informiert Sie Dipl. Physiker Konrad Schlieker

11. November '92, 20.00 Uhr
in Unterschleißheim Bürgerhaus, Vereinsraum III. Eintritt frei.

- Welche Gefahren für die Gesundheit lauern in Farben, Holzschutzmitteln, Bodenbelägen und sonstigen Baustoffen?
- Wie können wir uns davor schützen?
- Wie erkennen wir umweltfreundliche Stoffe und Produkte?
- Die unzulängliche Chemiegesetzgebung und welche Änderungen wir von der Politik fordern müssen.

Foto: ÖDP Schleißheim

Die „Schleißheimer Schwalbenpost“, Ausgabe 11/1992

Bayern, 08.08.2022

ÖDP kritisiert „Kniefall vor der Agrarlobby“

„Traurig und beschämend ist die Entscheidung von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, die mühsam erkämpften 4 % Ackerbrache unter dem Geschrei der Agrarlobby zu opfern“, urteilt ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker, die das erfolgreiche Artenschutzvolksbegehren „Rettet die Bienen!“ initiiert hat. Es sei „zutiefst unredlich, die von Putin kriegerisch herbeigeführte Lebensmittelkrise gegen die Biodiversitätskrise auszuspielen“.

„Der Erhalt der Artenvielfalt ist kein Luxus. Insbesondere die Leistungen der Bestäuberinsekten sind Grundlage für eine funktionierende Landwirtschaft. Dafür wären die mühsam erkämpften 4 % Ackerbrache ein wichtiger Beitrag gewesen. Bei diesem wichtigen Thema ist Özdemir jetzt vor der Agrarlobby in die Knie gegangen, die seit dem russischen Angriff auf die Ukraine alles versucht, um die agrarpolitische Uhr zurückzudrehen“, so Becker weiter.

Angesichts der 11 Millionen Tonnen Lebensmittel, die jährlich im Müll landen, und angesichts von 60 % des erzeugten Getreides, das in den Futtertrog gekippt wird, sei die Debatte um 4 % Ackerstilllegung eine scheinheilige Diskussion. Wenn man dann noch die 15 % Getreide, die zu Treibstoff verarbeitet werden, hinzurechnet und die täglich in Deutschland zubetonierte, überwiegend landwirtschaftliche Fläche von rund 80 Hektar in Betracht zieht, zeige sich der Irrwitz dieser Diskussion noch deutlicher. „Die Agrarlobby und der Bauernverband versuchen unter dem Eindruck des Krieges die agrarpolitische Rolle rückwärts und mit dem Bundeslandwirtschaftsminister haben sie offenbar kein Gegenüber, der das Artensterben ernst nimmt“, resümiert Becker.

Bayern, 01.09.2022

Kitas jenseits der Belastungsgrenze

Die von Sozialministerin Scharf angekündigte „Experimentierklausel“ für Kindertagesstätten ist nach Ansicht

der bayerischen ÖDP „eine fatale Weichenstellung der Staatsregierung“. Größere Gruppen und mehr geringer qualifiziertes Personal nach dem Motto „Hauptsache, es ist jemand da“ seien „nicht die richtige Antwort auf den dramatischen Fachkräftemangel in den Kitas“.

Auf das Eingeständnis der Ministerin, dass „das System Kinderbetreuung die Belastungsgrenze überschritten“ habe, kann es nach Ansicht der stellvertretenden ÖDP-Landesvorsitzenden Martha Altweck-Glöbl nur eine vernünftige Antwort geben: „Die familiäre Kinderbetreuung muss endlich finanziell so anerkannt werden, dass Eltern sich frei entscheiden können, ob sie ihr Kind wirklich bereits unter drei Jahren in die Kita schicken wollen oder sich doch lieber selbst die Zeit für die familiäre Betreuung der Kleinsten nehmen. Um das möglich zu machen, muss der finanzielle Druck von den Familien genommen werden.“ Die Lebensspanne von 0 bis 3 Jahren sei „das seelische Fundament für das ganze Leben, das überwiegend über die seelische Bindung zu den Eltern aufgebaut wird“, betont die Diplom-Sozialpädagogin.

Die einseitige Förderung öffentlicher Betreuung schränkt die Eltern nach Ansicht der ÖDP-Politikerin, die im Hauptberuf bis vor Kurzem Erzieherinnen ausbildete, zu sehr ein: „Der Staat soll und muss Krippenplätze bereitstellen, aber er soll die Eltern nicht länger bevormunden. Für echte Wahlfreiheit müsste ein Erziehungsgeld bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gezahlt werden.“ Und in den Kitas müsse der Betreuungsschlüssel verbessert und nicht verschlechtert werden.

Im Anschluss an das Elterngeld des Bundes soll das Land Bayern „zwei Jahre lang ein Landeserziehungsgeld in Höhe von 1.000 Euro pro Kind und Monat zahlen, das den Eltern ermöglicht, frei und ohne Benachteiligung über die Art der Betreuung für ihre Kinder zu entscheiden“, fordert Altweck-Glöbl. Die Bindung von unter Dreijährigen an die Eltern sei von großer Bedeutung. Verhaltensauffälligkeiten seien häufiger, wenn Eltern zu wenig Zeit für ihre Kinder haben, sagt die ÖDP-Politikerin: „Wer familiäre Erziehungsarbeit leistet, tut enorm viel für die Gesellschaft.“



Martha Altweck-Glöbl ist seit April 2022 stellvertretende bayerische ÖDP-Landesvorsitzende und Vize-Landrätin im Landkreis Straubing-Bogen. Die Dipl.-Sozialpädagogin bildete bis 2021 an der Fachakademie für Sozialpädagogik in Straubing Erzieherinnen aus.

Bayern, 10.08.2022

„Die Freien Wähler haben den Anti-Windkraft-Kurs unterschrieben!“

Angesichts der von der Staatsregierung zu verantwortenden „desolaten Energieabhängigkeit“ ist die Distanzierung der Freien Wähler von der gemeinsamen Windkraft-Blockade „ein Trick, um die Mitverantwortung zu verschleiern“, kritisieren die ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff.

„Hubert Aiwanger und seine Freien Wähler haben den Anti-Energiewende-Kurs und die 10-H-Regelung als Preis für die Regierungsbeteiligung im Koalitionsvertrag unterschrieben. Dass sich der Minister jetzt rausredet und erklärt, er habe das schon immer anders gesehen, ist eine billige Flucht aus der gemeinsamen Regierungsverantwortung kurz vor der Wahl“, erklären die beiden ÖDP-Vorsitzenden.

„Rehabilitieren kann sich der FW-Chef nur, wenn er öffentlich und unter Zeugen erklärt: ‚Ich verspreche, dass ich nie wieder einen Koalitionsvertrag unterschreiben werde, in dem die 10-H-Regelung steht.‘ Das erklärt Herr Aiwanger aber nicht, weil er sich wieder alle Optionen of-

fenhalten will. Und deshalb ist sein jetziges Absetzen vom gemeinsamen Regierungskurs eine Täuschung der Wähler“, so Becker und Ruff.

Oberbayern, 16.07.2022

Ein besonderer Parteitag der ÖDP Oberbayern

Jeder als Delegierter aktive ÖDPler kennt das: Man fährt zu einem Parteitag in eine andere Stadt und verbringt dann, ohne von der Stadt selber recht viel wahrnehmen zu können, den Tag in einem Veranstaltungssaal.

Das muss nicht immer so sein, dachte man sich beim Bezirksvorstand der ÖDP Oberbayern: Aus zeitlichen Gründen hatte man beim regulären Bezirksparteitag im Mai die Wahl neuer Bundesparteitagsdelegierter ausgeklammert, anders wäre die Tagesordnung nicht zu bewältigen gewesen. Speziell dafür wurde, um im Oktober beim Bundesparteitag wieder mit stimmberechtigten Delegierten vertreten sein zu können, ein eigener Sonderparteitag im Juli in der Stadt Eichstätt angesetzt. Und dieser bot nun zeitlich Luft, um den Delegierten zwischen durch Raum für freie Zeitgestaltung, sei es in der Stadt oder im nahen Jura-Museum, einem der am schönsten



Die bayerischen ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff



Foto: ÖDP Oberbayern

Teilnehmer der Wolfsexkursion am Eichstätter Frauenberg

gelegenen Naturkundemuseen Deutschlands, zu bieten. Und es gab zum Abschluss noch eine hochinteressante Wolfsexkursion mit unserem Eichstätter ÖDP-Stadt- und Kreisrat Willi Reinbold, der auch als Wolfsbeauftragter des Landesbunds für Vogelschutz in Bayern (LBV) im gesamten Bundesland unterwegs ist.

Region Düsseldorf und Niederrhein, 15.10.2022

Neuer Kreisvorstand im Alten Brauhaus

Auf der Kreismitgliederversammlung der ÖDP Region Düsseldorf und Niederrhein am 15.10.2022 im Alten Brauhaus, Belsenplatz, Düsseldorf-Oberkassel wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt und der Vorstand verstärkt. Der Kreisvorsitzende Prof. Dr. Herbert E. Einsiedler (Meerbusch) wurde einstimmig wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter wählte die Versammlung einstimmig den bisherigen Kreisschatzmeister Heiko Stötzel (Düsseldorf). Veronika Berger (Kempen) wird für die nächsten zwei Jahre die Finanzen verantworten. Franjo Schiller (Mönchengladbach) gehört dem Vorstand weiterhin als Beisitzer an. Neu im Vorstand ist als Beisitzer der Fraktionsvorsitzende aus Kempen, Jeyaratnam Caniceus. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.



Foto: ÖDP Region Düsseldorf und Niederrhein

Von links: Herbert Einsiedler, Franjo Schiller, Veronika Berger, Jeyaratnam Caniceus

Die Versammlung reflektierte die letzte Vorstandsamtszeit. Besonders positiv wurde hervorgehoben, dass die ÖDP nunmehr in zwei Kommunalparlamenten vertreten ist, in Kempen und in Neukirchen-Vluyn. Ein wesentlicher Schwerpunkt der nächsten Zeit liegt auf der Gewinnung neuer Mitglieder und der Kommunikation des ÖDP-Programms.

ÖDP-Frauen: „Ran ans Potenzial!“

15 ÖDP-Frauen haben sich bei einem Workshop-Weekende im Oktober in Berlin gefragt: Wie können wir unsere Potenziale für uns und für die Partei besser nutzen?

von Charlotte Schmid und Dr. Andrea Brieger

DIn den schönen Räumlichkeiten der Berliner ÖDP-Geschäftsstelle haben wir uns erst mal überlegt, was wir an dem Wochenende erreichen wollen. Unsere persönlichen Ziele umfassten Aussagen wie: „mich entspannter politisch zu zeigen“, „öfter mit mehr Gelassenheit meine Gedanken klar machen“ und „ich möchte etwas über Nervosität lernen“. Zudem wollten wir alle „weitere Frauen in der ÖDP kennenlernen“.

In einem ersten Workshop zu dem altbekannten Thema „Lampenfieber“ sind wir der Frage nachgegangen, warum wir so leiden, wie wir eben leiden. Solche menschlichen Reaktionen sind biologisch vorprogrammiert und stellen keineswegs Schwäche dar. Wir haben einige Werkzeuge kennengelernt, die dabei helfen, mit Lampenfieber besser klarzukommen, und haben sie dann auch gleich ausprobiert: Politische Themen wurden gelöst und die glückliche Frau musste eine Minute lang über das gezogene Thema vortragen. Gleich konnte man sehen, dass schon kleinere Stellschrauben wie Blickkontakt oder Lächeln einen großen Unterschied machen können.

Ein weiterer Workshop hat sich der Selbstwahrnehmung und Außenwirkung gewidmet, da viele Frauen dazu tendieren, sich selbst zu unterschätzen. Das Unternehmen Hewlett Packard (HP) hat im Rahmen einer Studie herausgefunden, dass Frauen bei der Lektüre einer Stellenbeschreibung meist denken: Habe ich



Foto: ÖDP Berlin

100 % der Qualifikationen? Männer dagegen denken eher: Ich brauche nur 60 % aus dieser Liste. Im Ergebnis führt das dazu, dass Frauen sich weniger oft bewerben und Potenziale ungenutzt bleiben. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, das gilt auch für eine Organisation wie die ÖDP: Frauen sollten sich mehr trauen!

Am Sonntag unseres gemeinsamen Wochenendes gab es noch einen kurzen Vortrag über die Unterschiede zwischen introvertierten und extrovertierten Persönlichkeitsstrukturen. Fazit: Man muss nicht laut sein, um gehört zu werden. Aber jeder Mensch tut gut daran, die eigenen Stärken klug einzusetzen.

Die ÖDP-Abgeordnete Manuela Ripa hat uns einen kurzweiligen Einblick in ihre politischen Erfahrungen im EU-Parlament gewährt. Deutlich wurde, dass es teilweise nach wie vor an Geschlechtergleichheit fehlt. Die Frauenpolitik ist zwar auf einem guten Weg, aber wir müssen feststellen, dass dieser Weg noch besser werden kann. Gleichzeitig fühlen wir uns er-

mutigt, die Profile von Frauen in der ÖDP mit ihren individuellen Eigenschaften weiter zu stärken.

Zum Abschluss haben sich alle Frauen getraut, ein persönliches Film-Statement über das Wochenende abzugeben. Es wurde deutlich: Mehr Wissen über sich selbst hilft, das Selbstbewusstsein zu stärken. Geholfen hat aber auch, in einer ver-

trauensvollen Atmosphäre über Zweifel und Unsicherheiten sprechen zu können und festzustellen, dass viele Frauen ähnliche oder gleiche Erfahrungen machen. Wir erhoffen uns eine Wiederholung dieses erfolgreichen Workshops und bedanken uns bei allen, die mit ihrer Anwesenheit oder Spende dazu beigetragen haben.

Anpassung der Mitgliedsbeiträge

Damit wir als Partei auch angesichts gestiegener Kosten noch handlungsfähig bleiben, hatte der 60. Bundesparteitag in Köln eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschlossen (wir berichteten im April). Zum 01.01.2023 erhöht sich nun der monatliche Regelbeitrag von 7,00 auf 8,00 Euro. Der Beitrag für Rentnerinnen und Rentner wird von 3,50 auf 4,00 Euro angehoben. Der Sozialbeitrag von 1,00 Euro im Monat bleibt jedoch unverändert.

Dem Bundesparteitag war es wichtig, dass alle Mitglied der ÖDP sein können, die sich unserer Partei verbunden fühlen – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation. Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass auf der Erde langfristig ein gutes Leben möglich ist. Dieser Einsatz ist in Kriegs- und Krisenzeiten nicht weniger wichtig. Mit Ihren Beiträgen unterstreichen Sie diese Notwendigkeit und ermöglichen eine tragfähige Politik für die Zukunft allen Lebens. Herzlichen Dank!

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Frühere Parteimitgliedschaften:

.....
Name der Partei von bis

.....
Name der Partei von bis

Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 8,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 8,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
 Seniorenbeitrag von 4 Euro pro Monat
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
 Ich zahle freiwillig 18 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 40486-0 | Fax: -29 | info@oedp.de | www.oedp.de



Replik auf Leserbriefe in der ÖP 189

Die Leserbriefe in Heft 189, die Herrn Brehmes Kolumnenbeitrag in Heft 188 hervorgerufen hat, irritieren mich. Seit mehr als einem Jahrzehnt werden in Russland Kreml- und regierungskritische Journalisten sowie Oppositionelle auf offener Straße erschossen oder vergiftet und 2014 wurde die Krim annektiert. Vor Kriegsbeginn ist ein enormer Militäraufmarsch vor der ukrainischen Grenze zu Russland und Weißrussland erfolgt. Wenn sich der Westen besorgt darüber äußerte und die ukrainische Regierung vor einem Angriff der Russen auf die Ukraine warnte, sagte der russische Außenminister, der Westen solle mit seiner Kriegstreiberei aufhören. Wenige Tage vor Kriegsbeginn hat auf die direkte Frage einer Journalistin an Putin, ob es wieder Krieg in Europa geben würde, dieser Nein gesagt. Lügen am laufenden Band!

Tatsache ist, ein demokratisches Land wurde von einer Diktatur angegriffen und soll sich der Diktatur unterwerfen. Bei diesen Fakten fällt mir eine Positionierung absolut nicht schwer. Ja, ich weiß, dass der Westen alles andere als gut und Russland alles andere als böse ist. Und ich weiß, dass Putin vor einer Osterweiterung der NATO gewarnt hat. Wenn sich Länder wie Estland, Lettland und Litauen gen Westen orientieren und der NATO beitreten und die Ukraine ebenso diesen Schritt machen will, würde ich mich als russischer Präsident allerdings fragen, warum meine Nachbarn Schutz suchen.

Meiner Meinung nach hat Putin auch in seinen politischen Beziehungen zu einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion versagt. Er ist kein attraktiver Partner, sondern für viele eine Bedrohung geworden. Und die Warnungen aus diesen Ländern, die wir aufgrund unserer Wirtschaftsbeziehungen (billiges Gas) konsequent ignoriert hatten, zeigen, dass andere eine wesentlich realistischere Einschätzung hatten als wir.

Ich persönlich möchte nicht in einem Land leben, in dem regierungskritische Journalisten und Oppositionelle vergiftet und erschossen werden, und würde solche Zu-

stände bis aufs Äußerste zu verhindern versuchen. Wenn die Ukrainer das auch nicht wollen und sich mit allem zur Verfügung Stehenden wehren, kann ich das mehr als verstehen. Mit meiner Meinung bin ich da, wie auf der Titelseite der „Ökologie & Europa“ 1/2022 zu sehen, wohl auch voll und ganz bei Manuela Ripa: STAND WITH UKRAINE.

Jakob Sedlmeier,
85092 Kösching

Leserbrief zum Interview mit Thomas Prudlo in der ÖP 189

Eine immens wichtige Kernaussage hat meines Erachtens Thomas Prudlo gemacht, indem er seinem Unbehagen gegen den Transhumanismus gewichtige Worte verlieh. Die neuen Technologien – von der Biotechnologie (Gentechnik), Nanotechnologie, Künstlichen Intelligenz bis zum Dataismus – stecken voller Gefahren, sind weder steuerbar noch rückholbar. Und der Mensch stellt sich in seiner Überheblichkeit Gott gleich, weil er keine Grenzen mehr wahrnimmt, noch sich Moral oder ethischen Bedenken stellt. Dass der Transhumanismus, dessen Visionen von Unsterblichkeit bis zum „designten Übermenschen“ reichen, alles andere als demokratisch ist, dürfte sich von selbst verstehen.

Der ÖDP als echter demokratischer und ökologischer Partei stünde es gut an, in einem ihrer hoch zu lobenden Politikhefte auch einmal einen Artikel über diesen gefährlichen Transhumanismus zu bringen.

Ulla Maria Schmid,
94469 Deggendorf

Leserbrief zum Artikel von Prof. Dr. Klaus Buchner in der ÖP 189

Die Beiträge zu „40 Jahre ÖDP“ waren sehr interessant, gerade für mich als noch recht junges Parteimitglied (Beitritt Feb. 2020). Jedoch hat es mich entsetzt, dass Herr Prof. Dr. Klaus Buchner in seinem Beitrag „Schlüssige Antworten geben“ Verschwörungstheorien verbreitet.

Die Impffobbyisten in der WHO wollen Zwangsimpfungen und sogar Lockdowns einführen, ohne Zustimmung nationaler Volksvertreter? Traurig, wenn ein Professor und Doktor und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger ÖDP-Bundesvorsitzender solchen (sorry, aber ich muss es so direkt sagen) Mist veröffentlicht!

Mareen Bahl
12555 Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften **bis zum 15. Januar 2023** an:

ÖDP Bundesverband, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Fax: (0931) 40486 29, E-Mail: redaktion@oekologiepolitik.de

Sie möchten uns etwas mitteilen?

- Ich möchte eine E-Mail-Adresse von der ÖDP erhalten.
- Ich möchte alle Rundschreiben der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Ich möchte alle Pressemitteilungen der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Bitte senden Sie E-Mails zukünftig an diese Adresse:

- Ich möchte einen Zugang zur **ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“** erhalten.
- Ich möchte die **ÖkologiePolitik** in digitaler Form bestellen.
- Ich brauche Unterstützung, und zwar:

- Meine **Kontakt**daten haben sich geändert:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

- Meine **Bank**verbindung hat sich geändert:

IBAN

BIC

Name der Bank

Kontoinhaber

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen.

Bitte ausschneiden und senden an die
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1, 97070 Würzburg



Foto: vulcano/shutterstock.com

IMPRESSUM

Die Print- und die Online-Ausgabe der ÖkologiePolitik sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Februar 2023**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de

Jan Altnickel (ja)

Anrode/Thüringen
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Dr. Andrea Brieger, Matthias Dietrich,
Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Helmut Graf, Franz Hofmaier,
Richard Kaiser, Thomas Löb, Urban Mangold,
Christine Mehlo-Plath, Dr. Claudius Moseler, Manuela Ripa,
Charlotte Schmid, Beatrix Springer, Dr. Michael Stöhr,
Markus Taubert, Kara Tober, Martin Truckenbrodt,
Anton Weitmann, Dirk Zimmermann

Interviewpartner/-innen

Erwin Engeßer, Prof. Dr. Christian Kreiß,
Prof. Florian Nagler, Josef Schmid

Gastautoren/-innen

Susanne Aigner, Sascha Maier

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Nürnberger Str. 13 A, 93152 Nittendorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (06 1 31) 67 98 20, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



Zukunft der Ökologie Politik



Foto: Pexels/pixabay.com

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in einer Zeit, in der alles teurer wird, also auch die Kosten für die ÖkologiePolitik (ÖP). Gleichzeitig gehen wegen der allgemeinen Teuerungen die Spendeneinnahmen zurück. Wir stehen also vor der Herausforderung, bei der ÖP Kosten einzusparen. Eine Möglichkeit wäre, den Umfang der ÖP zu reduzieren. Eine andere, verstärkt auf Online-Angebote zu setzen.

Nun möchten wir gerne von Ihnen hören, welche Veränderungen bei der ÖP Ihren Bedürfnissen entgegenkämen. Haben Sie vielleicht weitere Vorschläge, wie die ÖP mehr Menschen erreichen und dadurch ein breiteres finanzielles Fundament erhalten könnte? Schicken Sie uns gerne bis 31.01.2023 Ihre Vorschläge in einfacher Form mit dem Stichwort bzw. Betreff „Zukunft der ÖP“ per E-Mail an redaktion@oekologiepolitik.de, per Fax an (09 31) 4 04 86 29 oder per Post an:

ÖDP-Bundesverband
Stichwort „Zukunft der ÖP“
Pommergasse 1, 97070 Würzburg

Danke für Ihre Beteiligung und herzliche Grüße!
Ihre ÖP-Redaktion

TERMINE

Sa.–So. 21.–22.01.2023	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Hirschaid)
Sa. 18.03.2023	Landesparteitag der ÖDP Thüringen
So. 14.05.2023	Bürgerschaftswahl in Bremen
So. 14.05.2023	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
Fr.–So. 19.–21.05.2023	ÖDP-Bundesparteitag (in Gersfeld/Rhön)
Sa. 24.06.2023	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Regensburg)
Herbst 2023	Landtagswahl in Bayern
Herbst 2023	Landtagswahl in Hessen
Frühjahr 2024	Wahl zum Europäischen Parlament



Berlin wählt wieder...

